

Leipzig NEUE

**LINKE MONATSZEITUNG
FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE**

- **"... daß nie eine Mutter mehr ..."**
Leipziger Postulate nach 20 Jahren wiederentdeckt Seite 4
- **"Kriegsverräter"-Urteile aufgehoben**
Ein Verwaltungsakt mit 64-jähriger Verspätung Seite 7
- **Gestaltung für aufrechte Menschen**
Designer Clauss Dietel zum 75. Geburtstag Seite 8
- **Kindertransporte nach England**
Erinnerung an November-Pogrom Seite 11
- **Rätselhafte Zahlenkombination**
Ehrerbietung für Leipziger Kunst Seite 15
- **Hierbleiben und Sicheinmischen**
Die DDR-Bürgerbewegung im Herbst '89 Seite 18

10
2009

**2,00
Euro**

17. Jahrgang
16. Oktober

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**

Das Lächeln nicht verlernt

Hans-Richard Levy besuchte Anfang Oktober 2009, erstmalig seit der Emigration, Leipzig. Nach parallelen Recherchen der MDR-Redaktion "Spur der Ahnen" und des Leipziger Friedenszentrums kam es jetzt zu einem Treffen mit Leipziger Schülern und Lehrern im "Ariowitsch-Haus". Im März 1943 verließ Levy Deutschland mit einem Kindertransport Richtung England. Sein Vater wurde als "Nichtarier" durch die Nazis umgebracht.

Seiten 6/11



Foto: Eiltzer

Editorial

Wie fragte doch unlängst die Leipziger Volkshochschule: "Sind wir das Volk?" Und wollte die Entfremdung von Bürgerschaft und Politik hinterfragen. Nun hat die Bürgerschaft, und das sind nicht nur – wie immer noch mancherorts behauptet – die CDU- und FDP-Wähler, ihre Stimme abgegeben. Ein Bürger, zwei Stimmen. Die Resultate sind bekannt, und nun kann man durchatmen oder gar drei Kreuze machen, denn die ungezählten Wahlplakate zieren kaum noch die Laternen- und Straßenmasten. Also nicht mehr den Blick nach oben gerichtet sondern nach vorn auf das Verkehrsgeschehen der Fuß- und Radwege und den Alltag. Wo nun die Mühen der Regierungshorizontalen liegen, ist ja nicht nur in Sachsen unübersehbar. Erinnern Sie sich noch an die vollmundigen Losungen der nunmehrigen neuen sächsischen Regierungspartei FDP? Wie muss sich der Bürger vornehmen, der hinter diesen drei Buchstaben sein Kreuz machte und nun nach der Wahl merkt, dass der freundlich lächende Herr Zastrow gar nicht verantwortlich regieren will, sondern lieber in seiner Werbeagentur Sprüche formuliert. Das hätte er mal gleich auf seine Wahlplakate pinseln sollen. Und deshalb kommt in Sachsen ein Mann in hohe Regierungsverantwortung, den fast keiner kennt aber von dem die Leipziger wissen, dass dieser Herr Morlock im hiesigen Stadtrat die FDP-Fraktion buchstäblich zum Platzen brachte. Man sagt ihm Fleiß nach, aber er ist wahrlich nicht das Gelbe vom Ei, um noch mal die neue Regierungsfarbe aufzutünchen.

Das Leipziger Rathaus muss sich, auf Grund der letzten Bundestagswahlkreuze, nun eine neue Kämmerin suchen denn die alte geht nach Berlin. Die LINKE hat aufgrund der Nachwahl nun einen Platz mehr im Stadtparlament und sitzt mit der CDU gleichauf. Der Wähler hat es so gewollt und sicher auch mit List oder Tücke das eine oder andere Kreuz gemacht.

Bürger jeglicher Couleur schaut bitte den Politikern auf die Finger und hört darauf, was sie sagen und beurteilt, was sie beschließen. Reagiert darauf! In Schulen, Straßen, Parlamenten und vergesse die Wahlplakate, die waren doch nur Marketing. Oder?

• JOST WEISS

Gewandhaus
zu Leipzig



**Nach 20 Jahren wiederentdeckt
und erstmalig nachgedruckt
Leipziger Postulate**

Kommentiert

Mehr als politische Farbenspiele

Die Mehrheit der Wähler hat sich für das Schwarz-Blau-Weiss-Gelbe-Bündnis entschieden. So werden demnächst die CDU, CSU und die FDP von der Nordsee bis an die Alpen regieren. Wie lange Zeit verstreicht, bis die Bündnispartner die Posten und Pöstchen verteilt haben, sagt keiner der Sieger am Wahlabend. Fulminant sagte die alte und kommende Kanzlerin Merkel in die TV-Kameras, dass sie die Kanzlerin aller Deutschen sein will. Und, dass sie die "soziale Marktwirtschaft" fortsetzen wird. Da aber Guido Westerwelle mit "seiner" FDP mitregiert, werden diese wohl die wirtschaftlichen Spielregeln bestimmen. Da bis heute die Talsohle der Wirtschaftskrise noch nicht durchschritten ist, bestimmen Orakel die Talk-Runden. Es werden die Zahlen der Arbeitslosen im Lande im Winter neue Hochstände erreichen. Erhalten, wenn nicht sogar verschärft, bleibt uns die unsoziale Hartz-IV-Regelung. Über dem Bundeskanzleramt ist immer noch keine Friedenstaube in Sicht. So bleibt der Bundesrepublik der Krieg mit Kosten und Toten, der bündnistreu NATO-Einsatz genannt wird, weiter erhalten. Für die Daheimgebliebenen werden neue privatwirtschaftliche Versicherungen für Krankheit und Altenpflege erfunden. Auch wird es keine weiteren Mindestlöhne mehr geben, und die Mitbestimmung wird zur offenen Frage.

Zum "wirtschaftlichen Wohle" werden alle Kräfte in der Wirtschaft entfesselt. Nur so kommt der ersehnte Profit. Egal, wer da auf der Strecke bleibt. So wird es auch mit der vollmundig angekündigten Steuerreform geschehen, wenn es überhaupt eine geben kann. Ohne wenn und aber kommt es zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Ob das AKW Krümmel wegen technischer Defekte abgeschaltet bleibt, steht nun in den Sternen.

Sofort haben die Vertreter von Industrie und Handwerk ihre Erwartungen an die künftige Bundesregierung formuliert. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag fordert wachstumssichernde Reformen. Der Präsident des DIHK und Eigentümer der Kölnflockenwerke, Hans Heinrich Driftmann, erklärte in Berlin, das Programm sollte Korrekturen an der Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform enthalten. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks verlangt Steuerentlastungen für Facharbeiter und Arbeitgeberpräsident Hundt fordert Einsparungen in allen Bereichen der Sozialversicherung. Was werden sich nun die erstarrenden hochgepöpelten Banken noch ausdenken?

Damit ist sicher, dass die neue Bundesregierung das Land mit sozialer Kälte temperieren wird. Nur so wird die Kasse für die Unternehmen stimmen.

• HEINZ BURGER

Gefühl und Fühlen

Am 10. Oktober war der internationale Tag der seelischen Gesundheit. Kaum einer weiß das, denn sie spielt in der Versorgung und der Prävention eine viel zu geringe Rolle. Oft werden seelische Erkrankungen nicht richtig diagnostiziert, den Betroffenen drohen Stigmatisierung und Unter- oder Fehlversorgung. Dabei nimmt die Zahl seelischer Erkrankungen besonders stark zu. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass sie im Jahr 2020 die häufigste Erkrankung sein werden. Wenn man sich mit der seelischen Gesundheit befasst, ist es enorm wichtig, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht außer Acht zu lassen. So verschlechtern ohne Zweifel Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und zunehmende Belastung am Arbeitsplatz die Bedingungen für seelisches Wohlbefinden und Gesundheit.

Zudem wird es Zeit, eine angemessene Versorgung und Prävention seelischer Erkrankungen in Deutschland zu gewährleisten. Sie sind viel zu sehr auf die körperliche

Gesundheit fokussiert. Der Blick auf den ganzen Menschen ist dabei zu stärken. In der Versorgung sind die Benachteiligten der psychischen und psychiatrischen Versorgung gegenüber der somatischen Versorgung zu überwinden. Das fängt bei den Honoraren an. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass Psychiater bzw. Psychotherapeuten, ganz unten in der Skala der Einkommen auftauchen – so als ob deren Arbeit weniger wert oder anspruchsvoll sei.

Psychische und psychosoziale Probleme in der Kindheit und Jugend werden häufig nicht in ihrem Krankheitswert erkannt bzw. nicht ausreichend behandelt. Fehlversorgung bei seelischen Erkrankungen ist sozial, aber auch regional beeinflusst. So zeigt ein Vergleich in den verschiedenen Regionen Deutschlands – mit Ausnahme der stationären Kinder und Jugendpsychiatrie – eine eklatant schlechtere Versorgung in den neuen Bundesländern. Das ist untragbar.

• MARTINA BUNGE



Foto: Gerd Eiltzer

Bitte nehmen sie Platz!

Gegen den Neonaziaufmarsch am 17. Oktober

Am Samstag, ein Tag nach Erscheinen dieser Oktoberausgabe, erwartet Leipzig eine Großdemonstration organisierter Neonazis (LN berichtete bereits im September). Unter dem Motto "Recht auf Zukunft" wollen die "Nationalen Sozialisten" mit bundesweiter Unterstützung von Kameradschaften und Strukturen der NPD vom S-Bahnhof Selberhausen durch den Leipziger Osten in Richtung Innenstadt laufen. In ihrem Aufruf fordern die "Nationalen Sozialisten" eine homogene, abgeschottete "Volksgemeinschaft". Sie wettern gegen Globalisierung und Zuwanderung und bringen antisemitische Stereotype in Stellung.

Hinter den aufrufenden "Nationalen Sozialisten" verbergen sich die Strukturen, die sich unter dem Label "Freie Kräfte" in den vergangenen Jahren in Leipzig fest etabliert haben. Als Anmelde- und "freien" Naziszene in Leipzig und Stadtratskandidat der lokalen NPD. Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Gruppen, Initiativen, Parteien, Gewerkschaften ruft an diesem Tag unter dem Motto "Bitte nehmen Sie Platz" zur Entgegung auf.

Vielfältige Aktionen – von der Kulturveranstaltung über politische Kundgebungen bis hin zu gewaltfreien Widerstand-Aktionen – werden an diesem Samstag im Leipziger Osten stattfinden. Erklärtes Ziel des Bündnisses ist es den rechten Aufmarsch zu verhindern und dabei an die Zeit anknüpfen, als sich Tausende den Demonstrationen des Neonazi-Führers Christian Worch, auch mit Sitzblockaden, widersetzen.

Seitdem Christian Worch seine Demonstrationen in Leipzig nach einer schmachvollen Niederlage im Juli 2007 eingestellt hatte, schwand auch die Bereitschaft der Stadtgesellschaft sich dem Problem offensiv zu stellen. Vor der Mehrheit unbeachtet konnten in Leipzig Nazistrukturen entstehen und wachsen. Mittlerweile zählt die Leipziger Szene zu einer der aktivsten und wirksamsten in Sachsen und darüber hinaus. Mindestens

sieben Demonstrationen im vergangenen Jahr, stabile Netzwerke ins Fußballmilieu, ein eigenes Zentrum in der Odermannstrasse, zwei NPD-Stadträte im Leipziger Rathaus und Gewalt- und Einschüchterungsaktionen gegen "politische Gegner" und Menschen mit Migrationshintergrund stehen exemplarisch für das stabile Bündnis zwischen Leipziger NPD und der neonationalsozialistischen Jugendbewegung "Freie Kräfte".

Die Mobilisierung gegen den Neonaziaufmarsch an diesem Oktoberwochenende verspricht die Wiederbelebung einer breiten Contra-Bewegung in dieser Stadt. Mehr als 600 Menschen schlossen sich bis zum 10. Oktober dem Aufruf des Bündnisses an. In diesem heißt es "Wir werden den Neonazis den Weg versperren. Wir sind überzeugt, dass 2009 wieder Menschen bereit sind, diesen Aufmarsch mit gewaltfreien Widerstand-Aktionen zu verhindern."

Es geht an diesem Tag und darüber hinaus also auch um die Wiederbelebung zivilen Ungehorsams. Dem Bündnis 17. Oktober gilt dieser als legitimes Mittel gegen die Demonstration von Menschenverachtung und Demokratiefreundlichkeit. Ziviler Ungehorsam verfolgt im Kern den Schutz der Menschenwürde, den Recht und Gesetz qua "Neutralität" nicht gewährleisten können bzw. wollen. So gilt das Versammlungsrecht eben auch für legale politisch rechts stehende Gruppierungen.

Ein Verbot dieser Demonstration wurde staatlicherseits nicht als aussichtsreich betrachtet. Damit öffnet sich die Bühne für zivilgesellschaftlichen Protest, der die Grenze der Legalität, zum Beispiel mit Sitzblockaden als ordnungswidrige Handlung, auch übertreten kann.

Gemeinsam und gewaltfrei gegen den Aufmarsch der "Nationalen Sozialisten", so die Devise am 17. Oktober und auch darüber hinaus. Schließlich dürfen Nazis und deren Ideologien weder als Bestandteil der Normalität noch als allein ordnungspolitisch behebbares Problem begriffen werden.

• JULIANE NAGEL



Foto: Märker

Aus dem **Sofortprogramm** der LINKEN

LN.: DIE LINKE hat in ihrer Fraktionsklausur im brandenburgischen Rheinsberg einstimmig ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem die Fraktion in die neue Legislaturperiode startet.

Raus aus Afghanistan

DIE LINKE will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir werden im Bundestag einen Afghanistan-Friedensvorschlag vorlegen, der Entsendung weiterer Soldaten widersprechen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Die finanziellen Mittel sollen vom militärischen Einsatz auf zivile Unterstützung umgewidmet werden. DIE LINKE wird für Abrüstung initiativ und fordert den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.

Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleichstellung in Lohnfragen

DIE LINKE setzt die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sofort wieder auf die Tagesordnung des Parlaments. Der Mindestlohn soll in der 17. Legislaturperiode auf zehn Euro erhöht werden und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wir fordern gleichen

Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit für Frauen und Männer, in Ost und West, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung - 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit

DIE LINKE weist alle Angriffe auf den Kündigungsschutz zurück und wird Initiativen zu seiner Stärkung ergreifen. Die Mitbestimmung in den Unternehmen ist zu verteidigen und zu erweitern. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen bei nichtinsolvenzgefährdeten Unternehmen und für die Rücknahme der Liberalisierung der Leiharbeit, um den Trend zur Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit zu stoppen.

DIE LINKE will mit Hilfe eines Konjunkturprogramms und eines Zukunftsfonds für den industriellen Umbau Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden, Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur ausgeweitet werden und öffentliches Personal eingestellt werden.

Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld verlängern

DIE LINKE setzt alles daran, in der Krise das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate zu verlängern und das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes I abhängig von der Dauer der Einzahlung (pro Jahr Einzahlung einen Monat Arbeitslosengeld beginnend mit dem 3. Jahr). Dies begrenzt Verunsicherung und soziale Härten und stabilisiert die Binnennachfrage.

Hartz IV abschaffen - DIE LINKE wird als erste Schritte im Bundestag fordern:

- Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II - zur Alterssicherung und darüber hinaus - werden deutlich erhöht.

- Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet.

- Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundssozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden.

- Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe

Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Rente ab 67. Schon heute gehen im Osten 70 Prozent und im Westen 40 Prozent aller Neurentnerinnen und -rentner DE LINKE kämpft weiter für die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West.

Kleine und mittlere Einkommen entlasten - Kreditklemme bekämpfen

DIE LINKE will, dass Reiche und Vermögende für die Finanzierung der Krise sowie für gesellschaftliche Reformen herangezogen werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer strikt ab. Kein Euro mehr an Steuern im Jahr zahlen. DIE LINKE wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer fordern, wobei Privatvermögen von über einer Millionen Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Außerdem soll eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

Atomausstieg unumkehrbar machen

Wir werden parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür streiten, dass die in der 17. Legislaturperiode abzuschaltenden sieben Reaktoren - davon vier noch bis Jahresende 2009 - wirklich unumkehrbar vom Netz gehen. Zudem werden wir darauf drängen, sofort einen Untersuchungsausschuss atomare Endlager (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad und zum Endlagersuchverfahren) im Bundestag einzusetzen.

Hamburger Korrespondenz: Niederlagen und Schließungen

Auch in Hamburg gab es eine Niederlage für die Sozialdemokraten. Nicht mehr, wie seit Jahren gewohnt, mit sechs Abgeordneten ziehen die Halbroten 2009 nur noch mit drei direkt gewählten, Olaf Scholz, Johannes Kahrs und Hans-Ulrich Klose nach Berlin. Sie gehören den rechten Schwingen dieser Partei an. Die CDU kann zum ersten Mal drei direkt gewählte in die Hauptstadt entsenden. Nach Berlin schicken die Grünbunten, die FDP und die Linke Hamburger Gewählte in den Bundestag. Nur, diese Wahl hat keine direkte Auswirkungen auf die Landespolitik der Hansestadt.

Noch immer ist die HSH Nordbank das wichtige Thema der Innenpolitik in Hamburg. Gegen die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft. Die Bank hat möglicherweise Millionen verschleudert, mit einer mehr als fragwürdigen Überweisung von 45 Millionen US-Dollar an das US-Finanzinstitut Goldman Sachs. Es ist das erste Mal, dass die deutsche Justiz ihre Untersuchungen wegen fragwürdiger Praktiken in der Finanzbranche ausgeweitet hat. So wird jetzt gegen den Chef der HSH Nordbank, Jens Nonnenmacher, zwei seiner drei Vorstandskollegen, Peter Rieck und Joachim Friedrich, und den früheren Bankchef Hans Berger ermittelt. Bei den Ermittlungen geht es um den Vorwurf der Veruntreuung von Bankvermögen. Das bestätigte Oberstaatsan-

walt Bernd Mauruschat gegen über Journalisten.

Im Zusammenhang mit der HSH Nordbank wurde bekannt, das bundesweit gegen 30 aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder von Großbanken ermittelt wird, weil sie mit leichtfertigen Geschäften oder Überweisungen Verluste in Millionen- und Milliardenhöhe verursacht haben. Die Kontrollgremium der Banken wurden nicht über die risikoreichen Spekulationen unterrichtet. Die meisten der Beschuldigten sind wie bei der HSH Nordbank Manager von Staatsbanken. Neu in Hamburg ist, dass ein Manager der HSH Nordbank in London seinen Arbeitgeber um einen hohen Betrag erleichtert hat.

Am Schwimmdock 10 der Werft Blohm und Voss steht in übergroßen Lettern: "Hier weht schon heute der Wind von Morgen." Das ist keine Werbung für den Schiffsbau, sondern der Werbespruch für den Chipherstellers "Intel". Immer wieder werden festbestellte Schiffe von Reedern oder Investoren Knall auf Fall bei den Werften storniert. Somit wird es einen Containerschiffsbau bei Blohm und Voss demnächst nicht mehr geben. Das sehen die Pläne des Managements des Werftenverbund Thyssen Krupp Marine Systems (TKMS), zu dem die Betriebe in Emden, Kiel und Hamburg gehören, für alle ihre Werften vor. Erhalten bleibt an allen Standorten der Schiffbau für die Marine. In Emden ist die Reparatur, in Kiel der

Bau von U-Booten und in Hamburg der Bau mehrerer Fregatten für die Bundeswehr ab 2011 vorgesehen. Trübe Aussichten für Hamburg als maritimer Standort.

Notleidend sind außerdem fast alle in Hamburg beheimateten Reedereien. Die weltweit fünfgrößte, Hapag-Lloyd, kann nur mit einer Bürgschaft von 1,2 Milliarden Euro dieses Jahr überleben. Was die Schifffahrtskrise allein für Hamburg an Arbeitsplätzen kostet wird, das steht noch nicht fest.

Auch von der Schließung eines Museums in unserer Stadt ist zu berichten. Mitte Oktober schloss das Postmuseum für immer. Das ehrwürdige Postgebäude aus dem 1900 Jahrhundert, in dem das Museum seine Räume hatte, wurde an einem Investor verkauft. Und der hat mit dem Haus Großes vor. Wir lassen uns überraschen.

• KARL-H. WALLOCH

Notizen aus der
Hauptstadt der BRD

Kolumnist
Gerhard Schumacher
ist derzeit außer Landes.

Nächste Folge wieder in 11/09

Bei anderen gelesen:

10. Außenminister der BRD

Nach dem Wahlerfolg der deutschen Liberalen bereitet sich der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle auf seinen Amtsantritt als zehnter bundesdeutscher Außenminister vor. Westerwelle ist Ex-Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung, die mit ihren weltweiten Aktivitäten die FDP-Außenpolitik modellhaft verkörpert. Er ist der Organisation bis heute eng verbunden.

Die Stiftung, die über umfangreiche Einflussnetzwerke verfügt, hat sich in jüngster Zeit durch scharfe Attacken gegenüber fremden Staaten und Regierungen hervorgetan. Für die Tibet-Kampagne, die im Frühjahr 2008 die Volksrepublik China erheblich unter Druck setzte, stellte sie die zentrale Plattform bereit. Dieses Jahr hat sie begonnen, ethnische Minderheiten im Iran gegen die Regierung in Teheran in Position zu bringen. In Lateinamerika unterhält sie Netzwerke, die Regierungsgegner in Venezuela sowie Bolivien umfassen und kürzlich in Honduras massiv intervenierten – auf Seiten der dortigen Putschisten im Kampf gegen die demokratisch gewählte Regierung. Mit dem Amtsantritt eines FDP-Außenministers nimmt auch die Bedeutung der Naumann-Stiftung und ihrer aggressiven Maßnahmen im Rahmen der bundesdeutschen Außenpolitik zu.

(GEKÜRZT) NEWS GERMAN-FOREIGN-POLICY

*Gewandhaus
zu Leipzig*



Leipziger Postulate

November
am 17. ~~November~~ 1989



Am Abend des Montags vom 9. Oktober 1989 wandten sich die Leipziger Bürger Gewandhauskapellmeister Prof. Dr. h.c. Kurt Masur, der Theologe Dr. Peter F. Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und die Sekretäre der Bezirksleitung Leipzig der SED Dr. Kurt Meyer, Jochen Pommert und Dr. Roland Wätzel mit folgendem Aufruf an alle Leipziger :

„Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungs-austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“

Nach 20 Jahren
wiederentdeckt und veröffentlicht
(1. Folge)

... daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

Hintergrund

Gewandhauskapellmeister Kurt Masur hatte bei Telefonaten aus der UdSSR während einer Gastspielreise immer angefordert, dass der von den "Sechs" (Faksimile oben) versprochene Dialog nun endlich ins Laufen kommen müsse und nach seiner Heimkehr mit aller Macht und allen Gewandhaus-Mitarbeitern und allen Beziehungen die erste Veranstaltung am 22.10.89 im Kleinen Saal des Gewandhauses – von vorn herein als eine Start-Veranstaltung gedacht – gewissermaßen erzwungen. Nach diesem Abend wurden Schwerpunkte und Themen aus der Veranstaltung zu formulieren versucht. Daraus entstanden dann drei Sonntagsrunden – mit der Litfaßsäule als "speakers corner", sowie Anzeigen in den verschiedenen Leipziger Tageszeitungen. Bernd-Lutz Lange hatte inzwischen seine "eigenen" Gespräche im "Mixer-Keller" laufen; Jochen Pommert hatte sich zurückgezogen; Roland Wätzel kämpfte für den Erhalt der Partei – da blieben Kurt Meyer und Peter Zimmermann, die im Windschatten von Masur die Dialoge betrieben. Eine Endredaktion der Schriften hat es nach Zeitzeugenberichten im "Stadtpfeifer" vor einer Pressekonferenz am 17.11. gegeben, wo Kurt Masur noch etwas Schärfe in einzelne Formulierungen hineingebracht hat. Und da haben die "Leipziger Postulate" wohl auch ihren Namen bekommen. Das Hauptthema der Pressekonferenz am 17.11.89 war dann allerdings die Erklärung von Egon Krenz, er habe das Blutvergießen in Leipzig verhindert. Das hat Masur sehr aufgebracht, und er hat mit aller Kraft dagegen "gewettert". Und diese Geschichte war natürlich schlagzeilentrichterlicher als diese gesammelte Volksweisheit. Und so sind die "Leipziger Postulate" in der Ablage gelandet; ähnlich wie der Christa-Wolf-Aufruf "Für unser Land". Wir möchten mit der nunmehrigen originalen Veröffentlichung eine Diskussion – 20 Jahre danach – zu anderen Zeiten anregen und befördern.

EINE LN - RECHERCHE

I. Demokratie und politisches System

"Redet nicht von unserem Volk; das gehört uns nicht. Das Volk gehört sich selber, und wenn wir Glück haben, nehmen sie uns an."

Wir erleben, daß die derzeit bestehenden Volksvertretungen nicht das Vertrauen ihrer Wähler haben. Die vor uns stehenden gewichtigen mittel- und langfristigen Entscheidungen können nur von neugewählten Volksvertretern – nach ausführlicher Diskussion mit den betroffenen Menschen – verantwortet werden. Die Forderung nach neuen Wahlen stellt uns zuerst vor die Aufgabe, die Verfassung unseres Landes zu reinigen und zu ergänzen (§ 1; Zusatz über die Verfassungspflicht zur ökologischen Verantwortung u.a.). Die neuerschaffenden oder zu verändernden Gesetze (Mediengesetz, Parteiengesetz, Wahlgesetz u.a.) müssen zwei Grundbedingungen erfüllen: Sie müssen die demokratische und entscheidende Mitarbeit aller interessierten Menschen ermöglichen und jederzeit die öffentliche Kontrolle der verlichten Macht erlauben. Eine Verwaltungsreform als Teil der Erneuerung von unten mit dem möglichen Ziel, die bis 1952 bestehende Gliederung unseres Landes in Länder (Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Thüringen) hat zwei Aufgaben zu leisten: Sie hat die Dezentralisierung von Entscheidungen zu fördern, die dort getroffen werden müssen, wo die Menschen damit leben. Und sie muß eine radikale Entbürokratisierung aller Strukturen und Institutionen des politischen Systems durchsetzen. x wiederherzustellen

Die Einheit der individuellen und sozialen Menschenrechte ist neu zu bestimmen und Vorstellungen über sozialistische Menschenrechte (neben der neugewonnenen Reisefreiheit, die unbedingt die materielle Absicherung braucht, auch ein Widerstandsrecht der Bürger; die Kundgebungsdemokratie "Wir sind das Volk!" brauchen wir wie die Luft zum Atmen.) sind zu entwickeln und zu realisieren.

Die weißen Flecken in der Geschichte der DDR vom 9. Mai 1945 an bis zum heutigen Tag müssen ausgefüllt werden. Nur eine ehrliche, tabufreie Aufarbeitung unserer Vergangenheit – beginnend mit der Geschichte der SED – kann die Ursachen der heutigen Krisis aufdecken und neue Fehler vermeiden helfen.

Wir gehen zu auf eine Demokratische Republik Deutschland als unser neues Deutschland.

II. Ökonomie und ...

"Für mich ist die sozialistische Gesellschaft der Zukunft eine Gesellschaft der freien Konkurrenz der besten Ideen für die Ausgestaltung dieser Gesellschaft."

Wir fordern und realisieren die schrittweise Veränderung der ökonomischen Grundstruktur des Bezirkes Leipzig. Um die Dominanz der verarbeitenden Industrie zu sichern, wird die Veredelungschemie zu Lasten der Schwerchemie entwickelt. Die Dezentralisierung von Planung und Leitung gibt dem Bezirk und der Stadt die Möglichkeit für eine angemessene eigene Wirtschaftspolitik für unser Land. Zwei Voraussetzungen für diese Entwicklung sind zu sichern: Leitungsfunktionen müssen alle nach Kompetenz besetzt werden, wofür die Trennung aller Parteien vom Staat und von der Wirtschaftsleitung grundlegend ist. Über halbjährliche Rechenschaftslegung über den Staatshaushalt und die Devisenwirtschaft ist der Spielraum für politisch-wirtschaftliche Entscheidung klarzustellen. Durch die Auswirkungen der Verwaltungsreform wird die Entbürokratisierung auch im Wirtschaftsbereich gefördert.

Schnell in Angriff zu nehmen sind die Einrichtung von Innovationsbüros auf der Grundlage privater Initiativen, die effektive Förderung von Handwerkern ebenso wie eine bedarfsangemessene Entwicklung der Dienstleistungsbetriebe (Hotels und Gaststätten nicht zu vergessen).

II. ... und Ökologie

Das Recht auf Leben in einer gesunden, intakten und viestgestaltigen Umwelt soll als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen werden, ebenso wie die Verpflichtung, eine solche Umwelt den zukünftigen Generationen zu überlassen. Für die Region Leipzig und Halle ist ein Plan der ökologischen Entwicklung zu erarbeiten, der eine schonende Nutzung aller Naturgüter sichert. Für alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in diesem Raum hat die ökologische Sanierung Vorrang.

Der Suche nach Wegen zu Umwelt-entlastenden Formen der Energieversorgung wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Alternative Energie und Energiekonservierung müssen wissenschaftlicher Untersuchung übergeben werden. Die öffentliche Diskussion und demokratische Entscheidung aller Fragen im Zusammenhang mit Atomenergie ist zu garantieren.

Die Informationen über Belastungen der Luft sollen verbunden werden mit Empfehlungen für das individuelle Verhalten der Energieverbraucher und Kraftfahrzeugbenutzer.

Um ökologisch und ökonomisch verantwortbare Konzeptionen für die Lösung besonders schwerwiegender Probleme zu diskutieren, wird die Einberufung eines sogenannten "Runden Tisches" vorgeschlagen. An ihm sollen Arbeiter und Wissenschaftler, Betriebsleiter und Politiker, die Presse und Vertreter der Öffentlichkeit eine grundlegende Umgestaltung des Leipziger Südraumes planen. Da auch andere Länder eine ökologisch verantwortbare Umgestaltung industrieller Ballungsgebiete, teilweise schon seit längerer Zeit, vorbereiten, sollten auch Wissenschaftler und Planer aus solchen Ländern zu dem "Runden Tisch" eingeladen werden.

IV. Volkshbildung

"Die Volkshbildung muß aus der Sprachlosigkeit zu effektiver Arbeit kommen und sichtbar machen, daß sie teilhaben will am Prozeß der Erneuerung."

- Pädagogische Arbeit ist nicht identisch mit Parteipolitik, es bedarf langfristiger Konzepte (Vertreter des Front-Mehring-Instituts).
- Der Rücktritt der Frau Hanecker entbindet sie nicht von der Pflicht zur Rechenschaftslegung (Geschichtslehrer der POS „Bruno Fuchs“).
- Alle Kader sollten auf ihre Redlichkeit als Träger des politischen Rechts überprüft werden. Es wurde eine schriftliche Antwort der Abteilung Volkshbildung zum Fall des ehemaligen ostsächsischen Direktors E. Voigt verlangt, der seinen Austritt aus der SED erklärt hatte (stellv. Direktor der Spezialschule „Wilhelm Gumbel“).
- Die Anweisung des Ministeriums zum Staatsbürgerkundeunterricht und die dabei sichtbar werdende Kontaktpolitik demonstrieren nicht nur das Ansehen der das Fach Staatsbürgerkunde unterrichtenden Lehrer, vielmehr sollten neue Inhalte in einem noch zu bestimmenden Fach geleitet werden, um mündige Staatsbürger zu erziehen (Geschichtslehrer der EOS „Max Klingner“).
- Das Verbot des Westfernsehens und des Briefkontakts mit westlichen Briefpartnern in den Einrichtungen der Jugendhilfe-Helmerschule ist aufzuheben. Der Stellvertreter der Bezirkskulturformuliert dazu sofort eine entsprechende Weisung an den Vertreter des Referats Jugendhilfe-Helmerschule (Psychologin in einem Kinderheim der Stadt).
- Die vorzeitige Entlassung von Schülern aus der POS, die nicht lernen wollen aus verschiedenen Gründen, wird begrüßt. Die Hilfe für die, die wegen ihrer Behinderung nicht immer lernen können, darf nicht vernachlässigt werden (Musiklehrer B. Böhm, CDU).
- Ein Bilanzkonzept kann ohne Gesellschaftskonzept nicht wirkungsvoll werden. Solider Unterricht und die individuelle Zuwendung zum Kind, eine Atmosphäre der Ordnung und Disziplin an jeder Schule wird jeder Anarchie entgegen (Direktor der EOS „Georgi Dimitroff“).
- Die pädagogische Forschung hat ihre Augen zum Bildungswesen unserer Schule zu stellen, in dem der gebildete, mündige Staatsbürger, der sich mit dem Sozialismus identifiziert in seiner Subjektbeziehung zur Gesellschaft gesehen werden muß (Prof. Faust, Karl-Marx-Universität).

In einem Aktionsprogramm der Abteilung Volkshbildung des Bezirks Leipzig wird u.a. festgelegt:

1. Ab Dezember soll im Bezirk Leipzig nur noch von Montag bis Freitag der Unterricht stattfinden.
2. Die Direktoren erhalten ab sofort das Recht, ausgehend von den konkreten Bedingungen an der Schule und bei Aufrechterhaltung einer für die Schüler ausgewogenen Bildungsarbeit die Stundentafel um 2 bis max. 4 Stunden zu kürzen! Diese Regelung sollte bis zum Ende des 1. Schulhalbjahres 1990/91 bzw. bis zum Inkrafttreten zentraler Regelungen gelten.
3. Der Unterricht im Fach Staatsbürgerkunde sollte ab 27. November 1989 nicht mehr erteilt werden. An den Schulen sollten geeignete Formen des Dialogs mit den Schülern geschaffen werden.
4. Für die Fächer Geschichte, Geographie, Deutsch und Deutsch / Heimatkunde erfolgt bis 1. Dezember unter Verantwortung der Schulleiter eine inhaltliche Aktualisierung der Lehrpläne.
5. Der Wehrunterricht wird ab sofort in allen seinen Formen eingestellt. Das betrifft auch die Lehrgänge für die vermittlungssprachliche und Sanitätsausbildung in den Klassen 11.
6. Ab Schuljahr 1990/91 sollte der Russischunterricht nicht mehr obligatorisch erteilt werden. Er wird gleichberechtigt in die fremdsprachliche Allgemeinbildung eingeordnet.
7. Aufgrund der entstandenen Situationen in der Volkswirtschaft ist die produktive Tätigkeit der Schüler im Rahmen des polytechnischen Unterrichts der Klassen 8 und 10 in der materiellen Produktion nicht mehr durchgängig sinnvoll gewährleistet. Ausgehend von der Bereitschaft der Schüler und im Einvernehmen mit den Eltern ist unter Verantwortung der Schulleiter ein Einsatz in leistungswirtschaftlichen Bereichen entsprechend der territorialen Schwerpunkte zu entscheiden.
8. Im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung ist eine reale Leistungsbeurteilung unerlässlich. Schüler, die trotz größerer Bemühungen überfordert sind bzw. deren Lernbereitschaft sich als unzureichend erweist, werden vorzeitig aus der schulischen POS entlassen. Für diese Schüler sind mit Beginn des Lehr- und Ausbildungsjahres 1990/91 neue berufliche Möglichkeiten zu schaffen.
9. Die Direktoren erhalten ab sofort das Recht, auf Antrag der Eltern Schüler bis zu 10 Tagen im Schuljahr zur Inanspruchnahme von Ferienplätzen vom Unterricht freizustellen.
10. Zur Durchsetzung des Leistungsprinzips noch oben und noch unten werden vom Ministerium konkrete Leistungsereignisse festzulegen, die folgende Kriterien berücksichtigen:
 - Klassenarbeiten
 - Unterricht an mehreren Schulen
 - Leistungszuschläge für Direktoren entsprechend der Größe der Schule
 - Bezahlung variabler Stunden für Direktoren und Stellvertreter
 - Einsatz von Unterstufenlehrern in der Oberstufe.
11. Im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform sind besonders in der Stadt Leipzig alle durch die Abteilungen Volkshbildung beim Rat der Stadt Leipzig und durch die Abteilungen Volkshbildung der Räte der Stadtbezirke doppelt geführten Leistungspositionen zu übernehmen und Kaderreduzierungen vorzunehmen. Das Ministerium wird von der Abteilung Volkshbildung beim Rat des Bezirks Leipzig aufgefordert, bis März 1990 ein neues Bildungsgesetz zur Diskussion vorzustellen. Die Durchführung von Kreislehrerkonferenzen ist im 2. Schulhalbjahr zu garantieren.

Die Zulassung freier Schulen und Entwicklungsmöglichkeiten für eine alternative Pädagogik sind für eine demokratische Neugestaltung des Bildungswesens unerlässlich. Die Errichtung von Modellrichtungen, deren Erfahrungen diskutiert und weitergegeben werden sollen, ist zu sichern.

Die Arbeit von Schüler- und Jugendorganisationen hat getrennt und unabhängig von den Schulen zu erfolgen, ebenso Vorbereitung und Durchführung der Jugendwohne.

Voraussetzungen für den Schüleraustausch mit allen Ländern, die Angebote dazu machen, müssen geschaffen werden.

III. Recht, Rechtsordnung und Rechtssicherheit

"Die ganze Demokratisierung darf nicht an der Armee vorbeigehen."

Die Erneuerung unseres Landes muß alle Bereiche der Gesellschaft ergreifen, auch die Polizei, die Armee und das Ministerium für Staatssicherheit. Wir werden uns nicht damit abfinden, daß die Demokratisierung einer Armee ebenso unmöglich sei wie die Offenlegung der strategischen und taktischen Überlegungen zum Schutz des Staates durch spezielle Polizeikräfte. Ein dringender erster Schritt ist die Überwindung der Sprachlosigkeit zwischen allen bewaffneten Kräften und den Vertretern der neuen politischen Bewegungen sowie mit Vertretern der zur Zeit bestehenden Parlamente aller Ebenen.

Alle bewaffneten Kräfte, deren Status unklar und deren Ziel unbestimmt ist (GST, Kampfgruppen) müssen entmilitarisiert werden.

Das verlangt eine Überprüfung der einschlägigen Gesetze - von der Verfassung bis zur Dienstvorschrift! Vorrang muß die Revision der politisch relevanten Teile des Strafrechts haben, verbunden mit einer gründlichen Überprüfung aller durchgeführten Verfahren nach § 213.

Unabhängige Gerichte und unabhängige Richter werden die Durchsetzung der Demokratisierung beweisen können mit der Revision politischer Verfahren, der erforderlichen Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Ebesondere Aufmerksamkeit verlangt die Humanisierung des Strafvollzugs in der DDR, der den Zielen - und nicht der vergangenen schlechten Praxis - unserer Gesellschaft entsprechen muß. Zwischen unabhängigen Richtern, Staatsanwaltschaft und Strafvollzug muß eine enge Verbindung hergestellt werden.

In gleicher Weise muß sich die Militärgerichtsbarkeit und der dortige Strafvollzug demokratischen Reformen öffnen.

Wohl die Mitarbeiter der Paß- und Zollkontrollen an den Grenzen oft den ersten Eindruck des besuchten Landes vermitteln, müssen dort Verfahrensweisen durchgesetzt werden, die Besucher und Ausreisende freundlich und einladend behandeln.

Alle Kräfte in der Gesellschaft, jeder Bürger unseres Landes ist aufgefordert, den Abbau von ängstlichen Feindbildern und den Aufbau von Freundbildern mitzugestalten.

V. Kunst, Kultur und Kultus

"Brauchen wir die Kunst wirklich?"

Die Künstler in diesem Land haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten als verantwortungsbewußte politische Menschen erwiesen. Mit dem Gespür eines Seismographen und dem Mut der fast Verzweifelten haben sie die Probleme erkannt und ihre Sorgen benannt. Unser Dank dafür soll Folgen haben.

Die Kulturpolitik muß im kommenden Jahrzehnt ganz wesentlich die Innenpolitik unseres Landes bestimmen. Damit auch kommen wir wieder zurück zu einer überzeugenden Außenpolitik.

Kultur, Kunst und Literatur gehören nicht zu den unproduktiven Bereichen der Gesellschaft. Sie müssen deshalb neu bewertet werden bei der Zuteilung von Mitteln, im Respekt vor der Freiheit der Künste und in der Bereitschaft, auf die Stimmen aller Künstler zu hören.

Die demokratische Erneuerung in unserem Land werden wir daran auch messen, daß jede Form von versteckter oder öffentlicher Zensur für immer unmöglich gemacht wird.

Künstler und Institutionen der Kultur müssen in gleicher Weise wie Kombinate auch an den eingeholten Devisen Anteil haben. Für die Fonds der Künstlerverbände und die Künstler muß ein angemessener Prozentsatz der erwirtschafteten Devisen zur Verfügung gestellt werden. Die Allmacht einer zentralen Künstler-Agentur wird beendet. Lokale Agenturen aus privater Initiative erhalten alle Rechte für Verhandlungen und Verträge. Ein Forum von gewählten Vertretern von Ensembles, Orchestern, Chören usw. könnte eine koordinierende Aufgabe erhalten.

"Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat der schon Religion?"

Kirche in der DDR ist Teil der Gesellschaft. Sie steht in der Verantwortung, zu Lebensfragen der Menschen öffentliche Stellung zu nehmen.

Deshalb benötigen wir auf allen parlamentarischen Ebenen Arbeitsgruppen zu den Problemen von Kirche und Gesellschaft.

Eine Stadt ist ein lebendiges Wesen

LN im Gespräch mit Dr. Ilse Lauter



Die bisherige Stadtkämmerin Bettina Kudla hat die Leipziger mächtig mit einem internen Sparpaket aufgebracht. Darin u.a. die Vorschläge, ein sehr beliebtes Musik-Theater zu schließen und das Sozialticket zu streichen. Aber, sie wird nun nicht mehr das Geld verwalten ...

Mit der Annahme ihres Bundestagsmandates wird Frau Kudla Mitte Oktober aus ihrem Amt als Bürgermeisterin ausscheiden.

Das Amt bleibt in der Hand der CDU?

Die CDU hat, wie mir zu Ohren gekommen ist, diesen Anspruch erhoben. Da sie neben uns die stärkste Fraktion ist, steht ihr aus meiner Sicht und nach der sächsischen Gemeindeordnung das Recht zu, diesen Bürgermeisterposten zu besetzen. Ich habe damit kein Problem.

Steht nun die Musikalische Komödie tatsächlich zur Debatte?

In den angesprochenen Sparplänen steht es so. Was der künftige Finanzbürgermeister daraus macht, entzieht sich im Moment meiner Kenntnis. Es ist allerdings schwierig, eine so lebendige Stadt wie Leipzig, nur vom haushalterischen Standpunkt zu betrachten.

Was gehört denn noch dazu?

Ein Politiker, darunter verstehe ich auch Bürgermeister im Amt, sollte und muss die Stadt als lebendiges Wesen betrachten, weniger als eine Zusammenfassung von Haushaltstellen. Unter diesem Betrachtungswinkel ergeben sich notwendigerweise andere Prioritäten, wengleich ich durchaus verstehe, dass natürlich gespart werden muss.

Auch Rathausfraktionen sind künftig nur so stark, wie sie nach innen und außen wirken und arbeiten ...

In unserer Fraktion gibt es gestandene Stadträte und Neulinge. Und das liegt nun auch an mir, diese Fraktion zu einer effektiven und erfolgreichen Arbeit zu führen, und dabei an die Leipziger und auch an meine Stadt zu denken.

LN.: Gewählt ist nun genug, wie sieht die Fraktionsvorsitzende der Linken das Resultat?

I.L.: Es ist uns mit Hilfe der Wähler gelungen, das 17. Mandat im Stadtrat doch noch zu erlangen. Mit Dr. Bernhard Brand wird erneut ein sehr erfahrener, engagierter und kompetenter Mann einziehen. Dieses Mandat konnten wir jetzt auf Kosten der SPD erringen. Ich bin da ehrlich, lieber wäre es mir gewesen, die FDP oder die CDU hätten beim Nachwahltermin noch etwas verloren.

Damit sind CDU und LINKE nun gleichauf im Rathaus. Was bedeutet das?

Das wird voraussichtlich bedeuten, dass die CDU und wir in allen Ausschüssen die meisten Sitze haben. Das heißt einerseits mehr Arbeit, andererseits mehr Verantwortung.

Die erste schwierige Geschichte wird der neue Haushalt sein ...

Ja, er wird noch Ende Oktober in den alten und neuen Stadtrat eingebracht werden. Besonders die neuen Stadträte müssen sich sehr schnell die nötige Kompetenz und den notwendigen Durchblick erarbeiten. Das wird auch für unsere neu aufgestellte Fraktion nicht einfach sein, aber wir sind seit August sowohl mit den alten als auch mit den neuen Stadträten auf einem guten Weg. Die Einarbeitungsphase verlief sehr gut.



Gibt es etwas Schöneres, als die Begegnung von Generationen, die sich etwas zu sagen haben? In unserem "Haus der Begegnungen" trafen am 6. Oktober Menschen zusammen, wie sie

unterschiedlicher kaum sein können. Nach parallelen Recherchen der Redaktion "Spur der Ahnen" des MDR und des Friedenszentrums Leipzig kam es zu einer Begegnung von Marianne Wintgen aus Berlin und Hans-Richard Levy, der zum ersten Mal seit seiner Emigration Leipzig besuchte. Levy lebt heute in den USA.

Paul und Julius aus dem Immanuel-Kant-Gymnasium hatten neben anderen Leipziger Schülern zur Geschichte der jüdischen Familie Berthold Levy recherchiert. Er wurde in den Morgenstunden des 10. November 1938 in Leipzig verhaftet, eingesperrt und misshandelt und starb am 23. April 1939. Sechs Wochen zuvor war sein Sohn Hans-Richard im Rahmen eines Kindertransportes nach England gelangt. Später kehrte er nicht mehr nach Deutschland zurück. Abiturienten trafen nun in unserem Haus auf deutsche Geschichte und fragten auf Englisch den früheren Leipziger danach.

Da irrte der Bundespräsident

Köhler offenbar falschen Geschichtsschreibern aufgefressen



Wer hat es beim Lichtertfest der 100 000 gehört und bemerkt?

Foto: Märker

Man spricht drüber, denn in seiner Jahrestagsrede im Leipziger Gewandhaus soll Bundespräsident Horst Köhler am vergangenen Freitag falsche historische Details genannt haben. "Sollte sich herausstellen, dass uns ein Fehler unterlaufen ist, so würden wir das sehr bedauern", sagte Bundespräsidialamtssprecher Martin Köthel und kündigte eine Prüfung an.

Bei Zeitzeugen und Historikern stieß vor allem folgende Passage auf Widerspruch: "Zeugenaussagen und Dokumente belegen: Vor der Stadt standen Panzer und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt." Leipzig hatte keine Stadthalle und der MDR teilte mit, diese Darstellung zur Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 sei nicht korrekt. Nach Recherchen des MDR gab es weder Panzer vor der Stadt noch seien Blutplasma oder

Leichensäcke bereitgestellt worden. Der Bundespräsident hat seine Angaben wahrscheinlich aus einem bekannten Buch, das teils falsche Fakten nenne, sagte der Leiter der Feature-Redaktion beim MDR-Hörfunk, Ulf Köhler. Übrigens: Er ist nicht mit dem Staatsoberhaupt verwandt oder verschwägert.

Diese Angaben Horst Köhlers seien faktisch nicht belegt. "Derartige Gerüchte haben damals am 9. Oktober in der Stadt die Runde gemacht und versetzten viele in Angst." Zur Passage in Köhlers Rede, Leichensäcke seien bereit gehalten worden, heißt es: Das Wort Leichensäcke taucht im Zusammenhang mit dem 9. Oktober 1989 jetzt zum ersten Mal auf.

Offenbar war deshalb die neue "Glocke der Demokratie" auf dem Augustusplatz, das "Goldene Ei" – wie sie Leipziger taufen, vor Schreck ganz stumm.

• J. W.

9. November 2009 - Aktion zur Reichspogromnacht

16.00 Uhr: Gedenkveranstaltung an der ehemaligen Synagoge in der Gottschedstraße / Schirmherr Michael Faber (Kultur-Bürgermeister Stadt Leipzig)

18.00 - 18.30 Uhr: "Mahnwache und STOLPERSTEINE putzen.
Wir machen die Verbrechen wieder sichtbar!"

Einst brannten Synagogen ... Wir entzündeten an jedem Stolperstein in der Stadt eine Kerze zur Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur.

Ein Gemeinschaftsprojekt von: Gruppe Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945, Leipzig u. Wurzen, Friedenszentrum e.V. Leipzig, Friedensweg e.V. Leipzig und VVN-BdA Leipzig

Weitere Informationen unter www.leipzig-gedenkt.de

Wer bei diesem Interview dabei sein konnte, war von diesem ungewöhnlichen Geschichtsunterricht betroffen und berührt. Es bleibt aber nicht bei dieser halben Stunde. Frau Wintgen und die Schüler vereinbarten eine gemeinsame Teilnahme an der stadtweiten Gedenkaktion "Mahnwache an allen Stolpersteinen" am 9. November. Im Rahmen des Projektes wird weiterhin die Verlegung eines Stolpersteins für Berthold Levy vor dem damaligen Wohnhaus der Familie in der Fregestraße 7 vorbereitet.

In diesem Sinne:

Schalom

Ihre Annette Boenheim

Informationen finden Sie auf www.ariowitschhaus.de
Ihre Anregungen und Fragen über: ariowitschhaus@yahoo.de

Die Begegnung mit Herrn Levy hat unsere Erwartungen übertroffen. Wir sind mit gemischten Gefühlen zum Interview gegangen, einerseits war es spannend, einen Zeitzeugen zu treffen, andererseits hatte keiner von uns beiden Erfahrungen mit Interviews, das trug nicht gerade zu unserer Entspannung bei.

Herr Levy war ausgesprochen freundlich und ehrlich interessiert an unserer Arbeit. Als die Unterhaltung erst einmal ins Laufen kam, wich jegliche Aufregung und Angst, Fehler zu machen. Erstaunt waren wir darüber, dass Herr Levy so offen über seine Vergangenheit sprechen konnte und all unsere Fragen sehr detailliert und persönlich beantwortete. Seine Geschichte und der Umstand, dass er und Frau Wintgen sich gefunden haben, berührte uns sehr. Wir sind dankbar für die uns gegebene Möglichkeit, war es für uns doch das erste Mal.

Paul Moritz; und Julius Völkner
Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums

"Kriegsverräter"-Urteile aufgehoben

Das Ende eines jahrzehntelangen Kampfes berührt auch Leipzig

Erst 64 Jahre nach der Zerschlagung der NS-Gewaltherrschaft beschloss der Bundestag in der letzten Sitzung der vergangenen Legislaturperiode die "Kriegsverräter" in das "Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen" aufzunehmen. Dem war ein jahrzehntelanger Kampf vorausgegangen. Ehemalige Militärjuristen und Wehrmachtsoffiziere unter den Abgeordneten und Lobbyisten verbreiteten immer wieder die Mär von der sauberen und unabhängigen Militärjustiz. Wer anderer Meinung war, der hatte es schwer. Es kam zu Prozessen wegen angeblicher Verleumdungen. Die Schwinge und Co hatten in der Bundesrepublik die Deutungshoheit. Erst als sich der ehemalige Wirtschaftsmanager Fritz Wüllner dem Thema zuwendete und Mitte der 90er Jahre mit dem Buch "Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung" diesem Trend entgegenstellte und sich Historiker wie Manfred Messerschmidt und Norbert Haase mit dem Thema befassten, konnte das Lügengespinnst durchbrochen werden.

Eine weitere Problematik rückte das Thema Deserteure in die Öffentlichkeit: Nachdem man Jahrzehnte in der Bundesrepublik und vor allem in der Bundeswehr die Männer des 20. Juli 1944 als Verräter eingeordnet hatte, entdeckte man sie nun als Helden und Retter der deutschen Ehre und damit als Vorbilder. Noch immer aber ordnete man die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, die sich durch Flucht, Selbstverstümmelung etc. dem verbrecherischen Krieg entziehen wollten und gefasst wurden, als rechtmäßig verurteilte Verbrecher ein.

Diesen Widerspruch musste schließlich auch die Bundespolitik erkennen und rehabilitierte darum die Fahnenflüchtigen. Von diesem Beschluss wurden ausdrücklich jene Männer und Frauen ausgenommen, die von der Wehrmachtjustiz als Kriegs- oder Vaterlandsverräter eingestuft worden waren. In ihrem Fall sollten die (zumeist hingerichteten) Opfer, ihre Eltern, Ehefrauen oder Kinder in Einzelfallprüfungen nachweisen, dass die Verurteilten aus politischen Gründen gehandelt hatten. Denen, die dieses Verfahren im Bundestag beschlossen, war natürlich klar,



Foto: Märker

ZUR ERINNERUNG AN DIE OPFER DER NATIONALSOZIALISTISCHEN MILITÄRJUSTIZ, DIE IN DEN JAHREN VON 1940 BIS 1944 AUF DEM EHEMALIGEN MILITÄRSCHIESSPLATZ BIENITZ WEGEN FAHNENFLUCHT, WEHRKRAFTZERSETZUNG ODER SELBSTVERSTÜMMELUNG HINGERICHTET WORDEN SIND.

STADT LEIPZIG 2009
Inskription am Bienitz

dass das nicht möglich war, denn die zumeist jungen Soldaten von damals waren zum Großteil nicht verheiratet und die Eltern waren inzwischen verstorben. Außerdem hatten die Wehrmachtgerichte die Urteile 1945 zielgerichtet vernichtet. Wer wurde unter dem "Tatbestand Kriegsverrat" erfasst? Es ist kaum vorstellbar, aber es waren politische Widerständler, Überläufer, die sich dem "Nationalkomitee Freies Deutschland", westlichen Deutschen oder den Partisanen aller Couleur angeschlossen hatten, Soldaten, die jüdischen Menschen geholfen und die sich "unbotmäßig" ihren Vorgesetzten gegenüber verhalten hatten. Diese "Täter" waren weiterhin rechtskräftig verurteilt und damit als Verbrecher hingerichtet oder "zum Fronteinsatz begnadigt" worden.

Wiederum war es die PDS und später die Linke, die im Bundestag die pauschale Rehabilitierung, die Aufhebung der Urteile forderte. Jahr für Jahr wurden eingebrachte Gesetzentwürfe abgeschmettert. Je mehr die kleine Gruppe von Historikern, die sich mit dem Thema beschäftigte, neue Erkenntnisse auf den Tisch legte, kamen die Gegner einer Urteilsaufhebung in Bedrängnis. Nur noch wenige Abgeordnete erlaubten es sich, öffentlich die Urteile zu verteidigen. Solche Meinungsäußerungen wie die des CSU-Abgeordneten Geis, der die Aufhebung von Urteilen gegen Deserteure und Homosexuelle eine Schande nannte, stießen auf Verwunderung und Widerspruch. Doch die angeblich so demokratischen Parteien im Bundestag weigerten sich, dem Gesetzentwurf der Linken zuzustimmen. So brachte in diesem Jahr die CDU einen fast gleichlautenden Antrag ein, und dieser wurde einstimmig angenommen. Auch wenn dieses Verfahren einem der Sache unangemessenen Theater gleichkommt, erfolgte endlich die Rehabilitierung. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter zur Erstellung eines Gedenk- und Totenbuches für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft in Leipzig haben diesen Beschluss des Bundestages bereits vorab verwirklicht. In das Gedenkbuch, das im Januar 2010 als Internetveröffentlichung übergeben werden soll, wurden alle bisher bekannt gewordenen politischen Wehrmachtsjustizopfer aufgenommen. Das sind 78 Leipziger, unter ihnen der Gefreite Herbert Matzel, der sich nach der Fahnenflucht französischen Partisanen angeschlossen hatte, und der Obergefreite Kurt Eichentopf, der seinen Vorgesetzten den Gehorsam verweigerte. Im Gedenkbuch enthalten sind auch die Angaben zu 104 von Leipziger Militärgerichten zum Tode Verurteilten und Hingerichteten. Dazu gehören der Sanitätssoldat Gerhard Sonne aus der Leipziger Fichtestraße 2. Auch bei den Gedenksteinen für die Opfer der Militärjustiz auf dem Ostfriedhof und am Bienitz (siehe Foto) wurde nicht danach gefragt, ob Bundestagsabgeordnete damit einverstanden sind, dass wir Leipziger die Verurteilten als Opfer von Wehrmacht-Unrecht betrachten.

• DIETER KÜRSCHNER

§ Kein schöner Anblick

Angeklagt ist der 27-jährige Christian O. wegen der "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" und wegen "Leistungserschleichung". Übersetzt aus der reichlich verquastenen Juristensprache heißt das hier, der Delinquent zeigte den so genannten "Hitlergruß" und fuhr schwarz mit der Straßenbahn. Und weil aus seiner schlichten Sicht doppelt nicht nur besser, sondern auch schlechter hält, tat er beides gleich zwei Mal. In früher Morgenstunde des 17. Januar 2009 führte der Angeklagte statt Gold nazistischen Unrat im Munde und pöbelte auf dem Leipziger Hauptbahnhof eine Gruppe von Jugendlichen als "Judenbande" an, zeigte gleich zwei Mal den genannten "Gruß" und überdies seinen nackten Oberkörper und auch noch den nackten Hintern. Gewiss kein schöner Anblick, den der leicht verfettete, reichlich mit Tattoos versehene, blond gefärbte "deutsche Held" bot. Als sich die Polizei seiner annahm, hatte er über zwei Promille Alkohol im Blut. Was er so in seinem Kopf hat, zeigt seine recht stattliche Vorstrafenliste mit sechs Verurteilungen. Unter anderem wegen der schon genannten Vergehen kommen noch vorsätzliche schwere Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte hinzu. Zum Tatzeitpunkt stand er unter zweifacher Bewahrung. Der gelernte Transportarbeiter, damals arbeitslose Hartz IV-Empfänger, hatte also reichliche Gründe in sich zu gehen und wenigstens ausnahmsweise die kläglichen Reste seines Verstandes zu aktivieren. Aber auch vor Gericht zeigte er den traurigen Anblick eines verblissenen schweigsamen Schlägertyps. Als sein Verteidiger auf recht dreiste Art versuchte, die Tatsache der sogar auf Video festgehaltenen Nazigrüße als "einfaches Armausstrecken" herunter zu handeln, zeigte ein kurzes hämisches Grinsen einmal mehr, wessen Geistes Kind dieser Christian O. ist. Da muss so einiges in seiner Entwicklung mächtig schief gelaufen sein. Doch Ursachen werden vor Gericht eher nicht verhandelt. Die junge Staatsanwältin forderte fünf Monate und zwei Wochen (letzteres wegen des Schwarzfahrens), der Richter beschied im wörtlich tatsächlich kurzen Prozess auf fünf Monate Haft. Ein sicher faires und gerechtes Urteil. Ob es wirklich hilft, Christian O. nachhaltig zur Besinnung zu bringen, da habe ich mehr als nur leise Zweifel ...

FRANZ HASE

Notizen aus dem Stadtrat

• City-Tunnel

Abgelehnt wurde der Antrag der Linksfraktion auf eine aktuelle Stunde zur Kostenexplosion am Leipziger City-Tunnel. Trotzdem musste die Stadtverwaltung Stellung nehmen. So hat die Stadt keine Mitverantwortung an den exorbitanten Steigerungen und bleibt bei ihrer Haltung, sich nicht an der Übernahme der Mehrkosten zu beteiligen.

• Neugeschaffenes

Hart ging der Stadtrat mit der Verwaltung ins Gericht. Erst musste in Connewitz-Biedermannstraße ein Bolzplatz einem Kindergartenneubau weichen, ohne dass ein Ersatzstandort in Nachbarschaft garantiert ist. Nunmehr wird auch in Schönfeld ein erst kürzlich gebauter Bolz-

platz abgerissen werden, der schon einmal einem Einkaufszentrum weichen musste. Auf Grund eines Ergänzungsantrages der Linken sicherte die Stadtverwaltung zu, kurzfristig für dementsprechenden Ersatz zu sorgen.

• Integration

Auch wenn sich der Stadtrat dem Neubau eines Wohnheimes für Mehrfachschwerbehinderte inmitten des zentralen Einkaufsbereiches in Paunsdorf-Heiterblick nicht verschließen konnte, kritisierte die Linksfraktion mangelnde Bürgerbeteiligung und fehlenden Raum für Freiflächen, und Rückzugsmöglichkeiten, da das Heim unmittelbar neben einer Kaufhalle und umgeben von Ladenstraßen gebaut werden soll.

• Lichterfest

Zusätzlich 300-tausend Euro musste der Stadtrat zum Lichterfest aus Anlass der 20. Wiederkehr des 9. Oktober 1989 beisteuern. Für das gigantische Spektakel, waren statt der geplanten 400-tausend Euro Sponsorengelder und Spenden, nur 100-tausend zusammen gekommen.

• Baubeginn

Mit großer Mehrheit stimmte der Stadtrat dem überarbeiteten Bebauungsplan für die Brühl'schen Höfe zu. So wird aus Einsparungsgründen nur eine Ein- und Ausfahrt am Halleschen Tor, statt einer weiteren am Tröndlinring, gebaut. Nunmehr liegt es am Investor, kurzfristig die Genehmigungsplanung vorzulegen, um mit dem Bau endlich zu beginnen.

Gestaltung für aufrechte Menschen

Der sächsische Formgestalter Clauss Dietel wird 75

Eine Gratulation von Jens Kassner



Schreibmaschine Erika E 110 /120. Clauss Dietel 1974-76.



Heliradio rk 5 sensit und Lautsprecher K 20. Dietel und Rudolph 1967 bzw. 1969.

Als Macher lässt er sich gern bezeichnen, aber keinesfalls als Designer. Formgestalter ist die Berufsbezeichnung, die Clauss Dietel für sich gewählt hat. Angesichts der heutigen Inflation des Etiketts "Design" erscheint das nachvollziehbar. Doch bereits 1960 grenzte er sich in seiner an der Hochschule Berlin-Weißensee verteidigten Diplomarbeit energisch vom amerikanischen "Styling" ab, das auf schnellen Formenverschleiß für kurze Vermarktungszyklen abzielt. Das mag als ideologische Prämisse in der DDR zu dieser Zeit angesehen werden, doch ebenso kritisch verhielt er sich auch gegenüber den ostdeutschen Produkten, wie dem Trabant 601. Der praktische Teil der Diplomarbeit war das Modell eines betont funktionalen Mittelklassewagens. Diese Ideen flossen wenig später in seinen Grundentwurf des neuen Wartburg 353 ein.

Schon bald nach dem Studium kündigte Clauss Dietel die ihm vermittelte Stelle im VEB ZEK Karl-Marx-Stadt, um fortan freiberuflich zu arbeiten. Möglich war das nur über eine Aufnahme in den Künstlerverband der DDR. Zum ständigen Partner wurde sein früherer Kommilitone Lutz Rudolph; zeitweise ergänzte Dieter von Amende das freiberufliche Kollektiv.

Die sechziger und siebziger Jahre wurden für sie zu einer Periode höchster Produktivität, aber auch großer Enttäuschungen. Fruchtbar war die Arbeit für Heliradio, eine private Firma in Limbach-Oberfrohna. Aus den früheren "Musiktruhen" machten sie zeitgemäße Radios und Stereoeinrichtungen, nach dem Baukastenprinzip kombinierbar. Zum Dauerbrenner wurde der Rundfunkempfänger rk 5 sensit, den man inklusive der Nachfolgemodelle mehr als zwei Jahrzehnte herstellte. Einen Hauch Pop Art brachten hingegen die legendären Kugelboxen in die Jugendzimmer der DDR.

1965 begann in Zwickau die Arbeit am neuen Trabant, zu der Dietel und Rudolph hinzugezogen wurden. Wie schon beim Wartburg versuchten sie, ein Vollheckfahr-

zeug zu konzipieren, das geringen Luftwiderstand mit bester Raumaussnutzung vereint. Eine weitere Prämisse war das "aufrechte Sitzen" im Gegensatz zum erzwungenen Abducken im P 601. Das 1966 entworfene Modell des P 603 hätte zum weltweit ersten Kompaktwagen mit Fließheck geführt, sieben Jahre vor dem VW Golf, und damit Ulbrichts seltsame Formel "Überholen ohne einzuholen" erfüllt. Doch die Borniertheit der Bürokratie verhinderte diese Innovation. Bis 1984 zogen sich die Bemühungen hin, einen zeitgemäßen Kleinwagen in die Produktion zu überführen, teilweise in Kooperation mit Wartburg und Škoda. Als dann der Beschluss zum Einbau von VW-Motoren in den hoffnungslos veralteten Trabant kam, verabschiedeten sich die beiden Formgestalter endgültig von diesem Projekt. Ähnlich tragisch verliefen die Versuche, für IFA Ludwigsfelde und Robur Zittau moderne Nutzfahrzeuge zu entwerfen.

Erfolgreicher war die Zusammenarbeit mit Simson Suhl. Das 1975 in Serie gegangene Mokick S 50 wurde in Millionen zählenden Stückzahlen hergestellt. Auch vom Roller SR 50 sieht man heute noch Tausende auf den Straßen. Besonders das Mokick verkörpert das von Clauss Dietel propagierte "Offene Prinzip" in Reinkultur. Es geht über den Baukasten deutlich hinaus, erlaubt durch die additive

Zusammenfügung der Baugruppen schnelle Veränderungen in der Produktion wie auch seitens der Nutzer.

Neben Fahrzeugen und Phonogeräten war Dietel auf verschiedensten Gebieten tätig. So arbeitete er bereits 1963 am vermutlich ersten Kleinrechner der Welt, dem von der TU Dresden entwickelten D 4a, ebenso mit wie wenig später am raumfüllenden Robotron R 300. Mehrere Erika-Schreibmaschinen zeigen seine Handschrift wie auch die Reiseschreibmaschine Cella. Hinzu kamen Produktionsanlagen, u.a. Großrundstrickautomaten für Elite-Diamant.

Mit dem Formgestaltungsprogramm Karl-Marx-Stadt wurde 1969 durch ein Künstlerkollektiv unter Dietels Leitung erstmals versucht, einer Großstadt ein "corporate design" zu geben. Blieben diese Entwürfe in der Schublade, so war der Bau der neuen Harlaß-Gießerei ab 1974 ein erfolgreiches Beispiel für die komplexe Zusammenarbeit von Architekten, Technologen, Formgestaltern und Künstlern. Spartenübergreifend sind auch die Interieurs und Freiraumgestaltungen, an denen Dietel mitarbeitete, so für den Ehrenhain der Sozialisten Karl-Marx-Stadt.

In den Siebzigern verschärfte sich die Repressionen des Amtes für industrielle Formgestaltung der DDR gegen die weni-

gen Freiberufler dieser Sparte. Die rein technokratische Denkweise des Amtes unter Martin Kelm versuchte eine Kaserne aller Produktgestalter in den volkseigenen Kombinat. Aus Protest gegen diese Ghetto-Bildung reichte Dietel 1981 seinen Rücktritt als Vizepräsident des Künstlerverbandes ein. Eine gewisse Flucht war die Professur an die Schneeberger Fachschule, die er ab 1986 als Direktor auch leitete. Diese Arbeit war ebenso wie die Annahme der Wahl zum letzten Präsidenten des VBK 1989 von der Illusion geleitet, Reformen von innen heraus anschieben zu können. Das gesellschaftliche Engagement wurde ihm nach 1989 häufig vorgeworfen, vor allem von Personen, die in der DDR den Kopf eingezogen hielten und dann schnell zu Patentdemokraten mutierten.

Den tiefen Einschnitt nach 1990 überwand Clauss Dietel. Bis heute ist der am 10. Oktober 1934 in Reinholdshain bei Glauchau geborene Gestalter berufstätig. Dabei sind architekturbezogene Arbeiten stark in den Vordergrund getreten. Und immer noch reibt er sich am Gesellschaftlichen, bringt sich konstruktiv wie auch kritisch ein.

Literaturhinweis:

Jens Kassner: Clauss Dietel und Lutz Rudolph - Gestaltung ist Kultur. Hg. von der Sammlung Industrielle Gestaltung Berlin 2002. ISBN 3-935534-05-1



Trabant P 603, Steilheckvariante. Nicht realisierter Entwurf von Clauss Dietel und Lutz Rudolph 1966.



Funktionsmuster der LKWs L 60 und Robur 0611. Dietel und Rudolph 1973.

Mutig Neuland betreten

von Gerald Kemski (Hamburg)*

Es war 1994. In Magdeburg. Zum zweiten mal wählte die Bundesarbeitsgemeinschaft "betrieb & gewerkschaft" der PDS BundessprecherInnen. Gewählt wurden Margitta Klug (Leipzig) und ich.

Margitta wagte sich auf Neuland. Sie stellte sich mit an die Spitze des einzigen Zusammenschlusses der PDS, der über so etwas wie eine "Westmehrheit" verfügte.

Ihre Offenheit und Konsequenz in den von ihr vertretenen Positionen brachte ihr sofort auch bei den "gestandenen" Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus den alten Bundesländern Anerkennung und Respekt.

Auch wenn wir manchmal durchaus nicht einer Meinung waren, war es absolut toll mit Margitta zusammenzuarbeiten und es wurde immer eine Lösung gefunden.

Hatte die AG betrieb & gewerkschaft eine Position bezogen, dann war Margitta mit Entscheidung dabei, sich für diese einzusetzen.

Sie hatte, wie auch Karli Zais aus Chemnitz einen ganz wichtigen Anteil daran, dass die AG der GewerkschafterInnen der PDS aus alten und neuen Bundesländern zusammenwuchs und wir einander sehr nahe kamen.

Wenn ein so lieber Mensch nicht mehr ist, treibt es einem doch die Tränen in die Augen. Ich darf, im Namen der gesamten Bundes AG betrieb & gewerkschaft der LINKEN, sagen: Das wir heute der größte Zusammenschluss unserer Partei sind, dafür hat in den Anfangszeiten der AG Margitta ganz, ganz viel geleistet.

Als Hamburger möchte ich einfach ganz kurz auf Plattdeutsch sagen:

Margitta – wi ward Di nich vergeeten.

*Mitglied des BundessprecherInnenrats der AG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE.



Aufgenommen beim Empfang der Bundestagsfraktion Die LINKE auf dem Gewerkschaftskongress verdi am 4. Oktober 2007

Foto: ege

Adieu, Margitta ... und danke!

Margitta ist gestorben ... die bittere Nachricht erreichte mich auf einer Wahlveranstaltung, ich war erschüttert und wollte es nicht wahrhaben, aber ich wusste es ja, Margitta war schon lange sehr krank, hat gekämpft und nun verloren. Aber gleich zogen viele Bilder in mir auf von Zeiten, wo ich mit ihr sehr eng verbunden war und wir in Parteiangelegenheiten viel zusammen unternommen haben. Die Zeit, gleich nach der Wende, wo sich Margitta in der ihr eigenen Unerschrockenheit und Beharrlichkeit für den Erhalt der Partei eingesetzt hat, kenne ich nur vom Hörensagen, da war ich noch mit dem Übergang vom Betrieb ins Wohngebiet beschäftigt. Aber in Vorbereitung der allerersten Wahlen haben wir mit Margitta ein Wahlkampfkonzept entworfen, das wir in Dresden vortrugen, dachten über Flyer, Plakate, Aktionen nach, die uns für diesen Anlass geeignet erschienen ... Basisaktionen pur, damals war alles möglich. Ich sehe uns noch in Margittas Wohnung auf dem Fußboden sitzen und in Stößen von Papier nach markigen Überschriften für Plakate suchen, Entwürfe für Flyer konzipieren, mit Fotografen und Künstlern verhandeln für die Plakate. Ich erinnere mich, wie wir tief in der Nacht aus Dresden zurückfuhren, wo wir unsere Konzepte vorgestellt hatten, so heftig diskutierend, dass wir die Abfahrt Nossen verpassten und erst in Chemnitz merkten, dass wir falsch waren. Wir waren Feuer und Flamme für unsre Aktionen und Margitta hat dieses Feuer entfacht und dann mit anderen gemeinsam sachlich in mühevoller Kleinarbeit an der Umsetzung unserer und ihrer Ideen gewirkt. So war sie immer – bei Lisa, wo sie von Anfang an für frauenpolitische Ziele stritt, in der AG Betrieb und Gewerkschaft, die von ihr maßgeblich mitinitiiert und getragen wurde, in ihrem Ortsverband Reudnitz-Thonberg, in ihrer Arbeit im Bundesrat und in den Arbeitspräsidien vieler Stadt-Parteitage. In den letzten Jahren ist mir Margitta ein wenig entrückt, ich konnte nicht mehr mit allen ihren Positionen und Aktionen mitgehen. Aber dessen ungeachtet blieb Margitta für mich ein Beispiel für kritische und immer aktive Verbundenheit zu unserer Partei, für die sie so viel Kraft und Zeit eingesetzt hat. Danke Margitta!

Grete Bach

Abschied

von Karl-Friedrich Zais und Lars Stöckner, Sprecher der AG b&g, Sachsen

Der Tod von Margitta hat eine große Lücke in unsere AG gerissen. Sie zu schließen haben wir bisher nicht vermocht und werden Margitta auch zukünftig nicht ersetzen können. Margitta war ein Gründungsmitglied der AG b&g, wie auch von LISA. Unverwechselbar hat sie immer Offenheit und Transparenz eingefordert, politische Ränkespiele waren ihr verhasst. Daraus resultierte ihr Meinung, "GenossInnen in gewählten Funktionen muss man kontrollieren", auf jeden Fall wurde "öffentliche Kontrolle der Beschlussumsetzung" Margittas Markenzeichen. Dieser Ruf eilte ihr voraus und sie gestand mir im Landesvorstand vor langer Zeit, etwas stolz darauf zu sein. Es waren die Anfangsjahre der PDS, die sie geprägt haben, die Basisdemokratie in der neuen Partei, die vielen Frauen in der neuen sozialistischen Bewegung, die mit ihren Kindern ganz selbstverständlich zu Konferenzen und Parteitage kamen. Margitta war immer eine politische "Herzfrau". Auch bei Kritik leitete sie ihr Gefühl, dass eine Partei durch das Leben verändert wird. Der Sinn der Partei ist, das Leben zu verändern, dafür war sie Mitglied geworden. Margitta konnte kämpfen, war sie von einer Sache überzeugt. Gleichstellung, natürlich vor allem für Frauen, war ihr wichtig. Wie auch eine solidarische Gesellschaft, in der die Lohnabhängigen Mitsprache und Entscheidungskraft besitzen. Für diese Grundsätze stritt sie, vor allem in der Partei und nicht selten auf der Straße. Sie war sich für keine Form der politischen Arbeit zu schade. Margitta war gesellig. Oft haben wir bis in die Nacht auf Bundestreffen gesessen. Wer Hilfe brauchte, sie um Auskunft bat, musste nie Befürchtung haben, dass sie etwas vergisst. Nein, Margitta war zuverlässig und ehrlich. Sie bezog stets und für jeden Partei, der es ehrlich mit unserer Politik meinte. Dann konnte ihr Vertrauen grenzenlos sein. Margitta wird von uns nichts anderes erwarten, als weiter zu kämpfen. Tun wir es, im Andenken an sie!

Wir werden sein Werk fortsetzen und vollenden ...

Nachtrag zum Tode unseres Kameraden Dr. Karl-Heinz Rother (25.6.1941 - 6.8.2009)

Mit Karl-Heinz Rother verliert der Bund der Antifaschisten (BdA) – Sitz Leipzig einen engagierten Antifaschisten, der sich in seiner relativ kurzen Zeit der Zugehörigkeit zum BdA seit 2006 vor allem mit seiner akribischen Forschungsarbeit über das KZ-Außenlager Abtaundorf der Erla-Werke hohe Anerkennung erworben hat.

Mit seinen Recherchen in Archiven im In- und Ausland, darunter in Russland, Polen, Frankreich sowie in den USA, war er seit etwa drei Jahren auf der Spurensuche nach Beweisen für die Verbrechen der Nazis an den ausländischen KZ-Häftlingen der Leipziger Erla-Werke und auf ihren Todesmärschen.

Karl-Heinz Rother hatte den Stand seiner Forschungen im vergangenen Jahr in einem bemerkenswerten Vortrag im Erich-

Zeigner-Haus und in einem ausführlichen Beitrag für "Leipzigs Neue" (Nr. 1/2009) vorgestellt.

Doch eine heimtückische Krebserkrankung erlaubte es ihm nicht mehr, die Arbeit an seiner Publikation über die Geschehnisse im KZ-Außenlager Abtaundorf zu beenden, obwohl er auch in den letzten Wochen – trotz großer Schmerzen – jede Gelegenheit nutzte, die eine oder andere Seite noch zu schreiben. In der Öffentlichkeit trat er das letzte Mal zum Start des 10. Gedenkmarsches zur Erinnerung an die Todesmärsche 1945 am 3. Mai 2009 in Erscheinung; er ließ es sich nicht nehmen, auf einer Schautafel Fakten zu den Vernichtungslagern in Abtaundorf zusammenzustellen – getreu unserem Konzept "Gedenken setzt Wissen voraus".

An seinem Grab wurde sowohl vom BdA Leipzig als auch von der Gedenkstätte für Zwangsarbeiter Leipzig die Unterstützung beim Herausbringen seines Werkes versprochen. Wir hoffen auch auf die Unterstützung durch die Leser von "Leipzigs Neue" bei der Finanzierung der geplanten Publikation.

Wir rufen Sie deshalb auf, Geld zu spenden, um aus dem jetzt noch unfertigen Manuskript eine solide Publikation zu erstellen, die einmal der Öffentlichkeit präsentiert werden kann.

In Absprache mit Jelena Rother, seiner Frau, bitten wir Sie, Ihre Spenden auf das folgende Konto des BdA Leipzig e. V. unter dem Kennwort "Buchprojekt Abtaundorf" zu überweisen:

Konto-Nummer: 1182724511

Sparkasse Leipzig BLZ: 860 555 92

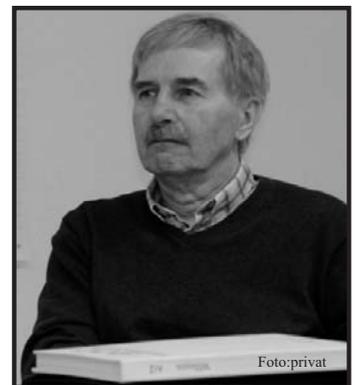


Foto:privat

Wir vom BdA Leipzig danken Ihnen im voraus – auch im Namen von Jelena Rother – für Ihre Unterstützung, um das Vermächtnis von Karl-Heinz Rother zu erfüllen.

Der Vorstand des Bundes der Antifaschisten (BdA) – Sitz Leipzig e. V.

Überflüssig

Zum Entwurf der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP erklärt der kulturpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. Volker Külöw:

Im Bereich Kunst und Kultur enthält der Vertragsentwurf der Koalitionäre nichts als unverbindliche Absichtserklärungen und – schlimmer noch – Ankündigungen, die nichts Gutes ahnen lassen. Überprüfen und Anpassen lauten die entsprechenden Tarnvokabeln. In der kalten Sprache des Neoliberalismus wird zugleich schon ungeniert von höherem Kostendeckungsgrad, wirtschaftlicher Nutzung, Synergien und Fusionen fabuliert. Betroffen sind davon Museen, Theater und Orchester sowie die Sächsischen Gedenkstätten. Unter CDU und FDP werden Kunst und Kultur in Sachsen ganz offenkundig nicht aussondern abgebaut.

Und schließlich traut man seinen Augen nicht. Die Schnapsidee des FDP-Vorsitzenden Holger Zastrow aus dem Wahlkampf hat tatsächlich Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden: ein sächsisches Nationalmuseum soll es künftig im Freistaat geben. Ist das Unwissen, Dummheit oder Größenwahn? Die Sachsen sind bekanntermaßen keine Nation und werden es zum Glück auch unter Schwarz-Gelb nicht dazu bringen. Das auf Wunsch eines einzelnen Herrn zu schaffende „Nationalmuseum“ ist schlichtweg überflüssig.

Kriminell

Zum Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof gegen die Neonazi-Gruppe „Sturm 34“ erklärt die Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Kerstin Köditz:

Im August 2008 hatte ich kommentiert: „Das Urteil gegen Mitglieder der Neonazi-Gruppe Sturm 34 ist das Ergebnis des kollektiven Versagens einer unheiligen Dreieinigkeit aus Polizei, Justiz und Innenministerium.“ Damals war das Landgericht Dresden zu der fragwürdigen Entscheidung gelangt, bei der Neonazi-Gruppe „Sturm 34“, der zahlreiche Gewalttaten zur Last gelegt werden, habe es sich nicht um eine kriminelle Vereinigung gehandelt. Schon damals war klar, dass die zahllosen Opfer der neonazistischen Schlägerbande in der mittelsächsischen Region um Mittweida wissen, dass das Gegenteil zutreffend ist.

Insofern halte ich es auch im Sinne der Opfer für ermutigend, dass die Bundesanwaltschaft im jetzigen Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof die gleiche Argumentation vertreten hat. Wenn durch „Sturm 34“ beabsichtigt war, eine „national befreite Zone“ im damaligen Kreis Mittweida zu schaffen, Ausländer zu vertreiben und den Kreis „zeckenfrei“ zu machen, kommt darin ein gemeinsamer Wille zum Ausdruck, der für eine kriminelle Vereinigung konstitutiv ist.

Abgelehnt

Zur von Justizminister Martens (FDP) angekündigten Verschärfung des Demonstrationsrechts mit Blick auf den 13. Februar 2010 erklärt der rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Klaus Bartl:

DIE LINKE lehnt die Einführung eines sächsischen Sonder-Versammlungsrechts ab. Die in Artikel 8 des Grundgesetzes und Artikel 23 der Verfassung des Freistaates Sachsen garantierte Versammlungsfreiheit darf nicht angetastet werden. Wir bringen einen Antrag „Ja zur Versammlungsfreiheit – Nein zu einem „Sächsischen Versammlungsrecht““ ein, in dem zweierlei verlangt wird: ein Verzicht auf gesetzgeberische Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Land und ein klares Votum gegen mögliche Änderungen des Bundesrechts, die das derzeit geltende Versammlungs- und Demonstrationsrecht beschneiden würden.

Abgeordnete **Julia Bonk** fügt hinzu: Ausgerechnet CDU und FDP, die abseits des breiten Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar 2009 in Dresden stehen blieben, wollen nun faktisch zusammen mit dem Marsch der Nazis auch alle Demonstrationen von Demokraten un-möglich machen. Die Nazi-Demo hätte unter Ausschöpfung bestehender rechtlicher Möglichkeiten angesichts des von ihren Teilnehmern ausgehenden Gefahrenpotenzials unterbunden werden können, dies geschah nicht.

Überteuert

Zu Schülerbeförderungskosten durch Satzungsänderungen der Kreise erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Cornelia Falken:

Der Schulbesuch muss unentgeltlich sein – dazu gehört neben der immer noch ausstehenden Verwirklichung der von der Landesverfassung gebotenen Lernmittelfreiheit die Streichung der Eigenbeteiligung der Schüler bzw. Eltern an den Schülerbeförderungskosten. Deshalb haben wir beides in einem im Frühjahr in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf festgeschrieben. Dieser wurde leider von CDU und SPD abgelehnt, bleibt aber brandaktuell. Wir fordern daher die FDP auf, die sich ebenfalls für kostenfreie Schülerbeförderung eingesetzt hatte, als neue Regierungspartei entsprechende Taten folgen zu lassen.

Für die Entfernung zum Schulort sind nicht die Eltern verantwortlich und auch nur in zweiter Linie die Kreise. Das Land hat in zwei Jahrzehnten die Schließung von tausend Schulen erzwungen und muss dafür nun die finanzielle Verantwortung übernehmen. Alles andere wäre ungerecht und unfair. Die Übernahme des Eigenanteils von Schülern und Eltern aus dem Landeshaushalt bedeutet einen Aufwand von ca. 12,5 Mio. Euro jährlich, die durch Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen aus dem Gesamtetat problemlos zu erbringen sind.

21. September

Leipzig: In Leipzig begannen am Montag die 20. Interkulturellen Wochen. Auf etwa 140 Veranstaltungen wurden unter anderem Vorträge, Seminare, Workshops, Filme und Theaterstücke angeboten. Mit diesem Angebot gehört die Stadt bundesweit zur Spitze.

23. September

Mockrehna: Jeder Einwohner der Gemeinde, der seine Stimme zur Bundestagswahl abgibt, soll zum Dank einen Pfannkuchen erhalten. Das Gemeinderatsmitglied Otto Fimpler will seiner Gemeinde 4800 Pfannkuchen spenden und so gegen Wahlmüdigkeit angehen.

Görlitz: Die Stadt Görlitz entfernt seit dem Nachmittag polenfeindliche Plakate der rechtsextremen NPD. Die Kosten für die Aktion werden der NPD in Rechnung gestellt. Das Landratsamt hatte der Partei die Verwendung der Plakate untersagt und verlangt, diese bis zum Mittag abzuhängen. Die Behörde sieht bei den Plakaten den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. In Mecklenburg-Vorpommern hatte das Oberverwaltungsgericht Greifswald das Plakat als volksverhetzend eingestuft.

25. September

Chemnitz: Die Stadt Chemnitz genehmigt eine geplante IKEA-Werbeaktion. Das Möbelhaus möchte ein überdimensionales Buch vor dem Karl-Marx-Monument aufbauen. Im Gegenzug zahlt IKEA 25 000 Euro, die in die Sanierung des Denkmal-Sockels fließen sollen und übernimmt für ein Jahr die Pflege der Grünflächen neben dem Monument. Die getroffene Vereinbarung sieht zudem vor, dass die Idee für vier Wochen umgesetzt werden darf. Zum 1. Advent muss die Aktion spätestens beendet sein. Auch

SACHSEN-CHRONIK

zusammengestellt von Helmut Ulrich

ein respektvoller Umgang mit dem Monument ist Konsens.

Spremberg: Die KSL Kupferschiefer Lausitz hat in Schwarze Pumpe mit den ersten Erkundungsbohrungen in der Kupferschiefer-Lagerstätte begonnen. Zwischen Spremberg-Graustein-Schleife vermutet die KSL bis zu 130 Millionen Tonnen Kupfer. Das Vorkommen war schon zu DDR-Zeiten bekannt, ein Abbau hat sich aber nicht gelohnt. Durch den gefallen Kupferpreis wurde die Bohrung immer wieder verschoben.

27. September

Leipzig: Bei der Teilwiederholung der Kommunalwahlen in Leipzig hat die Linke ein weiteres Mandat geholt. Dadurch ergibt sich eine Verschiebung im Stadtrat: Andreas Geisler von der SPD muss seinen Sitz an Bernhard Brand von der Linken abgeben. Linke und CDU haben im neuen Stadtrat nun jeweils 17 Sitze inne, die SPD nur noch 14 (Siehe Interview LN-Seite 6).

28. September

Dresden: Im Großen Garten wurde eine 75-Millimeter-Panzerabwehrkanone aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt und geborgen. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst brachte sie zunächst in die Zerlege-Einrichtung Zeithain. Das Geschütz, das zirka 650 Kilo wiegt, steckte einen Meter tief unter einer Wiese. Das Militärhistorische Museum Dresden hat Interesse daran angemeldet.

30. September

Grimma: Die Organisation der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum des Muldentales ist weiter unklar. Die Städte und Gemeinden im Versorgungsverband Grimma-Geithain haben eine Vorlage der Verbandsspitze abgelehnt. Die Verbandsspitze will entgegen dem bereits abgestimmten Vorgehen erneut Gruppenkläranlagen bis 50 Einwohner in die Hände der Bürger legen. Nun soll bis nächste Woche ein neues Konzept erstellt werden. Grimmas Bürgermeister Berger fordert einen Wechsel in der Verbandsspitze, da das Vertrauen in die Geschäftsführung dahin sei.

Görlitz: In einem Schreiben an die Görlitzer Bürger und Kommunalpolitiker bedankt sich der Wroclawer Stadtpräsident, Rafal Dutkiewicz, für das Abhängen antipolnischer NPD Plakate in der Neißestadt. Die rechtsextremistische NPD hatte monatelang mit der Parole "Polen-Invasion stoppen" Wahlkampf betrieben und damit in Görlitz und Umgebung Proteste ausgelöst.

1. Oktober

Lichtenberg: Der sächsische Landesbauernverband hat heute in Lichtenberg bei Kamenz zum aktuellen Streit um höhere Milchpreise Stellung genommen. Die Milchviehhalter halten eine Preis-Regelung auf bundesdeutscher Ebene für wirkungslos, wenn nicht die EU Maßnahmen gegen die sinkenden Milchpreise ergreift.

Anlass der Äußerungen ist der morgige Milchgipfel in Berlin. Ein großer Discoutar hat heute die Preise für Butter um rund 30 Prozent erhöht.

4. Oktober

Leipzig: Eine unbekannte Gläubigerin hat die Stadt Leipzig zur Rückzahlung einer alten Auslands-Anleihe aufgefordert. Laut "Spiegel" beträgt die Höhe der Forderung 187.000 Euro. Die Stadtverwaltung lehnt die Zahlung ab. Nach Aussage von Stadtsprecher Steffen Jantz liegen der Stadt keine Unterlagen für die betroffene Anleihe vor. Der Anwalt der Gläubigerin behauptet jedoch, Kopien der Urkunden nach Leipzig geschickt zu haben.

6. Oktober

Görlitz: In einem Keller der polnischen Grenzstadt Zgorzelec sind der Polizei 230 Kilogramm Mohnstroh sowie chemische Zusatzmittel, die zur Herstellung des "polnischen Kompotts" dienten, bei der Durchsuchung des Hauses in die Hände gefallen. Ein 29-jähriger Mann und eine 34-jährige Frau wurden festgenommen. Der unsachgemäße Umgang beim Spritzen des polnischen Heroins, sowie gefährliche Zusätze, hatten Anfang der 90er Jahre zur Ausbreitung von HIV in der polnischen Nachbarstadt von Görlitz geführt.

8. Oktober

Pirna: Die Finanzierung der geplanten Kleinkunstbühne des Schauspielers Tom Pauls nimmt konkrete Züge an. Pirnas Stadträte stimmten der Vergabe von 2,5 Millionen Euro Fördermitteln zu. Tom Pauls muss nun seinen Eigenanteil von 900 000 Euro absichern. Mit dem Geld soll bis Ende 2010 ein 500 Jahre altes Haus auf dem Marktplatz saniert und zur Bühne umgebaut werden.

Zwei Vordenker

Fritz Behrens und Walter Markov zum 100. Geburtstag

Am 20. September und am 5. Oktober 2009 jährte sich der 100. Geburtstag von zwei Gelehrten internationalen Ranges, deren Platz in der 600-jährigen Geschichte der Leipziger Universität zu bewahren ist.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen verstand sich seit ihrer Gründung 1991 als Erbwalter jener einmaligen Gelehrtenkonfiguration, die sich nach 1945 an der Leipziger Universität mit Vertretern wie Ernst Bloch, Fritz Behrens, Walter Markov, Hans Mayer und Werner Krauss herausbildete. Die Erschließung ihres humanistischen und demokratisch-sozialistischen Erbes war ein entscheidender Bestandteil des Selbstfindungsprozesses der Stiftung. In sieben Kolloquia, denen sie den Namen ihres Mitbegründers Walter Markov gab, erschloss sie dieses Erbe.

Der 100. Geburtstag zweier Repräsentanten dieser Gruppierung war Anlass, erneut dieses Erbe zu befragen. Am 26. September erörterten mehr als 70 Teilnehmer eines Workshops in Berlin den theoretischen Nachlass Fritz Behrens' unter dem Thema: "Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein, denn Utopie ist antizipatorische Vorwegnahme des Zukünftigen." Inhaltlich war der Workshop auf drei Schwerpunkte ausgerichtet: Erstens auf Fritz Behrens' Beitrag zu einer sozialistischen Reformökonomie, zweitens auf seine Utopie vom Sozialismus und ihrer heutigen Relevanz sowie drittens auf mögliche produktive Anregungen und weiterführende Fragestellungen seines Werkes für eine Kritik der politischen Ökonomie der Linken heute. Christa Luft (Berlin), Stefan Bollinger (Berlin), Hans-Georg Draheim (Leipzig), Dieter Janke (Leipzig), Günter Krause (Berlin), Manfred Lauermann (Hannover), Christoph

Lieber (Hamburg), Klaus Steinitz (Berlin), Peter Thal (Halle) und Frieder Otto Wolf (Berlin) verdeutlichten in ihren Beiträgen die hohe Aktualität des Behrenschens Denkens.

Am 3. Oktober gedachten über 60 Teilnehmer in Leipzig des 100. Geburtstages von Walter Markov. In kulturvollem Ambiente, begleitet von musikalischen und darstellerischen Beiträgen, würdigte das Kolloquium den Universalhistoriker Walter Markov. "Geschichte und Utopie. Markovs Verhältnis zum utopischen Denken von Ernst Bloch", "Hegel-Ranke – Marx-Markov. Ein Parallelogramm", "Markov – Lamprecht, Burckhardt und die Folgen" waren Themen, die von Volker Caysa (Köngernheim/Opole), Manfred Lauermann (Hannover) und Wolfgang Geier (Leipzig) behandelt wurden. Ein zweiter Komplex befasste sich mit der internationalen Dimension des Wirkens von Walter Markov. Dazu sprachen Ernstgert Kalbe (Leipzig) und Peter Sebald (Berlin), ein dritter Block würdigte den antifaschistischen Widerständler (Werner Bramke), den Hochschullehrer (Hans Piazza, Sven Heitkamp). Volker Külöw schilderte den maßgeblichen Beitrag Markovs zur Gründung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Irene Markov beschloss den anregenden und bewegenden Tag mit Erinnerungen an ihren Gatten.

Es war Geschichte, an die in diesen zwei Konferenzen erinnert wurde. Die Teilnehmer waren sich jedoch einig in der Wahrnehmung, dass das Werk dieser beiden Vordenker aktueller schien, als dies noch vor zehn oder zwanzig Jahren wahrgenommen wurde.

• KLAUS KINNER

Beiträge zur Osteuropakunde in Leipzig und Dokumente zur Hochschulpolitik der SMAD

Die Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Gesellschaft für Kultursoziologie zur Osteuropakunde in Leipzig – erster Teil des Jahrbuchs von 2008 – enthält Beiträge zur Geschichte dieser Wissenschaftsdisziplin seit dem 19. Jahrhundert, vor allem aber zur Slawistik und ihrer länderspezifischen Teilgebiete von 1945 bis 1990, insgesamt 10 Aufsätze und Studien.

Den zweiten Teil bildet eine Reihe von 23 wesentlichen Dokumenten zum Wirken der Sowjetischen Militäradministration auf dem Gebiet des Hoch- und Fachschulwesens von 1945 bis 1949.

Den verkürzten und einseitigen, ja teilweise bis zur verzerrten und damit verfälschenden Darstellung reichenden Äußerungen von offizieller Seite anlässlich des Universitätsjubiläums wird damit eine realistische, die Widersprüche und Probleme keineswegs ausklammern- de Wertung entgegengesetzt.

Ernstgert Kalbe schreibt in diesem Sinne, dass Vertreter der inoffiziellen Wissenschaftslandschaft, deren Vertreter vor ihrer Verdrängung an der Universität

gewirkt haben, sehr wohl die dem Zeitgeist nach der sogenannten Wende geschuldeten politischen Akzente registrieren, „die auf Negierung oder zumindest Marginalisierung wissenschaftlicher Leistungen der Universitäten und Hochschulen der DDR hinauslaufen, obwohl diese nicht nur bei der Ausbildung eines wissenschaftlichen Nachwuchses aus werktätigen Klassen und Schichten, sondern auf vielen Gebieten ... von der Sprach- und Literaturwissenschaft bis zur Historiographie damals wichtige Ergebnisse erbracht haben“. Dabei müsse man auch der Rolle der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hoch- und Fachschulwesens im Osten Deutschlands gerecht werden.

• G. L.

Nachlese zur Osteuropakunde. Zum Leipziger Universitätsjubiläum. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und Gesellschaft für Kultursoziologie, GNN-Verlag Sachsen / Schkeuditz 2008. 282 Seiten, 14,50 (10,00) Euro (Osteuropa in Tradition und Wandel – Leipziger Jahrbücher, Bd. 10)

Montag, 2. November, 19.00 Uhr

Buchvorstellung, Lesung und Gespräch:

Kindertransport nach England!

Er war doch nur ein neunjähriger Junge

Mit dem Autor Richard Gauch, Leipzig und Torsten Schleip, Leipzig
Lesung: Tanja Grobitsch

In Zusammenarbeit mit dem Friedenszentrum Leipzig e. V. und Friedensweg e. V. Leipzig

Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Leseprobe:

Kindertransport nach England!

Als Kindertransport (auch Refugee Children Movement) wird die Ausreise von fast 10 000 Kindern, die als "nicht arisch" im Sinne der Nürnberger Gesetze galten, aus Nazi-Deutschland beziehungsweise aus den von diesem bedrohten Ländern zwischen Ende November 1938 bis zum 1. September 1939 nach Großbritannien bezeichnet. Auf diesem Wege gelangten vor allem Kinder aus Deutschland, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei ins Exil. Die Ausreise erfolgte mit Zügen und Schiffen. Die meisten Kinder sahen ihre Eltern nie wieder. Oftmals waren sie die Einzigen aus ihren Familien, die den Holocaust überlebten.

In den Morgenstunden des 15. März 1939 begann für Hans Richard Levy die Reise in eine ferne Welt. Er war bei einem der ersten Kindertransporte aus Leipzig dabei. Die letzten Tage vor der Abreise wurden mit den Besorgungen für die Reise verbracht. Überlegungen, was man einpacken sollte und wie Gepäck reduziert werden konnte, wurden angestellt. Die Kleidung war wichtig, da Charlotte und Berthold nicht wussten, wie es denn in England mit der Versorgung von Bekleidung aussah. Aus diesem Grund versuchten die Eltern es möglich zu machen, eine völlig neue Garderobe mitzugeben, so dass Hans

Richard gut ausgestattet in England ankommen würde.

Am Vortag der Abreise wurden letzte Verwandtschaftsbesuche unternommen. "Wir waren bei Opa und Oma Frank." Ansonsten verlief der Tag ruhig. Es herrschte eine sehr gedrückte Stimmung. Charlotte Levy erinnert sich: "Hans Richard war so glücklich darüber, nach England gehen zu dürfen. Er wusste, dass er zu einer Familie kam, in der es Zwillinge in seinem Alter gab, und all die anderen guten Dinge: dass sie auf dem Lande lebten, Hunde hatten und so weiter. Am Abend, bevor er abfuhr, sang er in seinem Bett. Baby Elisabeth wachte auf und stimmte mit ein."

Am Tag zuvor hatte sich Bertholds Zustand dramatisch verschlechtert, und es kam der Arzt ins Haus, der ihn operiert hatte. Wir hatten so viel Glück, dass dieser Mann so freundlich war; kein anderer Arzt ließ sich bei uns noch blicken. Ich wusste, dass mein Mann nur noch kurze Zeit zu leben hatte, und war mir nicht im Klaren darüber, ob ich Hans die Wahrheit über seinen Zustand erzählen sollte. Ich muss mich bei meiner Schwester Martha bedanken, dass ich es nicht tat. Sie riet mir: "Lass ihn leichten Herzens gehen, nicht mit einem schweren Herzen." England würde ohnehin eine große Umstellung für ihn bedeuten, also sagte ich ihm nichts darüber. Als Hans sich am frühen Morgen des 15. März von seinem Vater verabschiedete, war es schrecklich für mich zu wissen, dass die beiden sich nie wieder sehen würden."

Sonnabend, 14. November, 10.00 -18.00 Uhr

Kolloquium zur Universitätsgeschichte

Die Universität Leipzig zwischen Aufbruch und Abwicklung (1945-1990)

Mit Prof. Dr. Alexander Bolz, Prof. Dr. Walter Friedrich, Prof. Dr. Wolfgang Geier, Dr. Volker Hölzer, Prof. Dr. Ingrid Kästner, Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Prof. Dr. Peter Porsch, und Prof. Dr. Jochen Schröder
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig
Teilnehmergebühr 5,00 Euro

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und Gesellschaft für Kultursoziologie, beide Leipzig, veranstalten zum 600-jährigen Bestehen der Universität Leipzig in den Jahren 2007 bis 2009 Kolloquia und Vorträge/Gespräche, in denen geistes-, kultur- und sozialwissenschaftliche Themen aus der Geschichte der Universität behandelt werden. Unsere Stiftung ist aus ihrer Geschichte und ihrem Traditionsverständnis heraus in der Pflicht, eine eigene, auf Erfahrungen beruhende Sicht der Universitätsgeschichte darzustellen, vor allem für den Zeitraum 1945-1990, der in der offiziellen Würdigung eher am Rande des Jubiläums stehen wird.

Der Zusammenbruch der Aktienkurse an der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929, dem "Schwarzen Freitag", der eigentlich ein Donnerstag war, stand am Beginn der Weltwirtschaftskrise, die auch die altehrwürdige Universität nicht verschonte. Die Jahre zwischen der Stabilisierung Ende 1923 und der Rezession waren scheinbar auch für sie die "Goldenen Zwanziger" gewesen. Bedeutende Leistungen wurden durch hervorragende Wissenschaftler vollbracht und repräsentiert, wie die Physiker Debye, Heisenberg, die Chemiker Rossow, Le Blanc, und Helferich, die Mathematiker Hölder, Koebe und Lichtenstein, sowie die Mediziner Stöckel, Sollheim und Payer. Wichtige Ergebnisse in Lehre und Forschung verzeichneten die Agrarwissenschaft, die Zoologie, die seit 1929 in Leipzig beheimatete Veterinärmedizin sowie die Mineralogie und Geologie. Für die Philosophie war die Pluralität der Strömungen dominant. Mit den Professoren Goetz, Hellmann, Kötschke, Doren, dem Lehrstuhlinhaber Geschichte der Medizin, Henry Ernest Sigerist, der 1932 nach den USA emigrierte, und dem Kirchenhistoriker Boehmer war die historische Fachschaft gut besetzt. 1924 folgte die Gründung des Pädagogischen Instituts für Volksschullehrer und ein Jahr später wurde die erste "Sportprofessur" geschaffen.

Dieser Trend fand 1930 durch die sich ausweitende Krise in Wirtschaft und Politik ein spürbares Ende. Zunehmende Einschränkungen und Kürzungen standen auf der Agenda. Magnifizenz Baum sprach 1931 von Bedingungen "wirtschaftlicher Zerrüttung". Die "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft" signalisierte: "Die deutsche Forschung ist in Gefahr". Die sozialreaktionären Praktiken der Reichs- wie Landesregierung bewirkten Arbeitslosigkeit, Gehaltskürzungen, Insolvenzen und Zwangsversteigerungen. Nicht wenige Abiturienten, die nun im Berufsleben keine Perspektive erblickten, drängten an die Hohen Schulen. Die Zahl der Immatrikulationen kletterte permanent. Zugleich erhöhten sich die Studien-, Kolleg- und Einschreibgebühren. Sozialistische und kommunistische, Studenten betätigten sich mit Hingabe in den Organen der Wirtschaftshilfe, einschließlich der Mensa, und trugen dazu bei, die Not bedürftiger Kommilitonen zu mildern. Noch 1936 vermerkten Nazi-Studenten hasserfüllt: "Die Wirtschaftselbsthilfe war das Brutnest der

Das zweite von drei Kolloquien der Gesellschaft für Kultursoziologie zum Jubiläum der Universität Leipzig war im Dezember 2008 dem Thema „Die Universität im Nationalsozialismus“ gewidmet. Sieben seiner Beiträge zu ausgewählten Fragen sind in Heft 1/2009 der Wissenschaftlichen Halbjahreshefte der Gesellschaft veröffentlicht.

Mit der unter der Bezeichnung „deutsche“ oder „nationale Soziologie“ an der Universität behandelten nationalsozialistischen Ideologie und Politik befasst sich Wolfgang Geier. Er umreißt ihre politischen Leitlinien und bearbeiteten Themen und kennzeichnet ihre führenden Vertreter, u. a. Hans Freyer, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky.

Die Integration des Psychologischen Instituts in das NS-System unter Felix Krüger, der 1917 die Nachfolge Wilhelm Wundts als Direktor angetreten hatte, und

Im Banne der großen Krise

Die Universität Leipzig zwischen 1929 und 1933

SPD und KPD."

Doch soziale Bedrängnis, Perspektivlosigkeit, Erbitterung wurde der Boden, auf dem Nationalsozialisten mit ihrer schamlosen nationalen und sozialen Demagogie bei der Studentenschaft zunehmende Resonanz fanden. Sie nahmen bald deren Propagandalügen wie die "Schuld der

"Es war eine vollkommen vergebliche Sache, an der Universität gegen den Nationalsozialismus aufzutreten, denn ein erheblicher Teil der Dozentschaft neigte den Ideen dieser radikalen Rechtspartei zu."

Prof. W. Goetz (Memoiren)

Novemberrepublik", den "Dolchstoß" und die "Rache für das Diktat von Versailles" für bare Münze. Statt der Republik, wurde der Gründung des Kaiserreiches am 18. Januar 1871 feierlich gedacht. Republik- und Demokratiefeindlichkeit wurden zelebriert. Für den Soziologen Hans Freyer, Autor der 1931 veröffentlichten Monografie "Die Revolution von Rechts", war die parlamentarische Regierungsform "überholt und veränderungsreif".

Prof. W. Goetz beschrieb dieses reaktionäre Gebaren im Lehrkörper in seinen Memoiren: "Es war eine vollkommen vergebliche Sache, an der Universität gegen den Nationalsozialismus aufzutreten, denn ein erheblicher Teil der Dozentschaft neigte den Ideen dieser radikalen Rechtspartei zu".

Die Sozialistische Studentenschaft-Leipzig (SSL) forderte auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 den Verzicht der "Politik des kleineren Übels" und einen entschiedenen antifaschistischen Kurs. Sie prangerten die antisemitische Programmetze der Nazis an, wie deren Versuche, die bescheidenen Ansätze der studentischen Selbstverwaltung zu liquidieren. Die Nachgiebigkeit des Rektorats gegenüber dem seit 1925 wirkenden NSDStB sowie die Militarisierung an der Universität durch Arbeitsdienst und Wehrtüchtigung mit aktiver "Grenzarbeit im deut-

schen Osten" begünstigte deren Einfluss. Bei der Flugblattverteilung am 18. November 1930 wurden sozialistische Studenten vor der Mensa und der Anatomie von den Nazis angegriffen. Die "LVZ" berichtete darüber: "Um 11 Uhr gingen die Nationalsozialisten zu einem wohlberechneten Angriff über. Die sozia-

listischen Studenten setzten sich zur Wehr. So entwickelte sich eine heftige Schlägerei mit dem Erfolg, dass die Nazis bald vom Grundstück der Universität, auf dem sie ihre Rohheiten unter dem Schutz des Rektors ausüben können, auf die Straße gedrängt wurden." Prof. W. Goetz erhob in der Senatssitzung warnend seine Stimme, sich endlich "den Anfängen zu wehren".

Im Auftrage des Vorstandes des SSL übersandte Klaus Fuchs an Magnifizenz Baum eine Protestresolution vom 21. November 1930, in der es hieß: "Die Versammlung, und insbesondere die Sozialistische Studentenschaft erklärt sich bereit, für die Gewährleistung eines geordneten Universitätsbetriebes einzutreten. Als Voraussetzung muss aber angesehen werden, dass Rektor und Senat entschieden Stellung nehmen gegen den Terror der Nationalsozialistischen Studenten." Aber Rektor und Senat hüllten sich in Schweigen, ebenso wie die mahnenden Worte von Prof. W. Goetz nur ein gedämpftes Echo fanden.

Die Nazis empfanden das als Ermunterung. So forderten sie im Juni 1932 vom Rektor, eine Rundfunkrede Hitlers in der Wandelhalle zu übertragen. Nach Tumulten sah sich der eben berufene Prof. Theodor Litt veranlasst, den Lehrbetrieb einzustellen.

Die Universität 1933 bis 1945

der Verfall des Instituts ist Gegenstand eines Beitrages von Walter Friedrich.

Mit dem Wirken Georg Stadtmüllers als einer Zentralfigur rechtsextremistischer und rassistischer deutscher Südosteuropaforschung in Leipzig (1938-43) und nach dem zweiten Weltkrieg in München in ungebrochener Kontinuität setzt sich Ernst-Georg Kalbe auseinander.

„Die Leipziger Nationalökonomie unterm Hakenkreuz“ ist der Beitrag von Dieter Janke überschrieben, der die Beseitigung des „Liberalismus“ in der Wirtschaftstheorie und ihre nationalsozialistischen Inhalte in Forschung und Lehre behandelt.

Mit der Personalpolitik, der Lehrtätigkeit und der Forschungsarbeit an der Medizinischen Fakultät unter nationalsozialistischer Herrschaft sowie mit ihrer Vorge-

sichte in der Weimarer Republik befasst sich Ingrid Kästner.

Anhand einer Reihe Beispiele beschreibt Andrea Lorz die Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Ärzte bei fehlender Solidarisierung seitens ihrer Kollegen an der gleichen Fakultät.

Einen Überblick über die Anfänge der Faschisierung der Universität sowie über Verfolgung, Vertreibung und Widerstand in den Jahren 1933-1945 gibt Volker Hölzer. Er nimmt in diesem Zusammenhang auch Stellung zur Bearbeitung dieser Thematik in der Geschichtsschreibung der DDR, und er stellt die propagierte These „1933-2009 – Gleichschaltung und Erneuerung“ in Frage.

Die Konferenz trägt mit dieser Publikation

Mit Argusaugen verfolgten die linken Studenten die Propagierung der faschistischen Ideologie durch das vereinamte "Politische Amt" des Asta. Das "Nachrichtenblatt der Leipziger Studentenschaft" hatten sie umfunktioniert zum "Träger der Geisteskämpfe". Dazu gehörte eine Liste marxistischer und humanistischer Literatur, die sie auf den Index setzten und zu entfernen gedachten. Ihr Antisemitismus kam in einen Beschluss des Asta zum Ausdruck, der "Juden und Ausländer" von der weiteren Mitarbeit ausschloss. Im Dezember 1932 stellten sich die sozialistischen Studenten schützend vor Prof. G. Kessler, dessen Vorlesung über "Sozialismus-Kommunismus-Anarchismus" die Nazis derart störten, dass der Rektor sie aussetzte. In einer Erklärung an Rektor und Senat, eigenhändig von 222 Studenten unterzeichnet, verurteilten sie das organisierte Rowdytum des NSDStB, und versicherten ihre Bereitschaft, "für völlige Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift einzutreten". Darunter fanden sich Namen, die auch in der Folge einen guten Klang behielten wie Friedrich Behrens, Joachim Gottschalk, Heinz Such, Heinz Thalmann, Hilde Liebmann, Heinrich Toeplitz, Helmut Wilke u. a. Kessler hatte die Racheschwüre der Nazis ausgelöst, weil er als Spitzenkandidat der "Deutschen Staatspartei" (ehemals: DDP) mit seinem Artikel vom 28. November 1932 in der "Neuen Leipziger Zeitung" die Stimmverluste der NSDAP zum Anlass nahm, die Bürger aufzurütteln, sich endlich der Gefahr des Faschismus bewusst zu werden. Er konfrontierte die Hitlerwähler mit der Frage: "Hast du wirklich gehofft, dass Hitler im Bunde mit Fritz Thyssen und Prinz August Wilhelm die Zinsknetschaft brechen werde?" Für die Nazis war Kessler ein "Judensöldling". Der Professor der Psychologie Hans Volkelt, längst Pg., bedauerte Kessler "in unseren Reihen zu wissen", um sich zugleich schützend vor die Nazi-Störenfriede zu stellen. Rektor Achelis leistete Schützenhilfe und dessen Artikel in der "NLZ" war für ihn ein persönlicher Angriff gegen Hitler. Es waren nur wenige Ordinarien wie Goetz, Frings, Wellmann, Schückling und Wittkowski, die im Einklang mit den antifaschistischen Studenten forderten, dass "Rektor und Senat rücksichtslos einschreiten". Die Weichen waren längst auf "Gleichschaltung" gestellt, noch bevor das "Dritte Reich" proklamiert war.

• HELMUT ARNDT

ihrer Ergebnisse wesentlich dazu bei, die weitgehende Verdrängung der Thematik in den gegenwärtigen offiziellen Darstellungen zur Universitätsgeschichte auf hohem wissenschaftlichen Niveau zu durchbrechen.

• G. L.

1 Gegenstand eines ersten Kolloquiums zur Universitätsgeschichte im November 2007 war die geisteswissenschaftliche Rolle der Universität zwischen 1875 und 1915 (s. Heft 1/2008), ein drittes wird am 14. November dieses Jahres ihre Entwicklung zwischen 1945 und 1989 behandeln.

Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente. Wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig 1/2009. Karl Dietz Verlag Berlin 2009. 209 Seiten, 18 Euro. Bestellung bei: Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Nach Abbruch seines Musikstudiums begann **Hermann Duncker** 1893 – seit gleichem Jahr Mitglied der SPD – in Leipzig Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie zu studieren. Er schloss mit der Promotion ab, arbeitete anschließend zunächst als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und war dann sein Leben lang, nur unterbrochen durch faschistische Herrschaft und Emigration, als ein unermüdlicher und populärer Lehrer des wissenschaftlichen Sozialismus tätig, teilweise als Wanderlehrer, zuletzt als Direktor der Hochschule des FDGB in Bernau. Zugleich war er Autor zahlreicher populärer Schriften zur Marxschen Lehre. Quelle für sein Wissen und seine hochgeschätzten propagandistischen Fähigkeiten war aber nicht das Universitätsstudium, sondern waren sein persönliches Streben nach Bildung und die im politischen Kampf gesammelten Erfahrungen.

Der volkstümliche, satirische Schriftsteller und auch populäre Kinderbuchautor **Erich Kästner**, der in der Zeit des Faschismus mit Schreibverbot belegt war, studierte von 1919 bis 1925 in Leipzig (zwischendurch auch in Rostock und Berlin) Germanistik, Geschichte, Philosophie und Theatergeschichte. Um sein Studium unter den schwierigen Bedingungen der Inflation zu finanzieren, arbeitete er während der Studienzeit als Adressenschreiber beim Leipziger Messeamt, als Hilfsarbeiter in Messehallen und Hilfsbuchhalter bei einer Baufirma war bald aber auch als Redakteur und Theaterkritiker der linksdemokratischen „Neuen Leipziger Zeitung“ und für andere Zeitungen schriftstellerisch und journalistisch tätig. Seit 1923 wirkte er als Assistent an der Universität. 1925 schloss er das Studium mit der Promotion ab.

In Leipzigs Matrikel Studenten, die berühmt wurden (V)



Erich Kästner

Prominente Namen stehen dafür, dass die Universität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in hohem Maße zu einer Stätte für die Heranbildung von Apologeten der spätbürgerlichen Gesellschaft geworden war.

Als **Ernst Jünger**, der 1998 102-jährig starb, 1923 im Alter von schon 28 Jahren an der Leipziger Universität zu studieren begann, hatte er bereits eine militärische Karriere in der Fremdenlegion, als Kriegsfreiwilliger und Reichswehroffizier hinter sich. Er war, auch durch die Lektüre von Schopenhauer und Nietzsche, schon so stark in nationalistischem, antidemokrati-

schem und elitärem Geiste geprägt, dass er sein Studium bald wieder aufgab und sich auf eine militärische Laufbahn konzentrierte, sich gleichzeitig aber als Schriftsteller profilierte. Bereits seit 1920 („In Stahlgewitter“) hatte er seine militärischen Erlebnisse niedergeschrieben und wurde dafür von rechten Kräften gefeiert. 1926 schenkte er Hitler mit einer persönlichen Widmung sein Buch „Feuer und Flamme“. Auch mit späteren Werken wurde er zum geistigen Wegbereiter des Faschismus, ohne sich politisch eng an das nationalsozialistische Regime zu binden. Auch nach dem zweiten Weltkrieg bestätigte er sich vor allem auf philosophischem Gebiet.

Der spätere Begründer der Theorie vom Menschen als einem Mängelwesen, der Soziologe und Philosoph **Arnold Gehlen** studierte 1922 bis 1927 in Leipzig und Köln Philosophie, Philologie, Kunstgeschichte, Germanistik und Psychologie und promovierte bei Hans Driesch, war von 1930 an Hochschullehrer für Philosophie an verschiedenen Universitäten. 1933 trat er der NSDAP bei, war aber durchaus nicht nur Mitläufer. Ungeachtet scharfer Kritik wegen der Tatsache, dass er Nachfolger aus rassistischen und politischen Gründen vertriebener oder emigrierter Professoren wurde, konnte er nach 1945 seine konservativen Anschauungen als Professor an der Verwaltungsakademie Speyer erneut verbreiten. Eine Berufung als Universitätsprofessor blieb ihm allerdings versagt. Seine autoritären und faschismustnahen anthropo-

logischen Auffassungen erwiesen sich als geeignete Anknüpfungspunkte für rechts-extreme intellektuelle. Scharf kritisierte Gehlen die 1968er Demokratiebewegung und ihre intellektuellen Vordenker.

Als Schüler und Assistent Arnold Gehlens in Leipzig ab 1931 und stark beeinflusst von dem Leipziger nationalsozialistischen Ideologen Prof. Hans Freyer, wurde **Helmut Schelsky** zu einem frühzeitigen aktiven Verfechter der menschenfeindlichen faschistischen Ideologie und ihrer politischen Praktiken. 1943 wurde er außerordentlicher Professor an der Reichsuniversität Straßburg. 1949 als Professor nach Hamburg berufen, widmete er sich aktuellen soziologischen Problemen. Widersprüchliche Reaktionen rief seine realitätsferne These hervor, dass die modernen kapitalistischen Mittelstandsgesellschaften „nivellierten Mittelstandsgesellschaften“ tendieren.

Auf Anraten Heisenbergs studierte **Carl Friedrich von Weizsäcker** von 1919 bis 1933 Physik, Astronomie und Mathematik, zunächst in Berlin und Göttingen, dann in Leipzig, promovierte hier und arbeitete dann in Göttingen am Max-Planck-Institut und an der Universität auf dem Gebiet der Kernphysik. Bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges erkannte er die Möglichkeit, Atombomben zu bauen. Als Teilnehmer am deutschen Uranprojekt, dem auch Heisenberg und Hahn angehörten, entwickelte er die Theorie der Plutoniumbombe (ein Patent meldete er 1942 an) – befanden in Illusionen über eine politische Einflussnahme auf die Verwertung der Ergebnisse. Noch 1942 löste er sich von dieser Verstrickung, und 1956 initiierte er schließlich mit Hahn den Appell der Göttinger 18 gegen die Atomrüstung.

• GÜNTER LIPPOLD

PROFESSOREN DER 600-JÄHRIGEN LEIPZIGER UNIVERSITÄT (VIII)



Gustav Hertz (1887–1975)

Als Direktor des Physikalischen Instituts und Ordinarius für Experimentalphysik von 1954 bis 1961 konnte Nobelpreisträger **GUSTAV HERTZ** reiche Erfahrungen einbringen. Seine Leistungen reichen vom Nachweis quantenhafter Anregungszustände der Atome (1913, noch vor Veröffentlichung von Bohrs Atommodell) und der Entwicklung des Gasdiffusionsverfahrens zur Isotopentrennung 1932 bis zu den Arbeiten in der Sowjetunion zur großtechnischen Anwendung dieses Verfahrens bei der Anreicherung von Uran 235 (1945–1954). Neben seiner Tätigkeit am Physikalischen Institut war er in der DDR Vorsitzender des Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie. Hertz verfasste Schriften über die Grundlagen und Arbeitsmethoden der Kernphysik und gemeinsam mit Robert Rompe ein dreibändiges „Lehrbuch der Kernphysik“.



Eduard Erkes (1891–1958)

Die großen Traditionen der Leipziger Universität auf dem Gebiet der Sinologie hat **EDUARD ERKES** fortgeführt durch Erweiterung des Fachgebietes über das rein Philologische hinaus, indem er die allgemeine Geschichte Chinas und soziale Aspekte umfassend einbezog. Erkes promovierte und habilitierte sich in Leipzig. Seit 1928 war er Professor, wurde aber 1933 wegen seiner politischen Haltung mit Berufsverbot belegt. Erst 1945 konnte er seine Arbeit fortsetzen. Das von ihm geleitete Ostasiatische Seminar wurde 1951 zu einem Ostasiatischen Institut aufgewertet. Erkes hat eine Fülle wissenschaftlicher Werke über die chinesische Sprache und Kultur und populärwissenschaftlicher Schriften hinterlassen. Zeitweise leitete er auch das Leipziger Völkerkundemuseum.



Julius Lips (1895–1950)

1933 legte **JULIUS LIPS** in Köln seine Professur für Völkerkunde nieder, weil er die nationalsozialistischen Rassenlehre ablehnte. Wegen „Verleumdung“ des Regimes angeklagt, emigrierte er. In den USA lehrte Lips als Professor für Anthropologie in New York und Washington. 1938 erkannte ihm die Universität Leipzig den hier erworbene Dokortitel ab. 1948, aus dem Exil zurückgekehrt, lehnte er ein Angebot zur Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit in Köln ab, weil hier NS-belastete Wissenschaftler wirkten. Er folgte einem Ruf nach Leipzig, wo er zusammen mit seiner Frau Eva vor allem die in den USA begonnene Erforschung der Lebensweise verschiedener Indianerstämme und seine vielfältige Publikationstätigkeit dazu setzte. 1949 wurde er zum Rektor gewählt. Nach seinem Tode 1950 erhielt das Institut für Ethnologie seinen Namen.



Werner Krauss (1900–1976)

Als der Romanist **WERNER KRAUSS** 1947 einer Berufung an die Universität Leipzig folgte, blickte er auf eine bewegte Vergangenheit zurück. Nach dem Studium der Romanistik in München und Berlin und speziell der Hispanistik in Madrid, war er an der Universität in Marburg tätig, wurde aber 1940 als Dolmetscher zur Wehrmacht eingezogen. 1942 kam er mit Harro Schulze-Boysen in Verbindung und wurde Mitglied der „Roten Kapelle“. Wegen „Beihilfe zum Hochverrat“ wurde er zum Tode verurteilt, das Urteil wurde in fünf Jahre Zuchthaus umgewandelt. Nach Kriegsende trat er der KPD bei. Nach einer Professur in Marburg leitete er in Leipzig bis 1962 das Romanistische Institut. Hauptthemen des marxistischen Literaturwissenschaftlers waren die französische und spanische Literatur und die gesamte europäische Aufklärung.

• G. L.

"Unter der großen Sonne..."

Nachdenkliches im Leipziger Opernhaus zum 9. Oktober



Foto: Birkigt

Das herausfordernde Ereignis der Tage um den Leipziger 9. Oktober fand im hiesigen Opernhaus mit Luigi Nonos szenischer Aktion "Unter der großen Sonne von Liebe beladen" nach Texten von Brecht, Tania Bunke, Louise Michel, Gorki, Rimbaud, Marx, Engels, Lenin, Che Guevara, Fidel Castro und anderen statt.

Entgegen Selbstbeweihräucherung fordert dieses Werk kritisches Nachdenken über revolutionäre Ereignisse. Frauen der Pariser Kommune, der russischen Revolution von 1905, des Sturms auf die Moncada und des Guerilla-Kampfes in Bolivien, der Turiner Arbeiterunruhen in den frühen 1950er Jahren stehen im Mittelpunkt des Bühnengeschehens, in dem zugleich die Volksmassen in Gestalt eines großen und eines kleinen Chores in den meisten Szenen aktiv sind.

Dieses Nachdenken geschieht nicht in Form einer durchgängig erzählten Handlung, sondern in ineinander übergreifenden dramatischen, erzählenden, lyrischen, reflektierenden Szenen, deren Charakter weitgehend von Musik geprägt wird. Nono nutzt für sie die in den 1950er und 1960er Jahren entwickelten neuen kompositorischen Gestaltungsmöglichkeiten in ganz eigener Weise. Seine Ausdrucksskala reicht von härtesten Blechbläserballungen und Schlagwerkakkorden bis zu innigen, zarten, stark berührenden, fast belcantohaften Gesängen und Orchesterklängen.

In der 1978 in der Frankfurter Oper uraufgeführten zweiten Fassung verzichtete

Nono auf Anweisungen für Regie und Bühnengestaltung und lässt der Fantasie der Regisseure allen Raum. Den erfüllt Peter Konwitschny, die Darstellungs- und musikalische Gestaltungskraft der Solisten und des Opernchores ausschöpfend, vor allem mit erregenden, bewegenden Bildern, für die Helmut Brade die Bühne sinnvoll einrichtete. Da war auch beim Besuch der zweiten Vorstellung noch viel zu entdecken. Was der ohnedies spielfreudige, musikalisch von Sören Eckhoff vorbereitete Chor physisch und gesanglich vollbringt, gehört zu seinen herausragendsten Leistungen.

Ebenso sind großartige Solisten zu rühmen: von Marika Schönberg, Kathrin Göring, Soula Parassidis und Tanja Andrijic in mehreren, bis in extreme Höhe geführte Frauenpartien, Iris Vermillion als Brecht/Gorkis Mutter und Tuomas Pursio als deren Sohn Pawel sowie zahlreiche weitere Akteure (nach langer Pause erfreulicherweise auch wieder Tomas Möwes). Bei allem führt Johannes Harneit das Gewandhausorchester zu einer höchst differenzierten, bezwingenden Gestaltung des denkbar vielgestaltigen Instrumentalparts, zu dem noch Tonbandeinspielungen kommen.

Der Premierenbeifall war einhellig und stürmisch. Die weit weniger zahlreichen, aber speziell interessierten Besucher der zweiten Vorstellung hielten da aber in Kraft und Ausdauer mit.

• WERNER WOLF

Endlich

Die Tradition der Verlagsbuchhandlungen in Leipzig geht Jahrhunderte zurück – und fast ist sie erloschen. Fast. Der Verlag Faber & Faber nimmt sie wieder auf.

Ab sofort stehen die Verlagsräume in der Mozartstraße 8, 04107 Leipzig, täglich (außer Sa./So.) von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr allen Freunden des schönen und guten Buches offen:

Das illustrierte Buch, Die Graphischen Bücher, Literatur und Sachbuch, Kunst- und Kulturgeschichte, Sisyphos-Presse, Leipziger Liebhaberdrucke, Buchkuriosa und andere Schnurrpfeifereien, Antiquariat.

Stöbern, Lesen, Informieren, Erwerben. Und man kann sich verlässlich beraten lassen ...

Lachmesse

Zum 19. Male findet vom 15. bis 25. Oktober Deutschlands größtes internationales Kabarett- und Kleinkunstfestival, die Leipziger Lachmesse, statt. An elf Tagen gastieren über 160 Künstler aus sechs Ländern und garantieren Kabarett, Comedy, Clownerie, Musik und Spaß vom Feinsten. Mehr als 100 Veranstaltungen in den genannten Veranstaltungshäusern erwarten wieder von nah und fern ein aufgeschlossenes Publikum in der Kabarett-Hochburg Leipzig.

Prinzip der Lachmesse e.V. Leipzig ist und bleibt es, paritätisch Künstler aus Ost und West zusammenzuführen. Eingeladen wurden die aktuellen Kabarett-Preisträger, die Stars der Szene mit neuen Programmen sowie Neuentdeckungen.

Zum Auftakt des Festivals erhält das Kabarett-Trio ERSTES DEUTSCHES ZWANGS-ENSEMBLE für sein Programm MACH 3 den begehrten Kleinkunstpreis Leipziger Löwenzahn. Bisherige Lachmesse-Preisträger sind u.a. die Miss-

Beziehungsreich

Festkonzert in der Nikolaikirche zum 9. Oktober und mehr

Starker Andrang beim Festkonzert des Gewandhausorchesters am Abend des 9. Oktober in der Nikolaikirche. Kurt Masur, vor 20 Jahren Mitverfasser und Sprecher des Aufrufs der "Leipziger Sechs" zur Gewaltlosigkeit, wählte ein beziehungsreiches Programm und begann mit Beethovens "Egmont"-Ouvertüre. Bedrückung, aufbegehrende Kraft und triumphierender Schluss symbolisieren die Ereignisse jenes Tages.

Doch mit den von Renaud Capucon bertückend schön gespielten beiden Violinromanzen Beethovens stimmte Masur ganz andere, durchaus auch nachdenklich stimmende Töne an. Diese Nachdenklichkeit förderten die von den Thomanern unter Leitung ihres Kantors Georg Christoph Biller eindrucksvoll gesungene Bach-Motette "Fürchte dich nicht" und Mendelssohns berührendes Doppelquartett "Denn er hat seinen Engeln befohlen über dir".

Als Hauptwerk erklang wie am 9. Oktober vor Jahren die "Zweite" von Brahms. Während in der damaligen Aufführung die Erregung dieses denkwürdigen Tag mitschwang, strahlte die diesmalige Interpretation eine heitere Ruhe und Gelassenheit aus und ließ erleben, wie schön das Leben sein könnte... Mit Christian Funke als Konzertmeister beschwor Masur den warmen, von tiefem Empfinden erfülltem, über lange Zeiten ausgeprägten Klangcharakter des Gewandhausorchesters.

Zum Ausklang der Oktober-Gedenktage führte Universitätsmusikdirektor David Timm mit Solisten, dem Leipziger Vocalensemble und dem Westsächsischen Sinfonieorchester Günter Neuberts Oratorium "Wo der Herr nicht das Haus baut..." im Festsaal des Alten Rathauses auf. Nach sprachgewaltigen Texten Jesajas und des 127. Psalms sowie schlichten religiösen Gedichten von Karl May entstand ein Werk, das über deren Aussage und die Absichten des Komponisten hinausgehend für eine humane Welt eintritt, in der

es allen Menschen gut geht. David Timm als Dirigent, Annette Markert, Gotthold Schwarz als Gesangssolisten, der Sprecher Stefan Ebeling, Chor und Orchester verdienen alle Anerkennung für die beeindruckende Aufführung

Wenn man über das Gewandhauskonzert II/1 nachsinnt, besteht die Gefahr, dass der von Masur beschworene Klang des Orchesters verloren zu geht. Es besteht kein Zweifel, dass der jetzige Gewandhauskapellmeister Riccardo Chailly die Virtuosität und Disziplin des Orchesters weiter entwickelt hat. Doch Werke wie die an diesen Abenden gespielte Reformations-Sinfonie von Felix Mendelssohn Bartholdy und die "Vierte" von Anton Bruckner sind mit betonter Virtuosität und klanglicher Schärfe nicht in ihrer Tiefgründigkeit zu erfüllen.

So erklang der ungestüm gespielte erste Satz Mendelssohns eher wie ein Revolutionsfanal. Die Bruckner-Sinfonie wurde fraglos mit verblüffender Klangpracht und imponierender Virtuosität gespielt. Doch zumal dem Streicherklang fehlte es in manchen Abschnitten an Wärme. Der Pauker sah sich erneut animiert, am Schluss die Blechbläser zu übertönen.

Bleibt noch die Neuinszenierung von Albert Lortzings Oper "Zar und Zimmermann" in der Musikalischen Komödie. Wie schon vor etlichen Jahren die "Wildschütz"-Inszenierung im Opernhaus zeigt sich leider auch hier, dass heutige Regisseure kein richtiges Gespür für das scheinbar naive, in Wirklichkeit aber durchaus hintergründige Geschehen in Lortzings Opern haben. So meint auch Dominik Wilgenbus, eigene Ideen hinzugeben zu müssen, vergrößert und veralbert aber damit die Geschichte. Und Stefan Diederich zieht, um der Gefahr des Gefühlsselligen zu entgehen als Dirigent über ganze Strecken das Tempo gehörig an und verschenkt damit manche instrumentatorische Feinheit.

• W. W.

Es darf nicht nur gelacht werden



fits, Georg Schramm, Tom Pauls, Bruno Jonas, Avner Eisenberg, Thomas Freitag, Schwarze Grütze, Matthias Deutschmann, das Duo Böhnke-Lange, Horst Schroth und die Magdeburger Zwickmühle. Natürlich nimmt im Superewahljahr 2009 das politisch-satirische Kabarett einen besonderen Platz ein. Dafür stehen Namen wie Martin Buchholz, die Magdeburger Zwickmühle, Sigi Zimmerschied, Hans Scheibner, Gisela Oechelhauser, das Düs-

seldorfer Kom(m)ödchen, Werner Koczwar, Henning Venske und Jochen Busse, Christoph Sieber, Wolfgang Schaller, Florian Schroeder und besonders auch Ottfried Fischer, Thomas Freitag sowie Josef Hader. Extra-Veranstaltungen – außerhalb der Festivaltage – gibt es mit Hagen Rether und Horst Schroth im Centraltheater und mit Tom Pauls im Gewandhaus.

Ein besonderer Höhepunkt wird das Gastspiel des österreichischen Top-Kabarettisten Josef Hader am 24. Oktober im Centraltheater sein. Sein spektakuläres Programm "Hader muss weg" wird gleichsam von Publikum, Presse und Kollegen zum satirisch Besten, das derzeit auf deutschsprachigen Bühnen zu erleben ist, erklärt. Einen besonderen Akzent setzt das diesjährige Festival mit der Präsentation der Wahl "Sächsischen Wort des Jahres", eine Gemeinschaftsaktion von SZ, LVZ und mdr1, Radio Sachsen, am 18. Oktober im academixer-Keller.

• - CK



Hans Mayer-Foreyt "Im Museum", 1961.
Öl auf Leinwand, Museum der bildenden Künste (Foto: MdbK)

Rätselhafte Zahlenkombination Ehrebietung für Leipziger Kunst

Museumsdirektor Hans-Werner Schmidt möchte keinen Leipziger in Bedrängnis bringen. Die Nummer 604020 sei nicht vergeben. Diese Zahlenkombination entzählt sich anders: 60 Jahre Kunst in Leipzig, 40 Jahre davon in der DDR und 20 Jahre in der BRD. Keine leichte Aufgabe, da es weder ein Sammelsurium noch eine oberflächliche Angelegenheit werden darf. Den Ausstellungskuratoren gelingt dieses Kunststück, ohne Namen wie Bernhard Heisig, Wolfgang Matheuer und Werner Tübke zu unterlaufen. Das umschlungene, verwobene Liebespaar auf einer Flussfähre von Sighard Gille ("Fähre", 1977) erfreut auf poetische Art, während Ulrich Hachulla mit "Das Fest" (1981/82) ein nachdenkliches Gelage, ein seltsames Maskenspiel kreierte. Unendlich schön, verwirrend durch die verschiedenen Blickachsen, ein Bild im Bild – so reizt Hans Mayer-Foreyt die Sinne der Besucher (siehe Foto).

Beispielhaft für Kunstgeschichte und Kunsterfolg ist die Zusammenstellung fast aller Bilder von Bernhard Heisig, Wolfgang Matheuer und Werner Tübke, die auf der zur Legende gewordenen "docu-

menta 6" in Kassel im Jahr 1977 zu sehen waren. Es fehlt lediglich Tübkes "Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze III", welches in Berlin gezeigt wird. Leipziger Stadtlandschaften sind in der Kunsthalle der Sparkasse zu sehen, die erstmals mit dem Museum der bildenden Künste kooperiert. So stammen zehn Prozent der in beiden Häusern gezeigten Werke aus dem Bestand der Kunstsammlung der Sparkasse. Der Blick auf sechs Jahrzehnte Kunst in Leipzig ist fair, wiederholt keine Vorurteile und Vorwürfe von ähnlich angelegten Ausstellungen nach der Wende. Tendenzen und gleichwohl unterschiedliche Handschriften und Qualitäten sind erfahrbar gemacht worden.

• HANS SELLIN

60/40/20
Kunst in Leipzig seit 1949
Museum der bildenden Künste
Leipzig, Katharinenstr. 10 und
Kunsthalle der Sparkasse Leipzig,
Otto-Schill-Straße 4a
bis 10. Januar 2010

Di. u. Do.-So. 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr

Verunglückt

Die Verhaftung des Bankprokuristen Josef K., das bittere Spiel von Schuld und Unschuld, die Macht eines imaginären Gerichts - Franz Kafkas rätselhafter wie bedeutsamer Roman "Der Prozess" wirkt verstörend und zugleich anziehend. Jetzt gibt es eine Theaterfassung im Centraltheater zu sehen. Intendant und Regisseur Sebastian Hartmann hat sich daran verhoven, was allerdings nicht vollständig auf sein Konto geht, da der ursprünglich vorgesehene Regisseur Emil Graffman zwei Wochen vor der Premiere die Arbeit an der Inszenierung niedergelegt hatte.

Als Talkrunde startet die Odyssee durch das Martyrium des Prokuristen. Neonröhren, dröhnende Konservenmusik, Nebelorgien, Schreiatacken und grelles Licht begleiten die Reise, am Ende darf auch eine Videoprojektion nicht fehlen. Nichts Neues im Hartmann'schen Kosmos. Ein kräftiger Griff in die Klamot-

tenkste des Regietheaters, erdrückend langweilig kommen diese nur scheinbar neuen Mittel im Jahr 2009 daher. Form statt Inhalt. Guido Lambrecht versucht Josef K. Ernsthaftigkeit und Zermürbtheit zu verleihen und gleitet dabei oft ins Plakative und Infantile ab, wenn er zum Beispiel einen Bürostuhl wie ein Skateboard benutzt und ins Publikum zu rasen scheint. Gepaart mit motivationslosem Umherlaufen wird offenbar, dass die Inszenierung unter keinem glücklichen Stern steht. Die Lustlosigkeit des Ensembles – selbst ein Berndt Stübner und ein Matthias Hummitzsch haben Mühe mit dem Theaterabend – kann sich aus dieser verkorkten, verunglückten Regiesituation erklären lassen. Wenigstens eine Botschaft bleibt nach dem Abend zu erkennen: Die Unschuldsvormutung ist ein hohes Gut.

• D. M.

Nächste Aufführungen:
16. Oktober sowie am
7. und 21. November

Erleuchtung der Welt

Jubiläumsausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum

Zum 600. Geburtstag schenkt sich die Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften eine große Ausstellung im Alten Rathaus. Über 680 Exponate auf 1400 Quadratmetern erfordern Zeit und Muße. Dies ist keine Ausstellung für Eilige.

Die Alma mater Lipsiensis hat eine besondere Epoche im Blick: die Aufklärung. Zwischen dem späten 17. und frühen 19. Jahrhundert gehört Leipzig zu den Impulsgebern für Kunst und Wissenschaft. Nach Fachgebieten aufgeteilt bietet sich den Besuchern die Möglichkeit, den Wechselwirkungen, den Spannungsfeldern zwischen Universität und Gesellschaft nachzuspüren.

Nicht nur die Raritäten – wie das letzte erhaltene Exemplar der ersten Tageszeitung der Welt (1650) und die Bestätigung des Gründungsprivilegs durch Papst Alexander V (1340-1410) – locken, sondern auch die andern Exponate sind einer Würdigung wert. Da gibt es einen Kupferstich aus dem Jahr 1796 von Wilhelm Arndt. Hier ist Leibniz zu sehen, wie er, im Rosental unter einem Baum ruhend, zwischen der alten und neuen Philosophie, also zwischen der aristotelischen Schulphilosophie und den Zeitgenossen sinniert. Die Vielfalt der Exponate ist erstaunlich, so sind die "Dunkelmännerbriefe" (1517) von Ulrich von Hutten genauso zu bewundern wie der rätselhafte Münzfund (15. - 17. Jh.) aus der Latrine des Juridicums, dem Sitz der Juristenfakultät. Literaturliebhaber erfreuen sich an einer Ausgabe von Goethes "Die Mitschuldigen" aus dem Jahr 1787, erschienen bei Göschen. Dieses Theaterstück sollte eigentlich den Titel "Lustspiel aus Leipzig" tragen. Auch das berühmte "Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart" (1793) von Johann Christoph Adelung, das Standardwerk eines jeden ernsthaften Literaturwissenschaftlers, fehlt nicht. Hervorhebenswert ist auch das kleine

Gemmenkabinett mit 13 antiken Gemmen wie auch das Gipsmodell (1768/72) für ein nie ausgeführtes Denkmal für Johann Joachim Winckelmann von Adam Friedrich Oeser. Winckelmanns Erstlingschrift "Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke in der Malerei und Bildhauerkunst" ist mit einem Exemplar aus der Erstauflage vertreten. Theater und bildende Kunst in Leipzig werden in einem ansprechenden Ausstellungsteil reflektiert, die Kunstakademie Oesers seriös gewürdigt, wie bisher in diesem Umfang nur selten geschehen.

• HANS SELLIN



:Großes Siegel ("sigillum maiestatis") der Universität Leipzig, Pergament, Wachs, Universitätsarchiv Leipzig

(Foto: Universität)

Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften

Stadtgeschichtliches Museum
Leipzig, Altes Rathaus
bis 6. Dezember
Di. bis So. 10-18 Uhr

Rücksicht

Jedes Jahr besuchen rund 350 000 Gäste den berühmten Auerbachs Keller in Leipzig. Unter ihnen sind auch immer wieder Blinde und Sehbehinderte.

Damit sie ihren Aufenthalt in Auerbachs Keller so angenehm wie möglich empfinden, haben sich Hausherr Bernhard Rothenberger und seine Mitarbeiter eine Neuerung einfallen lassen:

Ab sofort gibt es im Großen Keller zwei Speisekarten in Blindenschrift sowie in Großschrift für sehbehinderte Menschen.

Zudem wird es eine Schulung vom Leipziger Behindertenverband geben, in der die Mitarbeiter Wissenswertes zum Umgang mit blinden und sehbehinderten Gästen im Restaurant erfahren. Die Einführung der Speisekarten erfolgte zur Woche des Sehens in Leipzig vom 8. bis 15. Oktober.



Foto: Arnold CT

Die DDR ein Objekt für "ansehnliche Gegenleistungen"

Was hat ein Diplomat – Joachim Mitdank war von 1968 bis 1978 der Leiter Abteilung Westberlin im MfAA der DDR, von 1978 bis 1982 Botschafter in Helsinki, danach bis 1988 Leiter der Abteilung Nordeuropa/Großbritannien und von 1989 bis 1990 Botschafter in London und Dublin – zur Geschichte der DDR mitzuteilen? Keine lückenlose Darstellung, keine Auswertung umfangreicher vorliegender Literatur, wie vielleicht der Buchtitel vermuten lässt, sondern, eingebunden in die hohe Anerkennung die die DDR auf diplomatischer Ebene erfuhr, eine Sicht auf konfliktreiche Seiten der Geschichte des Staates, mit denen er sich als einer ihrer Diplomaten konfrontiert sah.

Das sind vor allem Fragen, die sich aus den sehr frühzeitigen Veränderungen in der Deutschlandpolitik der UdSSR bzw. der KPdSU ergaben, ein Prozess, so Mitdank, "der offensichtlich Ende 1948/Anfang 1949 in der Moskauer Führung begann, als die Berlin-Krise beendet war". Bereits 1953 wurde der Hohe Kommissar der UdSSR für Deutschland, Wladimir S. Semjonow, so dieser selbst von Berija mit Verhandlungen zur Übergabe "der offenbar nicht lebensfähigen DDR für eine ansehnliche Gegenleistung beauftragt". Welche gravierenden Auswirkungen diese strategische Linie, die außer in der Chruschtschow-Ära bis 1990 verfolgt wurde, auf die DDR hatte, darüber berichtet Mitdank im Detail. Hierzu vertritt er die Auffassung, dass es ein "schwerwiegender Fehler in der Politik der DDR" gewesen sei, die junge Diplomatengeneration (und nicht nur sie) im "blinden Vertrauen zur UdSSR" erziehen zu haben.

In Verbindung damit ist auch die "Entmachtung Ulbrichts mit Waffengewalt" zu betrachten, ein Vorgang, den Mitdank als "beschämend und empörend zugleich" bezeichnet. Zuvor mussten deshalb auch die Verhandlungen mit dem Westberliner Senat unterbrochen werden. Die schwerwiegenden Auseinandersetzungen hinter den Kulissen, die gegenüber der Öffentlichkeit verkläuvert wurden, brachten ihn als Leiter der Abteilung Westberlin im MfAA in eine peinliche Situation, "zumal erkennbar war, dass die andere Seite besser wusste, warum wir nicht die Verhandlungen fortsetzen konnten". Am 28. Juli 1970 hatte bereits Breshnew unverblümt gedroht, dass es der Führung der DDR nicht möglich sein wird, "an uns vorbei zu regieren... Wir haben doch Truppen bei euch". Für Mitdank "ein ungeheuerlicher Vorgang, zumal der Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag am 21. August 1968 noch in frischer Erinnerung war". Insgesamt habe Breshnew nach Auffassung Mitdanks die Gestaltung normaler gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Völkerrechtes hintertrieben, woraus sich für die Diplomaten der DDR hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit auf internationalem Parkett ernsthafte Probleme ergaben.

Durch die erneute Reduzierung der Erdöllieferungen aus der UdSSR 1984 spitzte sich die ökonomische Lage in der DDR, von Mitdank unbeschönigt dargestellt, dramatisch zu. Mittag erklärte dazu gegenüber Honecker: "Es geht um Sein oder Nichtsein." Die DDR habe nahezu die gesamten Exporterlöse der DDR zur

Tilgung der Kredite und Zahlung der Zinsen benötigt. Durch die dramatische ökonomische Situation wurde, so der Autor, die DDR politisch erpressbar, obwohl, wie Honecker angab, die UdSSR 1990 gegenüber der DDR einen Zahlungsrückstand von 27 Milliarden Valuta-Mark hatte. Ein dubioser Vorgang, schamhaft von beiden Seiten als "humanitärer Vorgang" bezeichnet, war der "Freikauf" politischer Häftlinge und die Familienzusammenführung. Das betraf nach Angaben des Autors von 1964 bis 1989 genau 33.735 Häftlinge und 215.019 Familienzusammenführungen. Insgesamt zahlte die BRD dafür 3.436 Milliarden DM an die DDR. "Mit dieser Praxis", schreibt Mitdank, "wurde die Sicherheit der DDR systematisch untergraben."

Im letzten Drittel des Buches schildert der Autor die Abwicklung der DDR, die Widersprüchlichkeit im Verhalten von Gorbatschow und anderer Führungskräfte der UdSSR. Nicht jeder wird Mitdanks Sicht vorbehaltlos zustimmen, was dieser auch nicht erwartet. Es ist vielmehr ein Beitrag zur weiteren Verständigung über die Mühen und Ebenen der DDR.

Sechs aufschlussreiche Dokumente zur Deutschlandpolitik, darunter die erstmalige Veröffentlichung des "Memorandums der Regierung Modrow", schließen neben den üblichen Angaben den höchst lesenswerten Band ab.

• KURT SCHNEIDER

Joachim Mitdank: *Die DDR zwischen Gründung, Aufstieg und Verkauf*. Nora Verlag, Berlin 2008. 19,90 Euro, 331 S.,

Annotiert

Schwarz-Rot-Goldene Worte von Horst Schneider

Das vom Dresdner Historiker Horst Schneider verfasste Taschenbuch erinnert 20 Jahre nach der "Wende" daran, was west- und ostdeutsche Politiker gewollt und versprochen hatten. Und das ist, wie der Leser feststellen wird, gut so, denn es trägt zur Wahrheitsfindung durch Erinnerung bei. Kohl, der selbst von sich sagte: "Ich habe die Abneigung gegen den Sozialismus schon mit der Muttermilch eingesogen", bekundete seine Absicht, den Sozialismus "zu Lande, zu Wasser und in der Luft" zu bekämpfen. Von Schüble war zu hören, dass der Preis für die Einheit hoch war, denn: "Wir mussten uns mit der Oder-Neiße-Grenze abfinden", um aber zugleich auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier zu erklären: "Aber mit dem Verlust der Heimat der Deutschen im Osten finden wir uns nicht ab." Und bei Willy Brandt lesen wir: "Die kurzatmige und rechthaberische Berufung allein auf Artikel 23 des Grundgesetzes hat sich nicht als Königsweg, sondern als ein Holzweg erwiesen."

Alles in allem: ein kleines Buch mit einem nützlichen Blick zurück in die Zeit vor zwei Jahrzehnten.

• K. SCH.

Horst Schneider: *Schwarz-Rot-Goldene Worte*. Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2009. 173 Seiten, 5,00 Euro



Kann wirklich jeder etwas gegen Rechtsextremismus tun? Wie organisiere ich eine kreative Demonstration? Wie verhindere ich bei Veranstaltungen rechtsextremistische Störversuche? Wie sollen Journalisten über Rechtsextremismus berichten? Vielleicht gar nicht? Im Gemeinderat sitzt neuerdings die NPD – wie sollten Lokalpolitiker reagieren?

Ziel des Buches ist es, über Rechtsextremismus und die NPD aufzuklären und

Erste Hilfe gegen Nazis Ein Buch gibt Anleitungen zum Handeln

Tipps und Anregungen zum Handeln geben.

Im Vorwort schreibt Giovanni di Lorenzo (Chefredakteur DIE ZEIT): "Ich wünschte, sie könnten den Demokraten Mut machen. Denn eine Gesellschaft, die Angst vor der Auseinandersetzung mit Neonazis hat, ist sich ihrer demokratischen Werte nicht sicher. Stürzen wir uns also mit Leidenschaft und guten Argumenten hinein! Das ist ebenso wichtig wie konsequentes Vorgehen von Polizei und Justiz gegen rechtsextreme Straftäter." (Seite 13)

Im Buch werden allein 70 Fragen zum Wissen und Handeln über und gegen Nazis beantwortet. Das Buch in dem zahlreiche Gastbeiträge von Vertretern aus Wissenschaft und Politik enthalten sind, richtet sich vor allem an junge Menschen und soll zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts stärken. Aber auch für Ältere geben die Seiten wertvolle Anregungen, denn Nazis sind heute nicht mehr an der Frisur zu erkennen.

Wie kann man sich gegen Nazis wehren? Eine Möglichkeit sind Proteste gegen Aufmärsche der Rechten. Bürger können hierbei ihr Recht auf zivilen Ungehorsam wahrnehmen. Der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD)

berichtet in einem Interview über Sitzblockaden, an denen er aktiv teilnahm, die sich im September 2007 gegen das von der NPD organisierte "Fest der Völker" wandten. Er sagte: "In Jena war die Polizei bereit, den ersten Versuch einer Blockade hinzunehmen und nur zu räumen, wenn tätliche Gewalt von Demonstranten ausging. Und die blieb aus... Doch wenn zum Ausdruck kommt, dass die Blockade eine friedliche Willensbekundung sogar von vielen Bürgern ist – und möglichst von viel mehr Menschen als auf Nazi-Seite –, dann wird ein kluger Einsatzleiter anerkennen, dass hier Bürgerwille zum Ausdruck kommt. Und er wird dies respektieren, wenn es dem Gesetz über die Versammlungsfreiheit nicht widerspricht, wenn also die Demonstranten zum Beispiel unbewaffnet und nicht uniformiert sind."

Ein weiterer Themenschwerpunkt des Buches sind rechtsradikale Parteien, die in den vergangenen Jahren bei Landtagswahlen (DVU in Brandenburg, NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) erfolgreich waren und in die Landtage eingezogen sind. Der Verlust von Wählerstimmen bei den Landtagswahlen in Sachsen sind keineswegs beruhigend, denn den Nationalen ist es trotz Stim-

menverlusten erstmals gelungen, zweimal in Folge in einen Landtag einzuziehen. Die NPD hat inzwischen in vielen Gebieten Sachsens, vor allem in ländlichen Gebieten eine feste Stammwählerschaft. Bedenklich ist auch der Umstand, dass die sächsische NPD demnächst eine eigene Stiftung gründen wolle, die Staatsgelder in derselben Höhe erhalten würde wie die "Heinrich-Böll-Stiftung" der sächsischen Grünen.

Das Buch beleuchtet jedoch nicht nur rechtsextreme Parteien. Deshalb werden in Beiträgen auch radikale Burschenschaften, die Wochenzeitung "Junge Freiheit", Internetforen der Rechtsextremisten, rechte Musik und weitere Themen analysiert. Dieses Handbuch zum Rechtsextremismus vermittelt kompaktes Wissen zur "Ersten Hilfe" und vermittelt zahlreiche Hintergründe. Es stellt Initiativen vor und empfiehlt Ansprechpartner für Ratsuchende. Die zahlreichen Quellen geben Anregungen für die eigene Recherche. Die knapp 13 Euro sind für das mit zahlreichen Fotos versehene Buch für alle Interessierten eine lohnenswerte Ausgabe.

• ERHARD PAUL

Holger Kulick, Toralf Staud: *Das Buch gegen Nazis*. Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2009, 304 Seiten, 12,95 Euro

Spannende Nachfrage

Der ungeteilte Himmel
oder
Schauspieler aus der DDR erzählen

Mit dem Ende der DDR wurde auch das bestehende Gefüge der Theater, der DEFA-Studios und des Fernsehens zerstört. Damit wurden die Schauspieler des Landes zu Heimatlosen. Ein Schicksal ähnlich wie bei einem Umzug in ein anderes Land, wo man unbekannt ist. Wer sah im Westen schon, wenn nicht Filmfreak, DEFA-Filme oder die Filme des Fernsehens aus Adlershof?

Eine spannende Nachfrage bei Schauspielerinnen und Schauspielern, die die Autoren Ingrid Poss und Peter Warnecke mit ihrer jüngsten Arbeit vorlegen. Nach ihrem Buch "Spur der Filme - Zeitzeugen über die DEFA", 2006 veröffentlicht, ist es ihre zweite dokumentarische Arbeit zum Film in der DDR.

Die Autoren befragten neunzehn Schauspielerinnen und Schauspieler. Davon wurden fünfzehn Interviews bereits 2002 geführt und aus Mitteln der DEFA-Stiftung finanziert. Vier weitere Gespräche sind ein Nachtrag aus dem Jahr 2008. Die Abfolge der Texte, zum Teil gekürzt, aber auch mit Ergänzungen versehen, bestimmt allein das Geburtsdatum der Protagonisten. Das Buch beginnt mit der ältesten Schauspielerin, Inge Keller, und endet mit der jüngsten, Anja Kling.

Alle stehen beispielhaft für Einzelne wie auch als Gruppe, das zeigt, was auch Millionen Menschen nach der Wende im Land widerfuhr. Über Nacht war alles, was sie einmal gelernt und unter Schwierigkeiten erarbeitet hatten, wertlos. So waren die ehemaligen Werte obsolet. Ausgenommen davon in der Ex-DDR nur die Gewendeten. Alle anderen, besonders die Intellektuellen, auch die Schauspieler, litten darunter, nicht mehr gefragt zu sein. So büßten sie dafür, dass sie einmal DDR Bürger waren.

Mit der Wende war auf einmal Kultur nicht mehr gefragt. Nicht nur die Theater, auch die Kinos hatten kaum Publikum. Das "Aus" kam auch für das Bücherland. Zahlreich waren die Buchtitel die veramscht wurden oder einfach auf Müllhalden entsorgt wurden. Auch Kunstausstellungen hatten bei Eröffnungen wie im Ausstel-

lungsbetrieb nur noch wenige Interessierte. Die "freie Welt" lockte Bürger zum großen Abenteuer, die schnell ermühternd feststellten, daß dort auch nur mit Wasser gekocht wird. Sie machten auch die Erfahrung, dass Reisen nicht nur bildet, sondern auch kostet.

Spezielle Erfahrungen prägten die Schauspieler. Da sie kaum ein Westler mit Theaterinfluss in dem großer gewordenen Deutschland kannte, mussten sie wie Eleven vorsprechen und noch einmal vorn beginnen. Es zählte auch nicht mehr, dass sie an großen Bühnen der DDR, unter Regisseuren wie Heinz und Langhoff, gearbeitet hatten oder Rollen in Konrad Wolf Filmen spielten. Wer ist denn Konrad Wolf wurde mancherorts gefragt? So wurden aus "Profis" wieder "Anfänger".

Bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre besannen sich die heimatlosen "Ossis" und kehrten erkennbar zu ihrer Regionalkultur und den Akteuren zurück. Es ist die bedachtsame gründliche und sorgfältige Ausbildung wie der Arbeit an den Bühnen der DDR, die die Schauspieler des Landes auszeichnete, gepaart mit den Theater-Traditionen, einem humanistischen Anspruch und einem gelebten Ensemblegeist. Einiges wurzelte auch in der anderen Staatsphilosophie von der Utopie einer besseren Gesellschaft.

Die neunzehn Zeitzeugengespräche, von Ingrid Poss und Peter Warnecke aufgezeichnet, sind ein interessanter und sehr ehrlich hinterfragter Teil der jüngeren deutsch-deutschen Geschichte. Sie vermitteln dem Leser, wie tief zum Teil die Enttäuschung mancher Protagonisten war, wie sie im Osten ihre beruflichen und privaten Veränderungen gemeistert haben. Häufig ist ihnen das durch ein wenig Glück, und vor allem durch ihr Können gelungen, dass sie heute wieder in der Öffentlichkeit stehen.

• **KARL-H. WALLOCH**

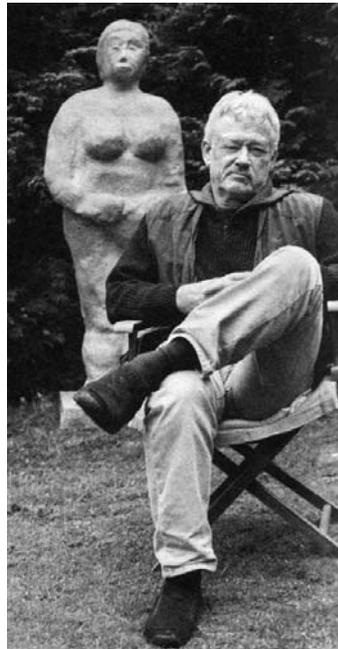
*Ingrid Poss und Peter Warnecke
Der ungeteilte Himmel.
Verlag Neues Leben, Berlin 2009,
480 S., 19,90 Euro*



Christel Bodenstein
geb. 13.10.1938 in München



Christian Steyer
geb. 6.12.1948 in Falkenstein



Peter Reusse
geb. 15.12.1941 in Teltow



Simone Frost
geb. 22.4.1958 in Berlin



Hilke Lorenz, Redakteurin der Stuttgarter Zeitung, hat mit Heimat aus dem Koffer, ein Buch vorgelegt, das aus der Fülle der Bücher über Flucht und Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkrieges substanzvoll herausragt. Die 47-jährige Autorin, deren Eltern aus Schlesien stammen, hat mit zehn Betroffenen und ihren Kindern aus Ostpreußen, Schlesien, Bessarabiens und der Tschechoslowakei gesprochen und berichtet weniger über den Verlauf der Flucht, sondern vielmehr über die Zeit danach, über das neue Leben in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik, ein Thema, was bisher weniger beachtet wurde. Es ist die schwierige Zeit der Suche nach einer neuen Heimat, über die sie mit einem großen Einfühlungsvermögen, ja nahezu feinfühlig schreibt. Sich allmählich heimisch zu fühlen, war nicht einfach, schlug doch den Flüchtlingen vielerorts herzlose Ablehnung und schmerz-

Über die Zeit danach

hafte Demütigung in einem Maße entgegen, dass man glaubte, nicht zu überleben. "Die haben überhaupt keinen Fremden gemocht", ein Urteil, das die damalige Verletzlichkeit ahnen lässt. Die Überwindung der bitteren Erfahrung von Heimat- und Orientierungslosigkeit, Fremde in der Fremde zu sein, erforderte seine Zeit. Als studierte Historikerin und Germanistin hält sie sich strikt an die historischen Ursachen für das Leid und den Verlust der Heimat, von denen 14 Millionen Menschen betroffen waren. Ursache und Wirkung, das eigene Schicksal in einen größeren Zusammenhang zu stellen ist ein

Anliegen dieses Buches. Es sind keine isoliert nebeneinander stehende Erlebnisse, sondern vielmehr bei aller Unterschiedlichkeit durch die Gleichartigkeit des Schicksals miteinander verbundenes Erleben.

Einige Ungenauigkeiten sind am Rande anzumerken. So steht der Berliner Funkturm nicht am Alexanderplatz, ein Ort in der Oberlausitz liegt nicht automatisch in Polen und der Zloty heißt nicht Sloti. Dem, der an einer seriösen Darstellung von Nachkriegsschicksalen, fern jeglicher ideologischen Vereinnahmung, interessiert ist, ist das von Hilke Lorenz verfasste Buch zu empfehlen.

• **KURT SCHNEIDER**

Hilke Lorenz: Heimat aus dem Koffer. Vom Leben nach Flucht und Vertreibung. Ullstein Buchverlag, Berlin 2009. 303 Seiten, 19,90 Euro

Die sich im Herbst 1989 bildende Bürgerbewegung hatte einen prägenden Einfluss auf den politischen Verlauf des Herbstes '89 in der DDR. Sie entstand in dem kurzzeitigen Machtvakuum und während der zeitweiligen Sprachlosigkeit der Partei- und Staatsführung im Lande. Das Empfinden und die Bereitschaft dafür, jetzt etwas tun zu müssen, waren groß. Diese Zusammenschlüsse, die oftmals aus Friedens- und Umweltgruppen hervorgegangen waren, traten die Meinungsführerschaft an und stellten sich gewissermaßen an die Spitze der Demokratiebewegung in der DDR. Sie wollten das Hierbleiben und das Sich-Einmischen, aber nicht das Verlassen der DDR fördern.

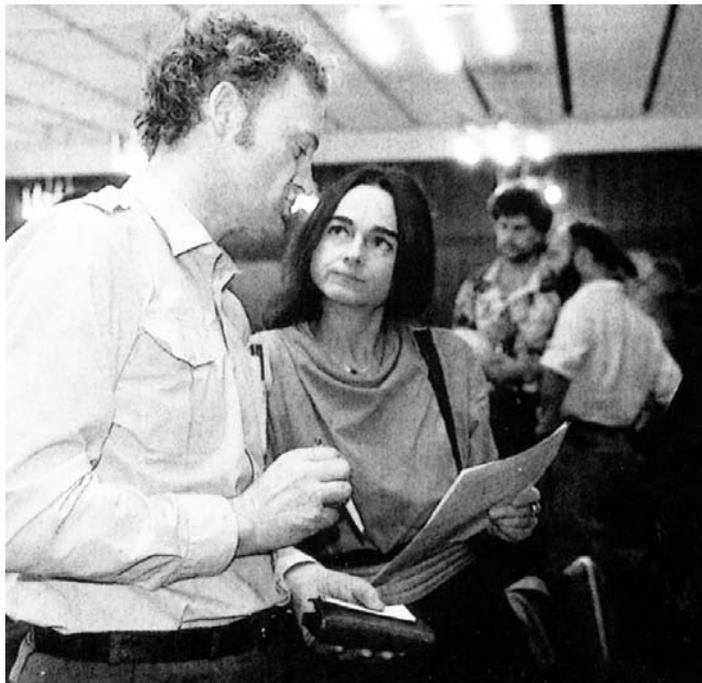
Anfang September 1989 veröffentlichten Vertreter verschiedener sozialistischer Auffassungen, darunter Marxisten und Christen, die sich als "Böhlener Plattform" – benannt nach dem Chemiestandort südlich von Leipzig – formiert hatten, einen Appell "Für eine vereinigte Linke", der eine "grundlegende Gesellschaftsreform im Sinne eines freiheitlichen Sozialismus" unter Beibehaltung "des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln" einforderte. Etwa zeitgleich legten Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme einen "Aufruf der Initiativgruppe ‚Sozialdemokratische Partei‘ in der DDR" vor, in dem zur Bildung einer gleichnamigen Partei aufgerufen wurde, deren Ziel eine "ökologisch orientierte soziale Demokratie" sei. Dazu hieß es: "Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges", ergänzt durch die Bekundung: "Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen." In Folge dieses Aufrufes kam es am 7. Oktober 1989 im Pfarrhaus von Schwante zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei (SDP) für die DDR.

Die Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" trat am 12. September 1989 mit ihrem "Aufruf zur Einmischung in eigener Sache" an die Öffentlichkeit, der sich von der Notwendigkeit der Bildung einer "oppositionellen Sammelbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR" leiten ließ. Zuspruch und Unterstützung erhielt sie u.a. von Manfred Stolpe und Christa Wolf. Die ersten Sprecher waren Hans-Jürgen Fischbeck, Ulrike Poppe, Konrad Weiß und Wolfgang Ullmann. Aus dieser Gruppe, der es um "Reformkonzepte von unten" ging, stammten auch die ersten Ideen für Tische, an denen sowohl die SED und die weiteren vier Blockparteien wie auch die Bürgerbewegungen und die Kirchen über die weitere Entwicklung des Landes beraten sollten. Die Gruppe trat dafür ein, dass der Sozialismus "seine eigentliche, demokratische Gestalt finden" sollte, damit er "geschichtlich nicht verloren" geht. Die Mitgliederzahl lag bei knapp 4 000, den Aufruf unterschrieben bis Ende November ca. 75 000 Menschen.

Am 4. Oktober 1989 gaben verschiedene Gruppen der Bürgerbewegung, die Möglichkeiten eines gemeinsamen politischen Handelns beraten hatten, eine "Gemeinsame Erklärung" heraus, die alle Bürger der DDR dazu aufriefen, "an der demokratischen Erneuerung mitzuwirken".

Hierbleiben und Sich-Einmischen

Die DDR-Bürgerbewegung im Herbst '89



Daniela Dahn und Friedrich Schorlemmer -
Gründungsmitglieder des Demokratischen Aufbruch

Foto: LN-Archiv

Am bekanntesten wurde der mit breiter Zustimmung aufgenommene Aufruf "Aufbruch 89 - NEUES FORUM" der Gründungsversammlung vom 9./10. Oktober 1989 in Grünheide, der nach sachlicher Benennung grundlegender gesellschaftlicher Defizite in der DDR zu einem gemeinsamen demokratischen Dialog im ganzen Land aufrief. "Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die gesamte DDR", lautete die im Aufruf gezogene Konsequenz, "die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichti-

gen bekanntesten Erstunterzeichnern gehörten Bärbel Bohley, Jens Reich, Rolf Henrich, Katja Havemann und Hans-Joachim Tschiche. Verfasser und Unterzeichner stimmten darin überein, dass die notwendige Wende nicht mehr aus den Reihen der SED zu erwarten war und die Zeit reif ist, dafür ein breites überparteiliches Forum, das alle Gesellschaftsschichten der DDR erfasst, zu schaffen.

Der Antrag des NF auf Registrierung als Vereinigung (19.09.1989) wurde zunächst vom Innenministerium abgelehnt, weil es sich beim NF um eine "staatsfeindliche Plattform" handele. Dagegen wandte sich

Die Maueröffnung am 9. November 1989 leitete jedoch eine "Wende in der Wende" ein, die das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Bürgerbewegung veränderte.

ger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM" (NF). Seine Tätigkeit sollte auf gesetzliche Grundlagen gestellt werden, wozu die Anmeldung der Gründung bei den zuständigen Organen der DDR erfolgen sollte. An alle Bürgerinnen und Bürger, die an der Umgestaltung der Gesellschaft mitzuwirken bereit waren, erging der Aufruf, Mitglied des basisdemokratisch arbeitenden NF zu werden. Zu

in heftigen Worten das NF. Das Tätigwerden der Mitglieder und Unterstützer des NF seien "weit davon entfernt, eine staatsfeindliche Handlung zu sein - sie sind ein Akt staatsbürgerlicher Verantwortung. Wir protestieren gegen die Versuche der Regierung, uns als Sozialismuseinde darzustellen." Auf Druck großer Teile der Bevölkerung erfolgte im Oktober eine Tolerierung des NF und schließlich am 8. November 1989 die Zulassung durch die Behörden. Ende 1989 hatten 200 000 Menschen den

Gründungsaufruf des NF unterschrieben, als Mitglieder hatten sich ca. 10 000 eingetragen. Im Januar 1990 kam es zu einer Abspaltung von Mitgliedern durch den Beitritt zur gegründeten "Deutschen Forumspartei" (DFP), die sich gegen "weitere Sozialismusprojekte" wandte und später ein Wahlbündnis mit der LDP/FDP einging. Vor allem um in der Volkskammer der DDR als eigene Fraktion vertreten zu sein, wurde die Gründung des NF als Partei angestrebt.

Der "Demokratische Aufbruch - sozial, ökologisch" (DA), der von überwiegend kirchlichen Mitarbeitern ins Leben gerufen wurde und am 2. Oktober 1989 den Entwurf einer programmatischen Erklärung vorgelegt hatte, vollzog am 16./17. Dezember 1989 in Leipzig seine Parteigründung. Erster Vorsitzender wurde Wolfgang Schnur. Weitere prominente Mitglieder waren Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Heino Falke und Ehrhard Neubert. Mit seinem "Leipziger Programm" sagte sich der DA von der bisher vertretenen "Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung" los und trat für die Schaffung einer "sozial-ökologischen Marktwirtschaft" ein. In der Folgezeit verließen viele vor allem links orientierte Gründungsmitglieder wie Friedrich Schorlemmer und Daniela Dahn die Partei.

Am 10. November 1989 nahm auf Vorschlag der Kontaktgruppe der Opposition der zentrale "Runde Tisch", begleitet durch eine Vielzahl regionaler Runder Tische, seine Arbeit auf. In gewisser Hinsicht waren die Runden Tische Machtorgane der Bürgerbewegung, die unter Einbeziehung weiterer demokratischer Kräfte und in Zusammenarbeit mit der Modrow-Regierung die Interessen breiter Teile der Bevölkerung vertraten.

Weitere Gruppen, die im Herbst 89 entstanden, waren: Grüne Partei/Grüne Liga, Die Nelken, Deutsche Soziale Union (DSU), Unabhängiger Frauenverband (UFV) u.a. Der in der Bürgerbewegung zu verzeichnende Klärungs- und Differenzierungsprozess führte einerseits zu Annäherungen und andererseits zu Abgrenzungen der Gruppen. In der SED entwickelte sich die bereits vor dem Herbst 1989 in großen Teilen der Mitgliedschaft einsetzende Abkehr von der Politik der Parteiführung. Das führte zu umfangreichen Parteiaustritten und schließlich im Zuge der Erneuerung zur Gründung der SED/PDS, später nur PDS, die sich mit ihrer offiziellen Distanzierung vom Stalinismus und der Hinwendung zu einem "demokratischen Sozialismus" grundsätzlich von der SED unterschied.

Insgesamt weisen die vorliegenden Quellen eindeutig aus, dass es im Herbst 89 der absoluten Mehrheit der der Bürgerbewegung angehörenden bzw. sie unterstützenden Bürgern um die Zusammenführung von Demokratie und Sozialismus ging. Davon zeugte auch die Großkundgebung in Berlin am 4. November 1989, an der nahezu eine Million Menschen teilnahm. Die Maueröffnung am 9. November 1989 leitete jedoch eine "Wende in der Wende" ein, die das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Bürgerbewegung veränderte. Ihrem "Wir sind das Volk" wurde das "Wir sind ein Volk" entgegengesetzt. Damit wurde eine Neubestimmung ihrer Rolle und Funktion sowie eine Klärung ihrer Perspektive im weiteren Entwicklungsprozess der DDR notwendig.

• KURT SCHNEIDER

Eine maßgebliche Stütze

Vor 60 Jahren wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet

In Anwesenheit von 487 stimmberechtigten Delegierten sowie von über 200 Gastdelegierten und Gästen – bei einer Mitgliederzahl von 4955200 per 30. Juni 1949 – fand am Gründungskongress vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München die Konstituierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der BRD statt. Hans Böckler wurde als DGB-Vorsitzender gewählt. Die Gründung des FDGB für die sowjetische Besatzungszone war bereits in der Zeit vom 9. bis 11. Februar 1946 erfolgt.

Mit der Gründung des DGB entstand nunmehr eine Dachorganisation von 16 Industriegewerkschaften (IG) und Gewerkschaften.

Die DGB-Gründung wenige Wochen nach der Konstituierung der BRD widerspiegelte deutlich die widersprüchliche gesellschaftliche und politische Entwicklung in jener Zeit. Einerseits stellte die Konstituierung der größten Organisation der Werktätigen in der Bundesrepublik in Gestalt von Einheitsgewerkschaften, in denen sich Arbeiter und Angestellte nach ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen und unabhängig von konfessionellen und parteipolitischen Bindungen auf der Basis eines gemeinsamen Programms organisiert hatten, einen bedeutenden Fortschritt dar, andererseits schlug der begonnene Kalte Krieg voll auf die deutschen Gewerkschaften durch. Auf neun Interzonenkonferenzen, die im Zeitraum zwischen November 1946 und August 1948 wechselweise in den vier Besatzungszonen, aus denen jeweils fünf Delegierte entsandt wurden, stattgefunden hatten, war darum gerungen worden, der Spaltung Deutschlands gegenzusteuern. Solche Zusammenkünfte kamen danach nicht mehr zustande. Während

der FDGB dem Weltgewerkschaftsbund angehörte, der sich an den sozialistischen Ländern und an der Linie kommunistischer Parteien – u. a. der Französischen und der Italienischen KP – orientierte, schloss sich der DGB dem am 9. Dezember in London gegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften an, der einen reformistischen, antikommunistischen Kurs steuerte.

In den programmatischen Grundsätzen bekannte sich der DGB zum Kampf gegen die Überreste des Faschismus, gegen den Militarismus und für die Sicherung der Rechte des Volkes. Neben der Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft und nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben enthielten die Grundsätze auch die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Diese Forderungen deckten sich mit den Beschlüssen der Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften.

DGB und DAG vertraten nach ihrem Selbstverständnis eine unabhängige Position, die aber keine politische Neutralität bedeutete. Die Führung des DGB lag hauptsächlich in den Händen von Funktionären, die der SPD nahe standen und antikommunistisch orientiert waren. Sie waren bestrebt, den Einfluss von Kommunisten in den Gewerkschaften auszuschalten und schreckten dabei auch vor Ausschlüssen nicht zurück. Die leitenden DGB-Funktionäre bekannten sich stets zum westdeutschen Staat und orientierten darauf, auf dem Boden der Bundesrepublik durch Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern (Tarifpartner) soziale Reformen durchzusetzen.

Einen ersten Erfolg nach dem Neuaufbau der Gewerkschaften in Westdeutschland erzielte der DGB 1951 beim Kampf um die Montan-

mitbestimmung. Nach einem Streik der IG Metall und Bergbau setzten die Gewerkschafter durch, dass per Gesetz die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Unternehmensvorständen festgeschrieben wurde. 1952 wurde auf Druck von DGB und DAG das Betriebsverfassungsgesetz erlassen, das den Arbeitern und Angestellten innerhalb eines Betriebes bestimmte Rechte garantierte. Zu diesem Zweck wurden in Unternehmen mit mindestens fünf Arbeitern und Angestellten Betriebsräte gewählt. Nach 1952 konzentrierten sich die Gewerkschaften auf die Umverteilung des erwirtschafteten Wohlstandes und erkämpften eine spürbare Erhöhung der Reallohne. 1957 wurde das Gesetz über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Bundestag verabschiedet, 1972 das Rentenreformgesetz, das den Rentenbezug im Alter von 63 Jahren ermöglichte, 1973 das Arbeitssicherheitsgesetz und 1975 ein Ausbildungsförderungsgesetz.

Beim Kampf um günstige Tarifabschlüsse und um soziale Verbesserungen wirkte bis in die 80er Jahre hinein die Existenz der DDR. Unter solchen Bedingungen war ein Sozialabbau in der BRD ausgeschlossen. Grundlegend verändert hat sich die Situation nach der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit, in deren Folge ein rasanter Abbau des Sozialstaates für große Teile der Bevölkerung zu spüren ist. Unter der Globalisierung kommt deshalb letztlich den Gewerkschaften, der Massenorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Funktion der wohl maßgeblichsten Stütze beim Arbeitskampf zu.

• WINFRIED STEFFEN

Kalenderblatt

Vor 30 Jahren verstorben:

Hans Seigewasser

Als Staatssekretär für Kirchenfragen hatte Hans Seigewasser über nahezu zwei Jahrzehnte wesentlichen Anteil an der Gestaltung der Beziehungen zwischen Regierung und Kirchen in der DDR.

Geboren am 12. August 1905 in Berlin, lernte er Bankangestellter und arbeitete danach bis 1933 bei der Sozialversicherung. Er engagierte sich frühzeitig in der sozialistischen Jugendbewegung, trat der USPD bei und schloss sich 1922 der SPD an. 1930 wurde er Vorsitzender der Reichsleitung der Jungsozialisten, 1931 Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), deren Parteivorstand er angehörte. 1932 trat er der KPD bei. 1933 verhafteten ihn die Faschisten und verurteilten ihn 1934 zu fünf Jahren Zuchthaus. Danach bis 1945 Inhaftierungen, u.a. im KZ Sachsenhausen.

Nach der Befreiung vom Faschismus war er im ZK der KPD bzw. SED tätig und wurde 1950 Mitglied der ersten Volkskammer der DDR. 1953 übernahm er den Vorsitz des Büros des Präsidiums des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Gleichzeitig nahm er Leitungsfunktionen im Nationalrat der Nationalen Front wahr. Als Nachfolger von Werner Eggerath war Hans Seigewasser von 1960 bis 1979 Staatssekretär für Kirchenfragen.

Anliegen war für ihn, eine einvernehmliche Standortbestimmung der Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu erreichen, früheres Misstrauen und Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen sowie Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung zu entwickeln. Als er am 18. Oktober 1979 überraschend verstarb, gab noch am

Todesstag Bischof Schönherr folgende Erklärung ab: "Im Namen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR möchte ich unserer tiefen Betroffenheit über den plötzlichen Tod des von uns allen hochverehrten Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, Ausdruck geben. Wir haben in diesem Staatsmann nicht nur seine profunde Kenntnis der kirchlichen Situation, sondern auch ein großes Einfühlungsvermögen wahrlich empfunden. Wir verdanken der Tatsache, dass er als kommunistischer Widerstandskämpfer viele Jahre mit Christen zusammen im Gefängnis und Konzentrationslager hat zubringen müssen, dass der Verstorbene stets eine tiefgegründete Achtung vor der Überzeugung des anderen verspüren ließ. Staatssekretär Hans Seigewasser hat in seiner langen Amtszeit wesentlich dazu beigetragen, dass das Verhältnis von Staat und Kirche sich entspannt und in Richtung auf geordnete und rechlich beständige Verhältnisse hin entwickelt hat. Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten." Ebenso betonte der EKG-Vorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse, in seinem Kondolenzschreiben, dass Hans Seigewasser einen hohen Anteil daran hatte, dass "eine wesentliche Verbesserung im Verhältnis zwischen Kirche und Staat erreicht wurde". Der Bischofskonvent beschloss die Teilnahme einer zwanzigköpfigen Delegation des Bundes an der Trauerfeier für den verstorbenen Staatssekretär und gemeinsame Kranzniederlegung – eine außergewöhnliche Anteilnahme der Kirche am Tode eines DDR-Staatsfunktionärs..

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt



Architektur unterschiedlichster Art, mitten in Leipzig

Fotos: Eiltzer

Eine der wichtigsten, die Auenlandschaft querende Straße in Leipzig ist die ehemalige Leutzscher Allee. Von diesem Namen ist das kurze Stück zwischen Waldstraße und Am Sportforum übrig geblieben. Und das war nicht den von bestimmten Seiten gescholtenen Umbenennungen nach 1945 geschuldet, sondern dem im Jahre 1934 gegebenen Namen Graf-Spee-Straße. Das Beispiel der forcierten Flottenrüstung der Nazis wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gestrichen. Nun wird seit 1947 der Biologe und Philosoph Hans Driesch geehrt. Am 26.10.1867 als Sohn eines Kaufmanns in Bad Kreuznach geboren, studierte er an den Universitäten Freiburg i.Br., Jena und München Zoologie und promovierte 1889 bei Ernst Haeckel in Jena. Nach Stationen als Zoologe in Neapel, Privatdozent in Hei-

delberg, Hochschuldozent in Aberdeen und Professor für Philosophie in Köln, wurde er 1921 an die Universität Leipzig berufen. Von hier aus lehrte er als Gastdozent in China, den USA und in Buenos Aires.

Ihm gelang der Nachweis, dass entwicklungsstörende Keime über einen Regulations-effekt verfügen, der bewirkt, dass bestimmte Keimteile die Leistungen anderer mit übernehmen. Es ist kaum anzunehmen, dass die Namensgebung für die Straße wegen seiner philosophischen Lehre erfolgte, denn wer versteht schon sofort diese Erkenntnisse. Es gehört wohl ein gerüttelt Maß an philosophischen Kenntnissen dazu, wenn man im "Philosophischen Lexikon" liest, er sei "der Begründer des Neovitalismus, der bei dem Versuch der Schaffung einer philosophischen erkenntnistheoretischen Basis für den Vita-

lismus zwischen materialistischen Ausgangspunkten, philosophischem Dualismus und objektivem Idealismus schwankte". Driesch wurde dafür geehrt, dass er für die "Verständigung unter den Nationen und Rassen" eintrat. Sein Ideal sah er in einem großen Menschheitsstaat, der die Ideale der deutschen Klassik durch Moral und Vernunft verwirklicht. In diesem Sinne wirkte er aktiv in der Liga für Menschenrechte und als Vorstandsmitglied der Deutsch-Französischen Studiengesellschaft in Leipzig, die 1933 von den Nazis verboten wurde. Damit stand er im Widerspruch zu den Nazis, die ihn am 1. Oktober 1933 aus dem Lehramt entließen. Er verstarb am 16. April 1941 in Leipzig. Am Haus Emil-Fuchs-Straße befindet sich eine Gedenktafel.

• DIETER KÜRSCHNER

Heinz Florian Oertel



Pfui Teufel

Über Verdrängtes und Vergessenes

Wortspiele mit der "deutsch-deutschen Klugscheißerei"

Er mischt sich wieder ein – und das ist gut so. Wie schon in seinen Vorgängerbüchern beschäftigt sich Heinz Florian Oertel auch im neuesten Buch mit den Befindlichkeiten der Deutschen in Ost und West. "Pfui Teufel" heißt es und macht im Untertitel deutlich, dass es um Verdrängtes und Vergessenes geht. In sprachlich gewohnter Virtuosität hat HFO Geschichten zur Geschichte aufgeschrieben, selbst Miterlebtes und am eigenen Leibe Erfahrenes. Rückblicke nicht im Zorn, dafür mahnend aber dennoch unterhaltend. Oertel treibt

seine Wort-Spiele mit der "deutsch-deutschen Klugscheißerei" ebenso wie mit dem Jammern in Ost und West "auf hohem Niveau", schreibt vom "deutschen Stänkern" gegen deutsche Sportler und darüber, dass es Doping nicht nur seit über 100 Jahren gibt, sondern heute in der ganzen Gesellschaft weit verbreitet ist. Er sinniert und philosophiert sogar über Eastwood, Buddha und Kliensmann, über Sherlock Holmes und Kicker-Millionäre, über Nullen, über Sechs- und Neun-Nuller, über die, die im übertragenen Sinne nur drei Groschen haben, über kleine Fische und große Haie. Aufarbeitung von Geschichte. Aufarbeitung dessen, was irgendwie und irgendwo liegen geblieben ist, was am liebsten verdrängt und vergessen werden soll. Typisch deutsch. Er bezeichnet die Deutschen als Störenfriede der olympischen Weltgemeinschaft, setzt sich kritisch mit dem Jubiläums-Jubel auseinander, bei dem die Zahl 70 gar nicht vorkommt und meint den Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939. Oertel rechnet ab mit der Doppelmoral in (West)deutschen Landen und bemüht hier und da sogar das Grundgesetz. Für ihn sind die kleinen Sieger immer mehr, auch wenn sie nie und nirgend zu den großen Gewinnern zählen.

"Pfui Teufel" ist ein Buch zum Denken, vor allem zum Nachdenken. Ein Buch zum Erinnern, aber nicht zum Vergessen und erst recht nicht zum Verdrängen. Ein Buch zur Teilhabe an Erlebnissen eines Menschen, der in DDR-Zeiten via Rundfunk und Fernsehen dauerpräsent in unseren Wohnstuben war. Und so geblieben ist, wie er immer war – vor allem ehrlich.

• LARS BRUNNER

Heinz Florian Oertel,
Pfui Teufel,
Verlag Das Neue Berlin 2009,
138 Seiten,
9,90 Euro.

Weltklasseläufer Haile Gebrselassie besuchte Leipzig



Fotos:Facebook.com

LN.: Sein Besuch war der krönende Abschluss der "Äthiopischen Kulturtag in Leipzig", die der Verein Städtepartnerschaft Leipzig - Addis Abeba e.V. und die Stadt Leipzig organisiert hatten. Nach einem Besuch des Zentralstadions und einem Empfang im Neuen Rathaus durch Oberbürgermeister Burkhard Jung sowie Leipziger "Lauflegenden" konnten die Fans den Marathonläufer (bisherige Weltrekordzeit 2:03:59 h) hautnah erleben. Jeder war sportlich eingeladen, mitzulaufen oder die Strecke zu säumen.

Die Route führte vom Neuen Rathaus zur Petersstraße bis zum Marktplatz, vorbei. Am Alten Rathaus ging es in Richtung Nikolaikirche, danach zurück zur Grimmischen Straße, zum Augustusplatz und über die Goethestraße zum Brühl. Ziel der Strecke war im Leipziger Laufladen (Brühl-Arkade). Dort gab es dann auch die heißbegehrten Autogramme von Haile Gebrselassie. Der Olympiasieger und mehrfache Weltmeister, der mit Frau und vier Kindern in Addis Abeba lebt, kam zum ersten Mal an die Pleiße. Übrigens: Sein Name Haile bedeutet in der äthiopischen Landessprache – amharisch – soviel wie "Energie". Diese will der 36-jährige Hochleistungssportler nun auch für die seit fünf Jahren bestehende Städtepartnerschaft Leipzig – Addis Abeba in die Waagschale werfen.

SinnBILDlich
FÜR LEIPZIGS NEUE FOTOGRAFIERTE GERD EILTZER



... und das war im Oktober, als das so war ...

Leipziger demonstrieren – mal spielerisch, mal verzweifelt – SinnBILDlich ihre Haltung. Rechterseits in Reudnitz: mein rechter, rechter Platz ist leer, ich wünsch' mir keinen Nazi her. Linkerseits: mitten im Stadtzentrum, der Mut der Verzweiflung. Nur der eines Einzelnen?

Diskutiert: Herbst 1989

Nachdem in diesem Jahr das Lied von der "friedlichen Revolution" in den Medien und auf einschlägigen Veranstaltungen ohne Unterlass, manchmal auch in schrillen Tönen, zelebriert wurde, ist es an der Zeit dieses Ereignis einmal von einem anderen, als den offiziell verordneten, Blickwinkel zu betrachten.

Der Einschätzung "friedlich" kann ich ja noch zustimmen. Allerdings bekomme ich bei der Wertung der Herbst-Ereignisse als "Revolution" Bauchschmerzen. Ich erinnere mich an meine Schulzeit, wo ich gelernt habe, dass die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, genau wie in der Natur, bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist, d.h. sie entwickelt sich immer vom Niederen zum Höheren. Das bedeutet, jede Revolution im gesellschaftspolitischen Sinne muss eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung hervorbringen.

Ein solcher Prozess begann aber auf dem Territorium Ostdeutschlands bereits 1945, als nach der Zerschlagung des Faschismus und der Entmachtung des Großkapitals und der Junker, die zuverlässigen Stützen des damaligen Herrschaftssystems waren, mit dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung begonnen wurde. Alles was in den folgenden Jahren an Veränderungen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen geschah, trug revolutionären Charakter.

Einige Beispiele: In der Wirtschaft bestimmte nicht mehr das Privateigentum an Produktionsmitteln die ökonomische Entwicklung, sondern es dominierte das gesellschaftliche Eigentum wo die Gewinne in den Staatshaushalt flossen und damit dem Bürger direkt zugute kamen. Das Bildungssystem wurde grundlegend modernisiert. Das logisch gegliederte und inhaltlich anspruchsvolle Schulsystem vom Kindergarten über die POS, die EOS sowie die Berufs-, Hoch- und Fachschulen gewährleistete eine hohe Bildung aller Kinder und Jugendlichen ohne Angst vor finanzieller Belastung. Davon zehren noch heute ganze Generationen von DDR-Bürgern, darunter nicht wenige der im jetzigen System verantwortlichen Politiker. Übrigens die nachteilige föderale Trennung des Bildungssystems war in der DDR unbekannt.

Im Gesundheitswesen schuf die DDR ein flächendeckendes Netz von Krankenhäusern, Polikliniken (auch in Großbetrieben) und Landambulatorien, sowie Stationen mit Gemeindefürsorge, wo eine kostenlose Behandlung und Betreuung erfolgte. Medikamente waren ebenfalls kostenfrei. In der Landwirtschaft wurden durch die Bildung von LPG, VEG und GPG die Voraussetzungen für eine Großraumbauwirtschaft und Massentierhaltung geschaffen. Durch den dadurch möglichen Einsatz moderner Landmaschinen konnte eine hohe Produktivität erreicht, sowie die Eigenversorgung der DDR-Bevölkerung gesichert werden.

Viele sogenannte "Wiedereinrichter", die nach dem Umbruch wieder privat zu wirtschaften begannen, sind inzwischen pleite. Die Großraumbauwirtschaft hat sich mittlerweile als die effektivere Form landwirtschaftlicher Produktion international bewährt. Das Rechtssystem als Grundlage für ein funktionierendes Staatswesen wurde grundlegend umgestaltet. Auf den

Gebieten des Strafrechts, des Zivil- und Familienrechts sowie des Arbeitsrechts wurden völlig neue, zeitgemäße und moderne Gesetzeswerke geschaffen, die das verstaubte bürgerliche Recht aus dem Jahr 1896 ablösten. Außerdem wurden sie von unverständlichem Juristendeutsch ent-rümpelt. Bevor die Gesetze in Kraft traten wurden die Entwürfe von der Bevölkerung des "Unrechtsstaates" breit diskutiert und zahlreiche Änderungen eingebracht. Das geschah übrigens auch bei anderen Gesetzeswerken.

Die Bürger die im Herbst 1989 mit der Losung "Wir sind das Volk!" auf dem Leipziger Ring oder an anderen Orten demonstrierten, wollten ursprünglich nicht, dass das kapitalistische System wieder von uns Besitz ergreift, sie wollten eine reformierte, eine bessere DDR. Auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sollte erst nach einer längeren Angleichungsperiode ins Auge gefasst werden. Das aber lag nicht im Interesse der BRD und ihrer herrschenden Kräfte. So wurde flugs durch west- und ostdeutsche Emissäre die Losung "Wir sind ein Volk!" unter die Demonstranten gebracht. Ganz im Sinne von Kohl, der es gar nicht erwarten konnte die DDR in sein Land einzuverleiben, um sich danach auf seinem Bonner Thron als "Einheits-Kanzler" krönen zu lassen.

Nach Öffnung der Staatsgrenze zur BRD und Westberlin bestand die historische Chance in einem Prozess der Annäherung beider deutscher Staaten die Lebensverhältnisse einander anzugleichen, das Bewahrenswerte der BRD und der DDR festzuschreiben und in das künftige einheitliche Land einzubringen. Das war anfangs auch so vorgesehen.

Da aber die BRD an dieser vernünftigen Variante des Einigungsprozesses von vornherein nicht interessiert war ("Siegermentalität!"), wurde mit dem eiligst zusammen geschusterten "Einigungsvertrag" den Ostdeutschen das verruchte und marode kapitalistische Herrschaftssystem - die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise beweist diese Einschätzung - wieder übergestülpt. Ein System, was sich bereits in der Vergangenheit durch seine Liaison mit dem Faschismus und der Entfesselung zweier Weltkriege bei den Völkern völlig diskreditiert hatte.

Mit diesem Akt der "kalten Übernahme" wurden die Ostdeutschen von einem Tag auf den anderen aller Dinge beraubt, die in jahrelanger mühevoller Arbeit geschaffen wurden.

Es begann eine beispiellose Verleumdungskampagne gegen die DDR, die mit einer massiven Manipulation einherging, wozu auch die gönnerhafte Zahlung eines "Begrüßungsgeldes" gehörte, welches treffender "Bettelgroschen" heißen sollte. Als Quintessenz des bisher gesagten komme ich zu dem Schluss, die Ereignisse vom Herbst 1989 waren eine klassische Konterrevolution, weil ein bereits überholtes politisches Herrschaftssystem in Ostdeutschland wieder restauriert wurde. Hier vollzog sich also ein Prozess vom Höheren zum Niederen. Dessen waren sich allerdings die Demonstranten vom Herbst 1989 so noch nicht bewusst.

G. FLEISCHHAMMER, Leipzig

Revolutionstheorie

Im September äußerte sich Hans Joachim Meyer in der Sächsischen Zeitung zu dem Thema: "Wie die Kirche zum Dach der Unzufriedenen in der DDR wurde."

Der politisch Interessierte stützt, denn er weiß, Meyer ist Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken. Und er ist der Mann, der unter de Maiziere kurze Zeit, unter Biedenkopf ab 1990 Kultusminister war. Ist er nicht auch der Mann, der ca. 900 sächsische Hochschullehrer per geheimer Weisung "abwickeln ließ"? Was bringt er dem Leser bei?

Erstens: Die in den Lexika verbreiteten Definitionen für Revolution sind überholt. Meyer definiert (wie am 19. Dezember 1989 schon Kanzler Helmut Kohl in Dresden) die von Kohls Männern geführte "Volksbewegung" als Revolution. Die SED hätte nie die Mehrheit hinter sich geholt. Deshalb musste die DDR weg.

Zweitens: Meyer reduziert die Vielfalt der Ursachen des Scheiterns der DDR auf die Frage: "Was brachte also die Menschen in der DDR zur Freiheit und zur Einheit, ihr eigener Wille oder Kräfte von Außen? Und war das, was sie zu diesem Weg motivierte, gar ein Irrtum?"

Meyer verkündet: Die Aktionen und Demonstrationen auf den Straßen vereinten "Reformer" wie Dissidenten und entschiedenen - unterstützt vom Druck der Ausreisewilligen - die "Revolution". Wird die katholische Kirche künftig Aktionen der "Straße" auch unterstützen?

Drittens: Meyer freut sich, dass die Katholiken sozusagen im "letzten Moment" den Anschluss an Oppositionelle unter den Protestanten gefunden haben. Ein besonderes Lob erhalten jene Pfarrer (Harald Bretschneider), die das Bibelwort "Schwerter zu Pflugscharen!" zum Aufbau der Opposition missbraucht haben. Welcher deutsche Bischof hat gegen die unchristlichen und völkerrechtswidrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr protestiert? Kann Meyer einen nennen?

Wird die Kirche zu "Dach" der "Unzufriedenen" und Kriegsgegnern in der BRD? Gibt es für Katholiken neue Bibeltexte? Die Frage Meyers, dass manche Oppositionelle 1989 bei ihrem Jubel geirrt haben könnten, ließe sich durch eine der üblichen Befragungen klären. Wie viele der damals Jubelnden haben heute (mehr als) Katzenjammer?

HORST SCHNEIDER, Dresden

Falsche Darstellung

Betrifft: LVZ-Beilage "600 Jahre Universität Leipzig"

Ich möchte auf eine falsche Darstellung in der o. g. LVZ-Beilage aufmerksam machen. Auf der Seite 20 wird in der Spalte Kalendarium unter Oktober 1989 behauptet, die "Einheiten der Kampfgruppe" der Universität seien auf die Niederschlagung der Montagsdemonstranten "eingeschworen" worden. Wahr dagegen ist, dass bei der alljährlichen Sommerübung Mitte September eine zentral im obigen Sinne vorgegebene und gegen vermeintliche "Konterrevolutionäre" gerichtete Resolution an Stelle "...sind zu bekämpfen" folgendes formuliert wurde: "Politische Konflikte sind nur mit politischen Mitteln zu lösen."

Diese Änderung, die bereits in der Vorwoche im ca. 20-köpfigen Vorbereitungskreis dieser Übung zunächst von einem Parteisekretär unter Androhung seines Rücktritts gefordert worden war, wurde von der Leitung der Hundertschaft unterstützt und beim entscheidenden Appell der ca. 120 Angehörigen in der Abstimmung per Handzeichen ohne Gegenstimme mitgetragen. Leider habe ich als damals funktionsloser Mitteiliger und Mitunterstützer des o. g. Parteisekretärs keinen schriftlichen Beleg der veränderten Resolution.

Diesem faktischen Rücktritt vom geleiteten NVA-ähnlichen Eid folgte keine "Gegenmaßnahme von oben", obwohl mindestens die SED-Kreisleitung der

KMU und die operativ leitende Bezirksbehörde der Volkspolizei (sowie sicher die Leipziger Stasi) Vorkenntnis davon hatten. Immerhin galt die (nur eine!) Einheit der KMU als mehrfach für "Hervorragende Ausbildung" ausgezeichnete Hundertschaft. Wesentlich aber war, dass in den relativ offenen politischen Diskussionen Sympathien für die Forderungen der Demonstranten nach einer radikal-demokratischen Reformierung der DDR überwogen und generell keine militärisch-militante Stimmung bestand (Durchschnittsalter ca. 40 Jahre, darunter Professoren und Dozenten, keine Ausbildung gegen Demonstranten und auch nicht zu innerstädtischen Einsätzen).

Es gab Anfang Oktober 89 keine Alarmbereitschaft. Für den Fall eines Einsatzbefehls schwankte die Meinung zwischen genereller Verweigerung oder Teilnahme in Uniform ohne Waffen, um möglichst Gewalt-Provokationen (unsere Hauptangst) zu blockieren. Der standardmäßige Waffen- und Munitionsbestand (ca. 120 Kalaschnikows, 6 SMG, einige RPG und Pistolen) blieb unter Verschluss im allerdings mit wenig Personal besetzten VP-Revier Ritterstraße. Das es nicht zu einer Beteiligung der KMU-Hundertschaft kam, ist vorrangig den Demos ab 9. Oktober ohne Angriffe auf Personen und Sachen zu danken.

Ich bin mir des früheren Zwiespalts zwischen legitimer Landesverteidigung und Beteiligung am Drohpotential nach innen bewusst.

H.-J. WIENHOLD, Leipzig

Die Texte und Zuschriften auf dieser Seite können bei Wahrung des Sinngehaltes gekürzt sein und widerspiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion.



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.

SZM

Stadteilzentrum Messemagistrale
 Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a

- 11.11., 16 Uhr: Märchennachmittag mit Tee und Keksen.**
- 12.11., 19 Uhr: König und Bruder – beides ist mir teurer als das Leben.** Ein Briefwechsel zwischen Friedrich dem Großen und seiner Schwester Wilhelmine, Veronika und Gerd Jacob. Eintritt: 5 Euro, ermäß. 2,50 Euro
- 14.11., 14 Uhr: Offener Familiennachmittag.**
- 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt** zeigt für die Kleinen **Rotkäppchen**. Kosten: 2,50 Euro
- 19.11., 15 Uhr: Erzählcafé für Senioren.**
- 18 Uhr: Der Mieterverein Leipzig stellt sich vor.**

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

- 18.10., 14 Uhr: Lästliche Plaudereien auf Sächsisch mit Marktfrau Marlene.** (6 Euro)
- 22.10., 16 Uhr: Führung durch Schatzkammer, Gefängniszellen und Turmbesteigung.**
- 25.10., 11. und 28.10., 17 Uhr: Fesseln(des) aus der Leipziger Justizgeschichte.** Durch das unterirdische Gewölbe mit historischen Gefängniszellen.
- 28.10., 13 Uhr: Widerspenstig: Der Dieb und Kirchen-Räuber Johann David Wagner, sonst Mause David genannt.**



Leipzig, Karl-Heine-Str. 83

Zerrissene Umarmungen (O.m.U.): 17. bis 21.10., 19 Uhr
Inglourios Basterds (O.m.U): 17. bis 21.10., 21.30Uhr.

Theatrium

Leipzig, Militzter Allee 52

27.10., 10 und 14; 28.10., 10 Uhr: Papas Geheimnis, Szenische Lesung. P 10
6.11., 20 Uhr: Ein Quantum Toast, P 13
13. und 14.11., 20 Uhr: Die Glaubensmaschine, P 14
21.11., 20 Uhr: Parzival und Die Burg des Fischerkönigs, P 14

Schaubühne Lindenfels

Leipzig, Karl-Heine-Str. 50

12.–14.11., 20.30 Uhr: VINCENT oder Die Folterleiter zum Ruhm. Koproduktion von Theaterschaft und Theater Magdeburg.
20.11., 19 Uhr, Lesung, Filmpräsentation, Diskussion: Günter Wallraff liest aus seinem aktuellen Buch **Aus der schönen neuen Welt – Expeditionen ins Landesinnere** und stellt auch den Film **Günter Wallraff: Schwarz auf Weiß – Eine Reise durch Deutschland** vor, in dem er einen kontroversen und entlarvenden Blick hinter die Fassade unserer Gesellschaft wirft.

Mehrwert für Linke



Jetzt bestellen!

Das Abo ist kostenlos und unverbindlich und endet automatisch.

www.jungewelt.de



Probeabo

Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Frau Herr

Name/Vorname Leipzigs Neue

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Diesen Gutschein habe ich erhalten von/durch:

Ja, ich bin damit einverstanden, das Sie mich zum Zweck einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Die Belieferung beginnt ab Montag, den _____



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 21. Oktober, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Der Fall der Mauer. Unfall oder Kalkül?* Mit RA Gerhard Lauter.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag, 23. Oktober, 16 Uhr, Löbau

Vortrag und Diskussion: *Der Weg der Kirchen in der DDR.* Mit Prof. Dr. Heinrich Fink, Theologe, Berlin.

„Lausitzer Granit“, Äußere Zittauer Str. 47b

Sonnabend, 24. Oktober, 10 Uhr, Bautzen

Vortrag und Diskussion: *Der Weg der Kirchen in der DDR.* Mit Prof. Dr. Heinrich Fink, Theologe, Berlin.

Haus der Sorben, Postplatz 2

Dienstag, 27. Oktober, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Der Atheismus in marxistischer und christlicher Sicht.* Mit Prof. Dr. Horst Pickert.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 28. Oktober, 18.30 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Magie eines Zimmers oder der Strick ist abgekauft.* Vor 20 Jahren noch Feinde und heute versöhnt? Ein ehemaliger MfS-Offizier und ein Bausoldat im Zwiegespräch über ihr Leben bis 1989. Mit Hans-Jürgen Bunk.

Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Donnerstag, 29. Oktober, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Das Ende der Arbeitsgesellschaft. Für eine radikale Umgestaltung.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Engler, Berlin. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Montag, 2. November, 19 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung, Lesung und Gespräch: *Kindertransport nach England! Er war doch nur ein neunjähriger Junge.* Mit den Autoren Richard Gauch und Torsten Schleip. Lesung: Tanja Grobtsch. Veranstalter: Friedenszentrum Leipzig, Friedensweg Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 4. November, 19 Uhr, Dresden

Vortrag und Diskussion: *Peer-Ökonomie – Was verbirgt sich hinter dieser neuen Produktionsweise.* Mit Dr. Christian Siefkes, Softwareentwickler, Berlin

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 5. November, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Gespräch: *Die psychologische Kriegsführung der Nationalsozialisten in Europa – Erfolge, Probleme und Grenzen.* Mit Prof. Dr. Otto Seifert, Leipzig

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 11. November, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist „Erblast“ der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik?* Mit den Herausgebern Dr. Dieter Janke und Prof. Dr. Joachim Tesch.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 11. November, 19 Uhr, Dresden

Gespräch zur DDR-Geschichte im Rahmen der bundesweiten Bibliothekskampagne „Deutschland liest“ mit BR Juliane Krumsdorf.

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Sonnabend, 14. November, 10–18 Uhr, Leipzig

Kolloquium zur Universitätsgeschichte: *Die Universität Leipzig zwischen Aufbruch und Abwicklung (1945–1990).* Teilnehmergebühr: 5 Euro

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Unsere Genossin

Karin Sehm

feierte am vergangenen Dienstag ihren 65. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen Dir, liebe Karin, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Lößnig der Partei DIE LINKE

Unsere Genossin

Lisbeth Krebs

wurde am 9. Oktober 95 Jahre.

Wir wünschen Dir, liebe Lisbeth, zu Deinem Geburtstag alles Gute, und bleib noch lange gesund!

Vielen Dank für Deine langjährige fleißige Mitarbeit in der Basisorganisation.

Der Vorstand des OV Südvorstadt der Partei DIE LINKE



Meine Dienstleistungen

- Malerarbeiten, farbliche Raumgestaltung
- Bordüren, Dekore, alte Maltechniken
- Wandmalerei z. B. Küche, Bad, Kinderzimmer, Fassade
- passende Bilder zum neuen Wohndesign
- ein Tierporträt für Tierfreunde z. B. als Geschenkidee

Malerei Maritta Brückner

Rosenowstraße 28 e
04357 Leipzig
fon / fax: 0341/6013281
funk: 0177/7254505

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Neu bei uns:

Ingrid Poss, Peter Warnecke: *Der ungeteilte Himmel. Schauspieler aus der DDR erzählen.* Verlag Neues Leben, 19,90 Euro

Jana Hensel: *Achtung Zone. Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten.* Piper Verlag, 14,95 Euro

Kai Diekmann, Ralf G. Reuth (HG): *Die längste Nacht, der größte Tag. Deutschland am 9. November 1989.* Piper Verlag, 14,95 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messerstraße, Straße des 18. Oktober 10a

Initiative

Christliche Linke

19.10., 18 Uhr, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig: Vortrag von Christoph Kleinschmidt: *Zu Problemen von Ethik und Religionsunterricht an den allgemeinbildenden Schulen.*

9.11., 18 Uhr, Prof. Kurt Meier: *Kirchliches Leben in der DDR*

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

22.10., 16.30 Uhr: Moritz (Moses) Lazarus. Jüdischer Philosoph und „Erfinder“ der Völkerpsychologie 1824–1903. Vortrag: Brigitte Lange



In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345 E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de Internet: www.leipzigs-neue.de Bankverbindung: Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock (V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Oktober 2009

Die nächste Ausgabe erscheint am 13. November 2009

Ein unendlicher Kreis?

Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, warum ein Mensch so schnell lernt?

Ein Baby ahmt alles nach und merkt sehr schnell, was zum gewünschten Ziel führt. Erst schreit es, weil es einen Wunsch hat, dann brabbelt es das nach, was es hört. Das Wort, das einen Wunsch ausdrückt wird immer treffender, um genau den Wunsch erfüllt zu bekommen. Und später dann nervt das Kind seine Eltern mit Fragen. Welcher Prozess im Inneren läuft da ab, da doch immer dasselbe Schema auftritt?

Die Badewanne mit wohligh warmem Wasser läuft langsam voll. Obwohl das kalte Wasser nicht immer dieselbe Temperatur hat, sorgt die Mischbatterie dafür, dass das Wasser mit derselben Temperatur läuft. Welcher kleine Teufel sitzt da drin?

Eine Ware wird produziert und verkauft, bis der Produzent feststellt, dass alle genug davon haben. Er reduziert die Anzahl, um nicht auf seinem Produkt sitzen zu bleiben.

Ein Erfinder weiß viel über bereits vorhandene technische Lösungen. Er vergleicht alle miteinander und setzt sich daraus eine neue geniale Lösung zusammen und hat etwas Neues erfunden. Dem Denker geht's nicht anders, er vergleicht und kombiniert sein Wissen und seine Erfahrung, um herauszufinden, welcher Gedanke wirklich neu ist. Ist somit Denken einfach nur ein kognitiver Rückkopplungsprozess, den die Evolution in die Biologie eingebaut hat? Der Politik eines Bundeskanzlers folgt irgendwann seine Wahl. Wie viele seine Politik als erfolgreich betrachten, drückt sich dann in Stimmen aus. Gesellschaftsprozesse weisen aber oft

Sprünge auf, die einer vermeidbaren Ursache entspringen und grobe Fehlentscheidungen einer, mehrerer oder einer Gruppe von Personen sind, deren private Interessen Übergewicht bekommen haben.

Diesem Ganzen liegt nur ein einziger Prozess zugrunde, der Rückkopplung heißt. Eingebaut in ein System wird daraus ein Regelkreis. Ist der Regelkreis nicht nur automatisch, sondern zudem auch noch intelligent, wird daraus ein sich selbst optimierender Prozess. Dabei kommt man schon in die Nähe der Evolution, die einen zeitlich harmonischen ausgeglichenen Regelkreis verlangt. Was passiert dabei?

Ein zu erstrebender Wert ist die Basis. Dann stellt sich ein Ergebnis ein und wird mit dem Ausgangswert verglichen. Selten subtrahieren sich beide auf Null, sondern es liegt eine Abweichung vor. Automatische Systeme drehen als Folge an den Stellschrauben um den Nullwert anzustreben. Verursachen mehrere Einflüsse die Abweichung, muss man herausfinden, welche es waren, um korrigierend einzugreifen.

Aus dem Ruder läuft eine Regelung immer genau dann, wenn neue Störungen hinzukommen, die eine Bestimmung der Abweichung unmöglich machen, dann tritt das Chaos ein. Es wäre sicherlich zu empfehlen, die Politiker würden sich darüber Gedanken machen, dann würden sie schon aus der Kenntnis heraus solche Entscheidungen wie Hartz-IV verwerfen. Oder nehmen wir die Natur, die sich fast noch in ihrem Gleichgewicht befindet. Aber wer weiß genau, wann ihre Stellschrauben am Anschlag sind?

• JOCHEN SINGER



Foto: Eiltzer

Brückengeländer gelten – wie LN jetzt feststellte – offenbar in Leipzig als sicherer Parkplatz für Radler, die ihren geliebten Drahtesel nicht Dieben überlassen wollen.

Geisterfahrt der Gegenwart

Sich nicht auf der Pelle hängen, immer weiter vorwärtsdrängen. Und nicht auf die Füße treten bei den eigenartigen Fetten, Sprüchen, abgeschmackten Bildern, geistvoll, mutig abzufiltern und verweg'nes Denkvermögen mitten durch's Gestrüpp bewegen. Das ist uns're Wesensart: Geisterfahrt der Gegenwart! Das Verwirr-Spiel der Parteien tapfer durch's Gehirne seien! Denn das Unkraut der Gedanken wird zum Lorbeer aller Kranken. Bleibt nur noch, uns selbst zu schütteln, und zwar, das, mit allen Mitteln!

Friederike Raschke

"Parteien sind Clubs für Menschen, die auf natürlichem Wege keine Freunde finden."

Kabarettist Richard Rogler im Leipziger Academixer-Keller am 4. Oktober um 16.24 Uhr in der mdr-Live-Sendung "Politisches Kabarett in seiner Zeit"

Der neue Lochner ist da! "Wer's nicht glaubt, wird selig!"

Ein garstig Buch in sieben bösen Abschnitten. Es enthält politisch-satirische Texte, die in Fabeln, Märchen, Mythologisches, Deutsches, Literarisches Erbe, Phantastische Realität, (Ver-)Wählen unterteilt sind. Im Engelsdorfer Verlag für 11,40 Euro!

Wolfgang Tiefensee ist im Wahlkampf in Leipzig nicht sehr stark in Erscheinung getreten. Dazu kommt: Während er früher der große strahlende Star der SPD in Sachsen war, hat sein Image durch seine Mitgliedschaft im Bundeskabinett gelitten. LVZ am 29.9.

Man muss den Leuten nur lange genug erklären, dass sich das Politische verabschiedet hat, dass die großen Fragen geklärt sind, dass es ums Verwalten geht und nicht ums Gestalten – und dann bleiben die Leute zuhause. Noch nie war die Wahlbeteiligung so niedrig. Wochenzeitung "Freitag" am 1.10.

Gerade erst schaffte der Grevenbroicher Horst Schlämmer den Sprung zum Kanzlerkandidaten und Kinostar - nun scheint ihm der baldige Tod zu drohen. Denn Komiker Hape Kerkeling hat die Nase voll von seiner Kunstfigur. T-Online am 3.10.

Ein Volk, dass einem Mario Barth in vollen Stadien zujubelt, hat doch

wohl einen Guido Westerwelle als Außenminister verdient. mdr-FIGARO am 4.10.

Bei Telekom-France ist es in den letzten Jahren zu zahlreichen Selbstmorden von Mitarbeitern gekommen. Als Ursache wurde das verschärfte Arbeitsklima ausgemacht. DLF am 5.10.

FUNDSACHEN

Ein Gentleman trägt keine kurzärmeligen Hemden, nicht einmal bei 40 Grad Hitze. KulturSPIEGEL im Oktober 2009

Zahlungsansprüchen aufgrund von Schuldscheinen, die Leipzig in der Zeit der Weimarer Republik ausgegeben, aber nicht mehr getilgt hatte, sieht man in der Stadtverwaltung offenbar mit Gelassenheit entgegen. Die meisten besitzen nur noch Sammlerwert. LVZ am 7.10.

Um es klarzustellen: Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem es viel Gerechtigkeit gab. Die BRD ist ein Rechtsstaat mit viel Ungerechtigkeit. Uwe Steimle, am 7.10. im ND

Die Glocke der Demokratie, die an den Leipziger Herbst 1989 erinnern soll, streikte zur Einweihung. ND am 10.10.

Union und FDP erwägen offenbar eine Maut für Pkw. Eine Expertenkommission solle im Auftrag der neuen Regierung untersuchen, ob eine Maut für Personenkraftwagen in Frage komme. Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel hatte sich vor der Wahl allerdings gegen eine solche Maut ausgesprochen und erklärt, sie sehe das Thema für die nächste Legislaturperiode "definitiv nicht". Tagesspiegel am 11.10.

GESEHEN, GELESEN, GEHÖRT UND NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Reinhard Lochners Weisheiten

Man soll nicht alles sagen, was man denkt. Nicht alles denken, was wir sagen – dagegen ist offensichtlich nichts einzuwenden.

Das Geheimnis vieler erfolgreicher Menschen besteht darin, sich beharrlich und unbeirrt nur für das zu engagieren, was ihnen wichtig und wertvoll ist: Sie selbst.

Manche Menschen lassen sich aus lauter Geiz die Zeit ansagen, um nicht ihre Uhr abzunutzen.

